



20./21. April 2018
Kulturpolitik im Welt(en)Wandel
Zusammenhalt und Teilhabe
in einer vielfältigen Welt

6. Kulturpolitische Jahrestagung der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Dokumentation

Vorwort

Was ist die Aufgabe von Kultur in einer Zeit drastischer politischer und kultureller Umbrüche? In einer Zeit, geprägt von wachsender sozialer Ungleichheit, zunehmenden Populismus und gegenseitiger Abschottung sind wir herausgefordert, diese Frage neu zu beantworten.

Kunst und Kultur können Vielfalt sichtbar machen, Respekt und Toleranz einfordern, Grenzen überwinden und Wandlungsprozesse mitgestalten.

Und wie ist eine Kulturpolitik zu gestalten, die Kunst und Kultur Freiräume gewährt und Strukturen zu ihrer Stärkung bereitstellt? Welche Weichenstellungen sind hier nötig?

Diese und andere Fragen diskutierten am 20./21. April 2018 Akteur_innen der Kulturpolitik, Kulturschaffende aus allen Sparten und Verbandsvertreter_innen im Rahmen der

6. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wir können zurückblicken auf zwei Tage mit spannenden Impulsen und Debatten mit über 80 Referent_innen und über 200 Teilnehmenden.

Am ersten Tag diskutierten wir den Wandel der Kultur- und Kreativbereiche und fragten, welche Instrumente der Kulturpolitik von Nöten sind. Am zweiten Tag standen ausgewählte neue Wirklichkeiten der Kunst- und Kulturlandschaft in Deutschland sowie Europa und die sich daraus ableitenden Aktionsräume im Fokus. In insgesamt zwölf Laboratorien und zwei Podiumsdiskussionen schufen wir damit gemeinsam einen Raum des Austausches, der Debatte und vielfältigen Ideen!

Das Ergebnis dessen finden Sie zusammengefasst in dieser Dokumentation.

Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Inhaltsverzeichnis

KEYNOTE

von Michelle Müntefering 4

ERÖFFNUNGSDISKUSSION Zur Neuvermessung der Kulturpolitik in Zeiten des Umbruchs

mit Olga Grjasnowa, Thorsten Schäfer-Gümbel, Dr. Ina Hartwig und Philipp Ruch 9

ERSTER KONFERENZTAG

Wege im Wandel. Der Kultur und Kreativbereich im Umbruch

LAB 1 Institutionen in Bewegung I: Zielgruppen, Agenda und Personal 14

LAB 2 Alt, jung, bunt und divers: Wie wir auf den demografischen Wandel in der
Kulturellen Bildung reagieren 19

LAB 3 Im Welt(en)Wandel: Wie politisch darf/sollte Kunst sein? 23

LAB 4 Under Construction: Das Urheberrecht 26

LAB 5 Institutionen in Bewegung II: Digitale Beteiligungs- und Vermittlungsformate 34

LAB 6 Kultur vor Ort: Regionen stärken und Empowerment ermöglichen 37

LAB 7 WeltKultur(en): Neue Perspektiven auf koloniales Erbe 41

LAB 8 Kreativwirtschaft: Globale Vernetzung und lokale Anker 45

ZWEITER KONFERENZTAG

Neue Wirklichkeiten und Aktionsräume

LAB 1 Neue Wirklichkeit Europa: Kultur verbindet? Zwischen Anspruch und Wirklichkeit 49

LAB 2 Neue Wirklichkeit Ostdeutschland: Was wir aufheben 53

LAB 3 Neue Wirklichkeit Gleichstellung: Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbetrieb 62

LAB 4 Neue Wirklichkeit Kulturelle ArbeitsWelt(en): Zwischen Avantgarde und Prekariat 66

ABSCHLUSSDISKUSSION Kulturpolitik als Welt(en)Wandler? Was wir dafür brauchen...

mit Dr. Carsten Brosda, Lena Krause, Raisan Hameed und Bartosz Wieliński 70

AUSBLICK Kulturpolitische Aufgaben: Wege in die Zukunft

von Dr. Carsten Brosda 74

Impressum 80

KEYNOTE

von Michelle Müntefering, MdB,
Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt

-- Es gilt das gesprochene Wort --

Sehr verehrte Damen und Herren,
Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde der FES!

„Die schöpferischen Kräfte des Menschen müssen sich in einem reich gegliederten und vielfältigen kulturellen Leben frei entfalten können. Die Kulturpolitik des Staates soll alle kulturwilligen Kräfte ermutigen und fördern. Der Staat muss alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.“

Wer kennt den Text?

Diese Worte stehen im Godesberger Programm, der vielleicht wichtigsten politischen Neu-Vermessung der Sozialdemokratie 1959, die den Weg der Sozialdemokratie zur Volkspartei geebnet hat. Heute sind sie vielleicht wieder aktueller denn je.

Die 6. Kulturpolitische Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt heute mit ihrem diesjährigen Leitsatz "Kulturpolitik im Welt(en)Wandel" eben diese Frage - nach Beständigkeit und Veränderung. Ich komme heute als erste Staatsministerin für internationale Kulturpolitik. Ein Amt, das die SPD mit der Entscheidung der Auflage einer neuen Großen Koalition in besonderer Weise betont hat und das eine Weiterentwicklung dessen darstellt, was Gerhard Schröder vor 20 Jahren mit der Einrichtung der BKM als nationale Ansprechpartnerin entwickelt hat. Dabei ist die internationale Kulturpolitik, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, die Kulturdiplomatie, schon 100 Jahre alt!

Warum also jetzt diesen Bereich so deutlich hervorheben?

Ich will es heute aus meiner sozialdemokratischen Sicht beschreiben: Das liegt nah.

Willy Brandt war es, der die Internationale Kulturpolitik einst als Außenminister zur gelebten sozialdemokratischen Friedenspolitik und zur dritten Säule deutscher Außenpolitik entwickelt hat - gleichberechtigt neben der klassischen Diplomatie und den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Er bezeichnete sie als „Arbeit an der Weltvernunft“. Da gibt es - das ist offensichtlich - heute wieder eine Menge zu tun.

Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel haben das bereits in ihren Amtszeiten erkannt und stetig weiter ausgebaut. Unsere so genannten Mittlerorganisationen, unsere Kulturbotschafter, wie das Goethe-Institut, das Institut für Auslandsbeziehungen, der DAAD, das DAI, die AVH, aber auch alle unsere Schulen im Ausland, arbeiten als verlässliche Partner in der ganzen Welt.

In dieser Welt verschieben sich zunehmend die Koordinaten, Autokratie und Nationalismus sind auf dem Vormarsch, der Populismus hat seinen Höhepunkt vermutlich noch nicht erreicht. In einer solchen Welt ist die „Internationale Kulturpolitik“ Hoffnungsarbeit - so hat es Frank-Walter Steinmeier formuliert. Heiko Maas steht in dieser Tradition und unterstützt mit seiner Arbeit im Auswärtigen Amt mit besonderem Gespür für die Zusammenhänge der Gesellschaft eine Politik, die nicht allein auf geostrategische Fragen ausgerichtet ist, sondern ebenso auf den lebendigen Austausch der Zivilgesellschaften.

Ganz ohne Naivität will ich anfügen: Der offene Austausch der Gesellschaften, kritische Diskurse und letztlich Kooperation und Koproduktion statt "Deal-Making" zeichnen unsere Politik aus – und liegen in unserem ureigenen Interesse! Aber Interessenwahrung allein reicht längst nicht aus

angesichts - zumindest nicht geringer werdenden Risiken - von Konflikten, auch zwischen Staaten.

Menschen, die sich begegnen, die miteinander arbeiten und leben und schaffend tätig sind, entwickeln ein Verständnis füreinander, das tiefer liegt, als die Spitzendiplomatie es in Artikel fassen kann.

Internationale Kulturpolitik stärkt die Freiheit und Kooperation, die wir heute so dringend schützen müssen - und die sich nicht zuletzt in der multilateralen Weltordnung und ihrer Institutionen abbildet. Deswegen gehört Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik zum sozialdemokratischen Selbst-Verständnis.

Lassen Sie mich eine wunderbare Passage aus dem politischen Programm Vaclav Havels vorlesen, das - wie ich finde - deutlich macht, was Kultur ist.

„Für außerordentlich wichtig halte ich die Sorge um die Kultur nicht als konkrete Tätigkeit unter anderen konkreten Tätigkeiten, sondern um Kultur im wirklich weitesten Sinne des Wortes, nämlich um die „Kultur von allem“, allgemeine Kultur.“

Vor allem denke ich an die Kultur der Beziehungen der Menschen untereinander, der Beziehung des Stärkeren zum Schwächeren, des Gesunden zum Kranken, der Jüngeren zu den Älteren und der Erwachsenen zu den Kindern, der Unternehmer zu den Kunden, der Männer zu den Frauen, der Lehrer zu den Schülern, der Offiziere zu den Soldaten, der Polizisten zu den Bürgen usw. usw..

Doch nicht nur das: ich denke dabei auch an die Kultur der Beziehungen des Menschen zu der Natur, zu den Tieren, zur Atmosphäre, zur Landschaft, zum Dorf, zur Stadt, zum Garten, zum Haus, die Kultur

des Bauens, des Wohnens, der Bewirtung, die Kultur der großen Unternehmen und des kleinen Verkaufs, die Kultur der Arbeit und der Reklame, die Kultur der Bekleidung, des Verhaltens und des Vergnügens. Doch nicht einmal das ist alles, im Gegenteil: kaum ist dies vorstellbar ohne juristische, politische und Verwaltungskultur, ohne Kultur des Staates zum Bürger.

In diesem Sinne kann man sagen, Kultur umfasst das gesamte Selbstbewusstsein eines Staates und alle Regeln des Miteinander-Umgehens, aber auch alle Gestaltungsmomente im Umgang mit Natur, Umwelt und den Gegenständen des Alltags.

Kultur ist nicht einmal a priori ein positiver Begriff, denn auch alle negativ gewerteten Ausmaße und Auswüchse des gesellschaftlichen Verhaltens sind Spuren einer kulturellen Entwicklung.

Selbstverständlich kann das Normen- und Wertesystem, das Menschen für ihre Gesellschaft entwickeln, auch negative Auswirkungen und bedrohliche Ideologien hervorbringen.

Das Gefüge Kultur ist ein feinmaschiges Netz, das allem politischen und Gemeinschaftshandeln zugrunde liegt. Das Verantwortungsbewusstsein der Politik muss sich daran messen lassen, wie die Politik die Erziehungs-, Bildungs- und Selbstfindungsprozesse in der Gesellschaft steuert. Das für die Zukunftsbildung wichtigste Ziel einer demokratischen Gesellschaft muss es sein, einen geistigen Staat zu errichten.“ Ein geistiger Staat - ich füge hinzu: Eine geistige Demokratie!

Internationale Kulturpolitik ist also Welt-Gesellschaftspolitik.

Diese Haltung ist es, die unserer Politik zugrunde liegt. Es geht dabei eben nicht um den Export von Kultur, sondern um Begegnung mit anderen - und um den Schutz derjenigen Räume, in denen Freiheit möglich ist.

Das ist nicht immer einfach, denn Menschenrechte oder Meinungsfreiheit werden nicht nur von gefährlichen Autokraten weltweit in Frage gestellt. Auch im digitalen Raum ist ein Wettbewerb der Narrative entbrannt - Staaten schreiben mehr denn je ihre eigene Geschichte: Russland, USA, China - alle erzählen ihre eigenen Wahrheiten.

Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag ist auch bei uns die Gefahr gewachsen, dass sich Grundkonsens in der Gesellschaft mehr und mehr auflöst.

Das Grundvertrauen der demokratischen Parteien untereinander - selbst wenn sie unsere politischen Gegner sind - hat sich gegenüber der AfD in ein Grundmisstrauen verkehrt. Anders gesagt: Auch wenn ich Frau Merkel und die CDU nicht in der Regierung sehen wollte - ich weiß doch, Deutschland wird nicht daran zugrunde gehen. Diese Sicherheit habe ich gegenüber den Rechtspopulisten nicht.

Denn: Um Frieden zu wahren ist die Rückkehr zum Nationalen, das Bauen von Mauern, das sich Abschotten und Ausgrenzen - nicht die richtige Antwort.

Im Gegenteil! Wir müssen gerade da, wo es schwierig wird, im Gespräch sein und bleiben. Und wir müssen aktiv helfen, wo die Not am größten ist. Humanitäre Hilfe braucht auch Hilfe zur Humanität. Auch Menschen in Not brauchen mehr als ein Brot, ein Bett und ein Zelt. Wir müssen

verstehen: Nur wenn es anderen gut geht, geht es auch uns langfristig gut.

Was können wir also tun?

Ich habe mir vier Schwerpunkte gesetzt, die Bundesminister Maas fördert und aktiv unterstützt. Ich will das an Beispielen zeigen:

1.) Wir werden Programme für verfolgte Künstler und Wissenschaftler fortsetzen. Türkischen oder syrischen Wissenschaftler etwa, geben wir mit der Philipp-Schwarz-Initiative Möglichkeiten, an deutschen Universitäten weiter zu forschen.

Übrigens: Auch die Stiftungen, die unser Verständnis anderer Länder fördern, brauchen diese Freiräume - sie sind Think-Tank, Brückenbauer und nicht zuletzt - ein fester Bestandteil unserer politischen und demokratischen Kultur!

2.) Jugendaustausch und die Unterstützung einer kritikfähigen Generation! Wir sehen heute - zu oft in erschreckender Weise - wie auch das historische Bewusstsein schwindet. Und wir fragen uns, wie die nächste Generation mit dem Erbe umgehen wird, welchen eigenen Zugang zu Erinnerungskultur sie findet, wenn es einmal keine Zeitzeugen mehr gibt. Wir diskutieren darüber, ob Jugendliche verpflichtend an Gedenkstättenfahrten teilnehmen sollen. Dabei können sich das viele Schulen gar nicht leisten. Deswegen werden wir ein Programm „Jugend erinnert“ auflegen, das Schulen unterstützen soll, diese pädagogische Arbeit möglich zu machen.

3.) Afrika! Wir müssen begreifen, dass alle Chancen und alle Gefahren unseres europäischen Nachbarn auch die unseren sind. Deswegen will ich vor allem die Kreativität der Jugend und Potential der Frauen zu einer Priorität meiner Arbeit machen.

Menschen eine Perspektive, Frauen eine Stimme geben, Teilhabe an Bildung ermöglichen - ist wirksame Hilfe. Denn: Politik, die von kurzfristigen Interessen allein bestimmt ist, wird langfristig keine wünschenswerte Wirkung erzielen.

Auch der Umgang mit unserem kolonialen Erbe wird uns bei unserer Arbeit mit diesem vielfältigen Kontinent begleiten. Auch das ist letztlich keine rein nationale Aufgabe, sondern eine, die sich einordnen muss einen europäischen Rahmen.

4.) Europa! Wie es mit uns weitergeht, ob wir weiterhin wirtschaftlichen Erfolg, Wachstum und letztlich Wohlstand und Frieden sichern können, entscheidet sich nicht zuletzt daran, ob wir es schaffen, die Idee des Zusammenhalts und der europäischen Integration zu festigen. Dieser Zusammenhalt wird nicht zuletzt über Zustimmung der Menschen zu Europa gelingen - oder an ihr scheitern.

Wir sind in der historischen Verantwortung - durch Interessenausgleich, Aufgabenteilung und europäischen Geist - gemeinsam Antworten zu finden auf die großen, globalen Herausforderungen: Flucht, Migration, Klimawandel, Armut, Demographische Entwicklung - um einige zu nennen.

Es geht darum, Antworten zu finden auf die großen Fragen der Zeit und sie Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln. Dabei wird es nicht ohne die Auseinandersetzung um den richtigen Weg gehen. Demokratie braucht diese Auseinandersetzung wieder stärker als bislang, weil erst die demokratische Auseinandersetzung Politik, ihre Prozesse und Entscheidungen, möglich macht.

Die Kraft der Kultur kann dabei helfen, Menschen wieder Orientierung zu geben.

In Nachbarschaftsregionen Menschen zusammenbringen etwa. Oder indem Kulturinstitute stärker als bislang gemeinsam arbeiten. Der deutsch-französischen Zusammenarbeit kommt dabei eine besondere Rolle zu, die wir bis 2020 durch zehn gemeinsame Kulturinstitute aus Goethe und Institut Francais fördern wollen.

Es geht darum deutlich zu machen: Kultur macht an Grenzen nicht halt, sie speist sich in der Auseinandersetzung mit anderen, sie ist längst global, und sie verbindet durch wechselseitigen Austausch des Vertrautem mit dem Fremden.

Für all das ist aber entscheidend, was Macron vorgestern formuliert hat: „Die

Antwort ist nicht die autoritäre Demokratie, sondern die Autorität der Demokratie.“

Die „Heimat“ hat Herr Seehofer dabei nicht für sich gepachtet. Ich denke dabei an Angeln am Kanal, an die Gesänge der Bergmannstraditionsvereine, den Geruch von gebrannten Mandeln auf der Cranger Kirmes.

Heimat schafft Kultur, Kultur schafft Heimat. Bei uns - und in der Welt.

Vielen Dank und Glück auf!

ERÖFFNUNGSDISKUSSION

Zur Neuvermessung der Kulturpolitik in Zeiten des Umbruchs

20.04.2018, 13.30 – 15.00 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Olga Grjasnowa**, Schriftstellerin
- **Stadträtin Dr. Ina Hartwig**, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft, Frankfurt a.M
- **Thorsten Schäfer-Gümbel**, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie e.V.
- **Heba Ledwon**, Kiron Open Higher Education, ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung
- **Philipp Ruch**, Gründer des Zentrums für Politische Schönheit

Moderation: **Tanja Samrotzki**, Journalistin und Moderatorin

Der Keynote von Staatsministerin Michelle Müntefering schloss sich die Podiumsdiskussion zum Thema „Neuvermessung der Kulturpolitik in Zeiten des Umbruchs“ an. Auf dem Podium begrüßte die Moderatorin **Tanja Samrotzki** zunächst die Schriftstellerin **Olga Grjasnowa**, die in Aserbaidschan geboren ist, mit elf Jahren nach Deutschland migrierte und mittlerweile ihren dritten Roman auf Deutsch veröffentlicht hat. Zudem stellte sie **Heba Ledwon** vor, die sich bei Kiron Open Higher Education für Studienmöglichkeiten für Geflüchtete einsetzt und ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung ist. Ein weiterer Gast war der Gründer des Zentrums für Politische Schönheit, **Philipp Ruch**, der mit seinen künstlerischen Aktionen einen aggressiven Humanismus vertritt und es sich zum Ziel gesetzt hat, gegen die westliche Handlungsunfähigkeit angesichts der aktuellen menschlichen Katastrophen zu kämpfen. Als Vertreter der

Politik war **Thorsten Schäfer-Gümbel** zu Gast, der nicht nur den Vorsitz des Kulturforums der Sozialdemokratie e.V. inne hat, sondern auch Fraktions- und Landesvorsitzender der hessischen SPD sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD ist. Die kommunale Perspektive der Kulturpolitik vertrat die Kulturdezernentin der Stadt Frankfurt am Main sowie Autorin und Literaturkritikerin **Dr. Ina Hartwig**.

Zum Verhältnis von Kunst, Kultur und Politik

Frau Samrotzki stellte zunächst den Teilnehmenden der Diskussion die Frage nach den Triebkräften, die auf Kunst und Kultur wirken und wie diese wiederum auf die gesellschaftlichen Entwicklungen zurückwirken können. Mit Blick auf die derzeitige Verfassung unserer Gesellschaft und Demokratie sprach Herr Ruch von einer

Ohnmacht der Zivilgesellschaft angesichts autokratischer Bewegungen und eines global aufkeimenden Faschismus. Gerade weil die nächsten Jahre womöglich so verheerend werden würden, beschäftigten diese Kräfte die Kunst sehr stark. Dabei würden Fragen nach den Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft und einer wehrhaften Demokratie aufgeworfen werden. Ruch zufolge könne dieser intellektuelle Kampf einer *geistigen Demokratie* jedoch nur in Foren einer Anwesenheit, in einem Raum des Austausches stattfinden. Digitale Sphären seien dafür nicht der passende Ort, so seine Einschätzung.

Olga Grjasnowa ging in ihrem Statement auf den Bereich der Kulturförderung ein. Sie schätze die bereits vorhandenen Systeme der Kunst- und Literaturförderung in Deutschland, halte aber ein neues Bekenntnis seitens der Politik für notwendig. Schließlich gehe es um grundsätzliche Fragen, die die Form und Offenheit unserer Gesellschaft betreffen. Dass z.B. auch Menschen mit Migrationsgeschichte Teilhabe und Zugang ermöglicht und ihren Stimmen Gehör verschafft werde, sehe sie als wichtigen Bestandteil einer offenen Gesellschaft.

Dieser Sichtweise schloss sich auch Hartwig an. Als Kulturdezernentin müsse sie die Schnittstelle zwischen Kunst und Politik gestalten und sehe ihre Aufgabe in erster Linie darin, Räume für Künstler_innen in Frankfurt zu sichern. Angesichts enorm steigender Mieten und Verdrängungsprozessen gehe es der kommunalen Kulturpolitik darum, Kunstschaffende auch nach ihrer Ausbildung in der Stadt zu halten und ihnen gute Rahmenbedingungen zu bieten. Da sie die Künstler_innen als Herzstück einer Gesellschaft betrachte, fördere sie vor allem die freie Kultur- und Theatersze-

ne in Frankfurt. Neben der Sicherstellung vom Status Quo sei es gleichzeitig auch wichtig, auf gegenwärtige Wandlungsprozesse in allen Sphären zu reagieren. Das gelte insbesondere für Museen, die sich mehr der Digitalisierung annehmen müssten, um einerseits eine gewisse Transparenz des kulturellen Reichtums sicherzustellen und andererseits die junge Generation der „Digital Natives“, etwa in Form einer digitalen Außenpräsentation, anzusprechen. Was Hartwig außerdem hervorhob, war die Tatsache, dass sich die Sammlungen der Museen gerade selbst in einem Bewusstseinswandel befänden. Das bedeutet, dass zunehmend der moralische Status der Ausstellungsstücke, etwa hinsichtlich des kolonialen Erbes, überprüft werde. Nicht zuletzt seien Museen ein wichtiger Raum für eine Stadtgesellschaft, die stark von Migrationsbiografien geprägt ist.

Kulturpolitik ist auch Gesellschaftspolitik

Daran anschließend unterstrich Heba Ledwon nochmals, dass Kulturpolitik auch Gesellschaftspolitik sei. Sie forderte, dass die Bundesrepublik ihren Fokus nicht allein auf eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik legen solle, sondern auch Vorreiterin in der Gesellschaftspolitik werden könne. Dabei sei entscheidend, dass die bestehende kulturelle Vielfalt, die eigentlich omnipräsent sei, auf jeder Ebene sichtbar gemacht und nicht künstlich getrennt werde. Auch für Ruch wäre das ein Akt politischer Schönheit. Bisher spiegele sich jedoch, wie Schäfer-Gümbel anmerkte, die Veränderung unserer Einwanderungsgesellschaft und somit die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht in den Kulturinstitutionen wider.

Genau diese Diskrepanz sei eine Herausforderung und zugleich Triebkraft der Diskussion um Kulturpolitik. Digitalisierung werde die Auseinandersetzung in diesem Zuge nochmals beschleunigen, denn auch die Kommunikationsräume wandeln sich. Denn letztlich, so Schäfer-Gümbel, verändere Digitalisierung nicht nur Kunst und Kultur, sondern auch unsere Gesellschaft in einer fundamentalen Weise. Das wirke wiederum unmittelbar auf die Kulturpolitik zurück. Nichtsdestotrotz stellte er fest, dass Kulturpolitik noch immer als ein Nischenthema und als ein vollständig von der Gesellschaftspolitik getrennter Bereich betrachtet werde.

Des Weiteren berichtete Ruch von dem von ihm beobachteten neuen Ressentiments gegen die Kunst. Als Beispiel nannte er eine Performance auf der documenta, welche aufgrund ihres politisch nicht korrekten Titels abgesagt worden sei („Auschwitz on the Beach“). Was ihn daran störe, ist, dass sich die Kunst weniger erlauben dürfe als die Politik und entsprechend sanktioniert werde. Gleichzeitig gebe es viele Erwartungen und Anforderungen an die Kunst, allen voran möglichst korrekt zu sein. Er kritisierte den Rückgang in der Kulturförderung, der größtenteils die störende und aneckende Kunst betreffe. Aus diesem Grund plädierte er, selbst ein Vertreter einer radikal politischen Kunst, für mehr Mut und unangepasste politische Kunst, denn Kunst könne die Gesellschaft revolutionieren und als eine Kritik der Macht dienen. Seiner Ansicht nach seien die Künstler_innen und Intellektuellen weiterhin präsent, doch die Kunstförderung unterbinde in ihrer Auswahl, dass Kunst gesellschaftlich wirksam werden könne. Diese Meinung zur künstlerischen Zensur stieß auf Widerspruch, sowohl auf dem Podium seitens der Kulturpolitik als auch

aus dem Publikum. In der weiteren Debatte wurde herausgearbeitet, dass das Phänomen der „Political Correctness“ einen weiteren Treiber darstelle, der auf die Kunst- und Kulturbranche - sei es hinsichtlich der Sprache oder künstlerischer Ausdrucksformen - zurückwirke.

Als Schäfer-Gümbel an die Kunstschaffenden appellierte, sich stärker politisch zu positionieren, entgegnete ihm Ledwon, dass die Kritik weniger an die Künstler_innen gehen solle, sondern sich vielmehr an die staatlichen Institutionen richten müsse, damit dort die gesellschaftliche Vielfalt repräsentiert werde. Digitalisierung sehe Ledwon als eine große Chance, um Zugänge in vielen Bereichen offener zu gestalten. Bei Kiron Open Higher Education, einem gemeinnützigen Start-Up, beispielsweise würden mithilfe eines Online-Studienprogramms bestehende Barrieren auf dem Weg zur Hochschulbildung für Geflüchtete abgebaut werden. Eine weitere Möglichkeit, um Zugänge und gleichzeitig Vielfalt zu schaffen, sah Grjasnowa in Förder- und Stipendienprogrammen für verfolgte Schriftsteller_innen wie dem Writers-in-Exile Programm des deutschen PEN-Zentrums. Sie wünsche sich, dass solche Programme ausgebaut und globaler werden, auch in dem Sinne, dass sie sich nicht nur auf die sogenannte deutsche Staatskunst beschränkten. Auch Kulturinstitute im Ausland, wie etwa das Goethe-Institut oder das Institut Français, spielten eine wichtige Rolle sowohl bei der Förderung als auch beim politischen Schutz von Kunstschaffenden. Hinsichtlich des Schutzes der Kunstfreiheit in Deutschland hob Ruch hervor, dass auf justizieller Ebene künstlerische Freiräume erfolgreich verteidigt würden. Bei den Gerichten sehe er demnach keine Zensur, wohl aber bei den Gremien und Förderstiftungen.

Worauf letztlich alle Diskutant_innen zu sprechen kamen, war das problematische Verhältnis der deutschen Gesellschaft zu den Begriffen Leitkultur und Einwanderungsland. Hartwig hielt ein Plädoyer gegen die deutsche Leitkultur und erklärte, warum es keine nationale Kunst aus sich heraus geben könne. Wenn es überhaupt eine Staatskunst gebe, dann nur aus ideologischen Gründen. Die Kunst selbst stehe jedoch seit jeher für kulturelle Bewegung und hätte nie Grenzen gekannt. Museen hätten in diesem Prozess eine besondere Funktion, weil sie privilegierte Orte seien, um das auszutragen, was in der Welt des Wandels gerade geschehe. Als Repräsentanten dieser kulturellen Bewegungen richteten sie sich gleichzeitig an die Gesellschaft, die sich im Wandel befinde.

Als die Runde geöffnet wurde und Teilnehmer_innen aus dem Publikum zu Wort kamen, wurden Defizite in der politischen Debattenkultur angeprangert, die sich auch auf den Kulturbetrieb selbst beziehen. Ledwon und Hartwig schlossen sich der Problemanalyse an und betonten, dass es wichtig sei, möglichst viele Mitglieder unserer Gesellschaft an der Debatte teilhaben zu lassen und dadurch auch das Narrativ der Vielfalt einzuschließen. In diesem Zusammenhang bemerkte Ruch besorgt, dass viele Intellektuelle noch nicht verstanden hätten, dass der Kampf um eine offene oder geschlossene Gesellschaft im Digitalen längst tobte und oft von rechts dominiert werden würde. Demokratische Debatten bräuchten Räume, aber im gleichen Zuge auch die Ächtung menschenfeindlicher sowie antidemokratischer Positionen, die nicht Teil dieser Debatte sein sollten. Diese Grenze zu ziehen, sei jedoch nicht einfach, so Grjasnowa, da sich durch bestimmte Diskursereignisse, wie sie beispielsweise von Sarrazin hervorgerufen

wurden, die Grenzen des Sagbaren verschieben würden. Schäfer-Gümbel versuchte die Problemlage in einen größeren Zusammenhang einzuordnen und verwies auf die Unsicherheiten, die aufgrund der Unübersichtlichkeit durch Globalisierung oder auch Digitalisierung entstünden. Seiner Ansicht nach würden in der heutigen pluralistischen Medienlandschaft Grenzverletzungen ausdrücklich eingefordert, wodurch sich der Diskurs strukturell nach rechts verschiebe. Den Linken falle es zunehmend schwer, eine adäquate Antwort darauf zu finden und mit den strukturellen Veränderungen umzugehen. Uneins waren sich Schäfer-Gümbel und Ruch bei den Erklärungen, warum sich rechtspopulistische oder -extreme Parteien zu bestimmten Zeiten durchgesetzt haben. Während sich Schäfer-Gümbel auf Untersuchungen des Marshall Funds berief, denen zufolge eine gute wirtschaftliche Lage jenen Parteien ein Möglichkeitsfenster biete, weil die beiden großen, ideologischen Blöcke aufgehört hätten, über die großen Themen zu streiten, sah Ruch das genaue Gegenteil, also eine Wirtschaftskrise, als ausschlaggebend.

Zum Abschluss wurden die Gäste auf dem Podium zu ihren Wünschen an die Politik und Kultur befragt. Philipp Ruch nannte Heiko Maas Auftritt bei einer Talkshow mit Günther Jauch, in der er Björn Höcke Kontra gegeben hatte, als einen Triumph des Scharfsinns. Er bedauere, dass davon in den Medien zu wenig berichtet wurde und wolle mehr solcher Auftritte sehen. Hartwig unterstrich, dass die Kunst frei sei, weshalb sie sich als Kulturpolitikerin von ihr nichts wünschen wolle. Ihrer Ansicht nach sei die zentrale Bedeutung der Kunst noch nicht vollständig erkannt worden, weshalb sie ihr eine größere Sichtbarkeit wünsche. Dass Kulturpolitik mehr als Ge-

sellschaftspolitik verstanden werde und sich die Institutionen dafür öffnen, war Ledwons zentrales Anliegen. Grjasnowa sprach sich für mehr internationale Programme aus, die den Austausch förderten. Thorsten Schäfer-Gümbel äußerte abschließend den Wunsch, dass Politik und Kultur mehr in den Dialog treten und es weitere solcher kulturpolitischen Jahrestagungen geben solle. Diesen Wunsch aufgreifend entließ Moderatorin Samrotzki

das Publikum in die Laboratorien, in denen es in verschiedenen Formaten mit Kulturschaffenden, Kulturpolitiker_innen, Verbandsvertreter_innen und Multiplikator_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen in einen intensiven fachlichen Austausch treten konnte.

LAB 1

Institutionen in Bewegung I: Zielgruppen, Agenda, Personal

20.04.2018, 15.45 - 17.15 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Mustafa Ahaikh Hasan**, Architekturstudent, Realisator von Kulturprojekten und Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung
- **Ulrich Khuon**, Präsident des Deutschen Bühnenvereins, Intendant Deutsches Theater Berlin
- **Barbara Lison**, Bundesvorsitzende Deutscher Bibliotheksverband (dbv) und Direktorin der Stadtbibliothek Bremen
- **Hortensia Völckers**, Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes

Moderation: **Franziska Richter**, Referentin für Kulturpolitik im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der gesellschaftliche Wandel und seine Auswirkungen auf den Kulturbetrieb

Im LAB „Institutionen im Wandel“ wurde die Reaktion von Kultureinrichtungen auf den gesellschaftlichen Wandel analysiert. Einem Wandel, der durch demografische Faktoren, sich verändernde Migrationsbewegungen und Digitalisierungsprozesse bestimmt ist. Einem Wandel, der aber ebenso von wachsender sozialer Ungleichheit, zunehmendem Populismus und gegenseitiger Abschottung begleitet wird und Gesellschaft und Politik herausfordert. Kernthemen der Gesprächsrunde waren die Gestaltung des Wandels innerhalb der Kulturinstitutionen und die Förderung von mehr Diversität im Kulturbetrieb. Ebenfalls diskutiert wurden die Relevanz der sogenannten „dritten Orte“, z.B. von Bibliotheken und deren Potential, neue Zielgruppen zu erreichen sowie die Einflüsse

der Digitalisierung auf die Kulturlandschaft. Die Diskussion wurde durch einen Beitrag des Dresdener Studenten **Mustafa Ahaikh Hasan** eröffnet. Aufgrund seiner Rolle als Kunstschaffender konnte er aus eigenen Erfahrungen wiedergeben, wie die Kultur- und Kunstszene auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse reagierte.

Er berichtete u.a. von Kunstprojekten, an denen er beteiligt war und darüber, wie diese in der Öffentlichkeit wahr- und angenommen wurden. So würden Themen wie Diversität, Migration und Integration zwar gesellschaftlich und politisch eine immer größere Rolle spielen, jedoch zum Teil kontrovers diskutiert. In diesem Zusammenhang schilderte Hasan seine Erfahrungen mit Pegida-Aufmärschen in Dresden gegen Europa und Einwanderung, bei denen sich ebenfalls Spannungen hinsicht-

lich gesellschaftlicher Wandlungsprozesse zeigten und entluden. Dennoch sehe er besonders in Kultureinrichtungen eine intensive Auseinandersetzung mit Themen wie Diversität, Flucht, Migration oder Rechtspopulismus, betonte Hasan ausdrücklich. Die Debatte ließe sich auf allen Ebenen wahrnehmen. Sie werde entweder ganz direkt diskutiert, in Form von Kunstaktionen verarbeitet oder zeige sich in den Programmen verschiedener Kulturhäuser. Sie seien, so Hasan, Ausdruck einer Kulturlandschaft, die sich kritisch mit dem aktuellen Geschehen auseinandersetze. Hasan merkte allerdings an, dass das Thema Diversität in deutschen Kultureinrichtungen oft auf das Programm beschränkt sei und sich auf personeller oder auf Publikumsebene nur sehr wenig widerspiegele.

Kultureinrichtungen müssen sich thematisch und personell noch stärker Diversität öffnen

An dem Befund mangelnder Diversität in Kultureinrichtungen anknüpfend, wandte sich die Moderatorin **Franziska Richter** an **Hortensia Völckers**, die mit der Kulturstiftung des Bundes die Kulturlandschaft mit kulturpolitischen Themen, wie Modernisierung und Zukunftsfähigkeit, begleitet. Fokus des Gesprächs war das von der Kulturstiftung des Bundes ins Leben gerufene Projekt 360°, welches einen Wandel hin zu mehr Diversität innerhalb von Kultureinrichtungen anregen will.

Die kulturelle Diversität und die heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung in den Städten Deutschlands spiegele sich oftmals nicht in ihren Kulturangeboten wider, erklärte Völckers. Dementsprechend solle das Projekt 360° kulturelle Einrich-

tungen bei Wandlungsprozessen hin zu mehr thematischer und personeller Diversität unterstützen. Das „Change-Management“ zu mehr Diversität werde dabei mit Hilfe einer externen Person umgesetzt. Grundvoraussetzung für einen nachhaltigen und erfolgreichen Wandlungsprozess sei der Wille zum Wandel in den Institutionen und die Beteiligung aller Parteien an der Entwicklung. Als problematisch erwiesen sich oftmals die hohen personellen Anforderungen an die externen „Change-Manager_innen“, mangelnde Bereitschaft der Einrichtungen zur Veränderung aber auch die Langwierigkeit solcher Prozesse. Auch die Unterstützung seitens der Politik sei unzureichend, da sie tendenziell eher kurz- statt langfristige Projekte fördere. Nichtsdestotrotz, so Völckers, seien solche Wandlungsprozesse absolut notwendig: Kulturinstitutionen und Kultur generell, müssten, wenn sie aktuell und relevant bleiben wollen, die Diversität ihres Umfelds widerspiegeln.

Doch nicht nur Diversität auch die Digitalisierung fördere strukturelle Veränderungen in Kulturinstitutionen, erläuterte Frau Völckers im weiteren Verlauf der Debatte. Zum einen verändere sich die Arbeitsweise - weg von einer isolierten und hierarchischen Arbeitsteilung, hin zu mehr kooperativen Formen des Zusammenarbeitens. Zum anderen Sorge die Internetpräsenz der Einrichtungen zu einem intensiveren Austausch mit ihrer jeweiligen Umwelt.

Chancen und Grenzen des Wandels

Ulrich Khuon, Intendant des Deutschen Theaters und Präsident des Deutschen Bühnenvereins, wies in seinem Beitrag besonders auf die Bemühungen und Chancen aber auch Grenzen des Wandels in Kulturinstitutionen hin. So sei es für kulturelle Institutionen nicht immer einfach, aktiv und nicht nur reaktiv angemessen zu handeln in Bezug auf gesellschaftliche Prozesse. Aufgrund der Vielzahl an Diversitäten ist es teilweise überfordernd, allen gleichzeitig gerecht werden zu wollen und zu können.

Es gibt vielfältige Instrumente und Möglichkeiten in den Kultureinrichtungen die Veränderung in der Gesellschaft zu spiegeln und Angebote für interessierte Besucher_innen zu machen, die aber „der Fülle der Angebote nicht mehr nach kämen“ und der zerstreute Fokus behindere manchmal zielgerichtetes und effektives Arbeiten.

Trotz oder gerade deswegen sei Wandel in der Theater- und Kulturlandschaft erstrebenswert, führte Herr Khuon weiter aus. Es sei Aufgabe der Kultur, einen kritischen Diskurs in der Gesellschaft anzuregen und Innovationen zu fördern. So verändere Diversität das Klima einer Institution, fördere Umdenken und rege die Kreativität an. Khuon gab an dieser Stelle zu Bedenken, dass Kultureinrichtungen in ihrer Kapazität und Reaktionsfähigkeit auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse ebenso wenig überbelastet werden dürften. So sei es wichtig, die Stimmung innerhalb der Häuser zu wahren und alle Interessen fair wahrzunehmen. Kultureinrichtungen dürften nicht als Sozialdienstleister missbraucht werden. Der Wandel in der Kulturlandschaft sei ein umfassender Prozess, der schon bei Kinder- und Jugendförderung

beginne, Eigeninitiative erfordere, aber auch Unterstützung von Politik und Zivilgesellschaft benötige.

Die neuen „dritten Orte“

Vom Wandel und den neuen Anforderungen an die sogenannten „dritten Orte“ sprach **Barbara Lison**, Bundesvorsitzende des Deutschen Bibliotheksverband sowie Direktorin der Stadtbibliothek Bremen. Sie berichtete über Bibliotheken in Deutschland und deren Potential als Orte der Begegnung und des sozialen Geschehens.

So erleben wir in einer Zeit, in der sich durch die Gesellschaft immer größere Risse ziehen, momentan eine Renaissance der vor dem Hintergrund der digitalen Transformation von manchen übereifrigen Zukunftsgurus totgesagten Bibliotheken. Grund für deren deutliche Wiederbelebung sei, ihre konsequente Innovationsorientierung und funktionelle Neuausrichtung. Neben einem Ort zum Entleihen von Literatur, haben sie sich längst zu sozialen Ort, den heutzutage sogenannten „dritten Orten“ entwickelt. "Dritte Orte" sind soziale Treffpunkte, Anker des Gemeindelebens, die Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen und eine breitere und kreativere Interaktion zwischen Menschen kreieren. Das Besondere der dritten Orte, unterstrich Frau Lison, seien ihre sozialen Komponenten, welche in einer polarisierten Welt Brücken schlagen könnten.

Bibliotheken würden eben dieses Bindeglied verkörpern, das soziale, kommunikative und inhaltliche Aspekte miteinander zu verbinden vermag. Sie sind nicht nur Orte der Begegnung, sondern in erhöhtem Maße auch stark frequentierte außerschulische Lernorte, Arbeitsorte und Inspiration-

sorte. Neben den klassischen Medien bieten Sie auch freien Internetzugang, und diverse digitale Inhalte an - und das alles frei von Konsum - oder Legitimationszwang! Bibliotheken würden somit ganz neue Anreize insbesondere für jene Zielgruppen schaffen, die bis dato eher wenig von klassischen Kulturangeboten erreicht wurden.

Lison zufolge ist der Wandel der Bibliotheken ein Musterbeispiel der Anpassung kultureller Einrichtungen auf gesellschaftlichen Wandel. Die Digitalisierung und Individualisierung haben ein Bedürfnis nach Gemeinschaft geweckt, welches sich und insbesondere durch Bibliotheken in ihrer neuen Rolle als dritte Orte gestillt werden könnte. Um dieser neuen Aufgabe gerecht zu werden, bräuchten Bibliotheken nicht zuletzt eine besondere Aufenthaltsqualität, die es gezielt und konsequent zu aktualisieren und fördern gelte. Dazu zähle z.B. eine Reform der Öffnungszeiten, die sich dem Alltag und den Freizeitgewohnheiten der Menschen anpassen müssten, wie etwa die Öffnungszeiten an Sonntagen, die in Deutschland vom aktuellen Bundesarbeitszeitgesetz verhindert werde.

Diskussion mit dem Publikum: Kultur auf dem Lande, deutsche Kulturpolitik in der Kritik und die Bedeutsamkeit der freien Szene

Die Moderatorin öffnete nun das Podium für Fragen aus dem Publikum. Der erste Beitrag thematisierte die mangelnde Kulturversorgung auf dem Land. Khuon unterstrich daraufhin die Bedeutung von Kulturangeboten im ländlichen Raum, da Kultur erfahrbar sein müsse. Die Lust an Kunst oder Theater entstünde nicht durch das Lesen einschlägiger Literatur, sondern

durch direkten Kontakt. Hierfür seien dritte Orte in ländlichen Gebieten genau das richtige. Frau Völckers ergänzt Khuons Beitrag und betonte, dass Kulturinstitutionen auf dem Land noch viel stärker demographische Entwicklungen in den Blick nehmen und sich diesen anpassen müssten, wenn sie überleben wollten. In diesem Kontext meldeten sich auch einige kritische Stimmen aus dem Publikum, die anmerkten, dass sich die deutsche Kulturpolitik eher dem Planen von Veranstaltungen verschrieben hätte und sich beim Bau von Einrichtungen erschöpfe, ohne die Weichen für den notwendigen Wandel in der deutschen Kultur zu stellen. Es fehle eindeutig an einer konzeptbasierten Kulturpolitik, so die Kritik. Völckers erklärte sich dies durch die Versäumnisse bei der Kulturförderung. Das Verständnis für die Notwendigkeit von Kultur müsse auch auf politischer Ebene erhöht werden.

Auch die Verbindung der freien Kunstszene mit der institutionalisierten Szene wurde thematisiert. Die freie Szene würde nur sehr wenig im öffentlichen Diskurs wahrgenommen, obwohl sie einen Großteil der Kulturlandschaft ausmache, betonte eine Teilnehmerin in ihrem Beitrag. Die freie Szene befände sich schon seit längerem in einem Wandlungsprozess, von dessen Know-how der Rest der Kulturszene sehr profitieren könnte. Um diese Verbindung von freier und institutionalisierter Szene realisieren zu können, müssten Dialog und Austausch untereinander gezielt gefördert werden. Khuon gab hier zu bemerken, dass dieser Dialog schon vielerorts bestehe. Er wies jedoch auch darauf hin, dass die Kulturinstitutionen nicht als alleinige Träger gesellschaftlichen Wandels überbelastet werden dürften.

Ausblick

Khuon bekräftigte, dass wir einen gesellschaftlichen Diskurs brauchen, der den Nutzen und die Notwendigkeit der Diversität hervorhebe. Dieser erzeuge die innere Bereitschaft, den Wandel der Gesellschaft und der kulturellen Einrichtungen Deutschlands positiv, konstruktiv und angemessen zu gestalten. Völckers schloss sich dem an, verdeutlichte allerdings, dass ein Diskurs allein nicht reiche. Es fehle flächendeckend an Infrastruktur und Finanzierung, um diesen zu gestalten. Sie fordere von der Politik mehr finanzielle Unterstützung und eine Reform der Kulturförderung in Deutschland, um die verschiedenen Ebenen von Kommunen über die Länder bis hin zum Bund besser zu vernetzen. Frau Lison betonte ihrerseits, dass es in einer

digitalisierten Welt trotz allem ein analoges Verhältnis zu Kultur brauche, wenn diese nicht verloren gehen soll. Die Politik sei gefordert diese (dritten) Räume zu schaffen, ob nun auf dem Land oder in der Stadt. Herr Hasan stellte abschließend nochmals die positive Bedeutung der staatlichen Kulturförderung in Deutschland heraus. Mit Hinblick auf die kommende Wahl in Sachsen und den zu erwartenden Erfolg der AfD verwies er aber auf die bedenklichen Positionen dieser Partei hinsichtlich der rein nationalen Kulturförderung und den damit möglichen Konsequenzen. Bei ungünstigen Regierungsverhältnissen laufe Kultur auch Gefahr, den politischen Machtverhältnissen auf Gedeih und Verderb ausgesetzt zu sein - Kultur dürfe nicht Spielball der Politik sein, so sein Abschlussplädoyer.

LAB 2

Alt, jung, bunt und divers:

Wie wir auf den demografischen Wandel in der Kulturellen Bildung reagieren

20.04.2018, 15.45 - 17.15 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Özlem Canyürek**, Universität Hildesheim, am Kulturpolitik Institut
- **Herbordt/Mohren**, Die Institution
- **Almuth Fricke**, KUBIA (Kompetenzzentrum für kulturelle Bildung im Alter und Inklusion)
- **Fatma Seyda Kinaci**, Künstlerin, ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung (leider musste sie aus Krankheitsgründen ihre Teilnahme absagen)
- **Martin Rabanus**, MdB, Sprecher AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien

Moderation: **Dr. Peggy Mädler**, Autorin, Dramaturgin und Dozentin

Welche Teilhabemöglichkeiten mittels Kunst sind möglich?

Wie kann soziale und kulturelle Teilhabe geschaffen werden und dies in Zeiten, in denen wir verschiedenen - u.a. auch demografischen - Wandlungsprozessen gegenüberstehen? Diese Frage stand im Zentrum des LAB 2 mit dem Titel „Alt, jung, bunt und divers - Wie wir auf den demografischen Wandel in der Kulturellen Bildung reagieren“. Nach einer kurzen Vorstellungsgeschichte skizzierte die Moderatorin **Peggy Mädler** zunächst die aktuellen kulturpolitischen Herausforderungen, in denen heterokulturelle Strukturen und wachsende

Ungleichheit die Frage nach möglichen Handlungsräumen für Kultur aufs Neue

stellt. Ziel der Diskussion war es, gemeinsam darüber nachzudenken, wie in Zukunft kulturelle Teilhabe für alle ermöglicht werden kann, und welche Formen der Partizipation innerhalb der Künste und der Kulturellen Bildung dies ermöglichen können. Ein erfolgreiches Beispiel für die Teilhabe an künstlerischen Prozessen ist das Kunstprojekt „Das Theater“ des Künstler_innenkollektivs **Herbordt/Mohren**. Ausgangspunkt für die Projektidee war das Aussterben der ländlichen Kommunen und das Verschwinden kultureller Institutionen, wie Bibliotheken, Theater und Kinos. Die Folgen sind leerstehende Gebäude und ein „entdichteter Stadtkern“, der von den übriggebliebenen Bewohner_innen nicht mehr belebt wird. Von 2015 bis 2017 be-

spielten Herboldt/Mohren in dem Dorf Michelbach an der Lücke genau diese leerstehenden Räume um den zentralen Dorfplatz und luden das Publikum auf einen Ausflug zwischen Bühne und Alltag, zwischen Bürgerinitiative und Kunst ein. Mit großer Begeisterung haben die Anwohner_innen das Projekt aufgenommen, währenddessen u.a. das erste Museum für zeitgenössische Kunst eröffnete und Theater, Archiv und Kino wieder bespielt oder neu gegründet worden sind.

Die Künstlerin **Fatma Seyda Kinaci** musste leider ihre Teilnahme aus Krankheitsgründen absagen. Frau Mädler verwies aber u.a. auf ihre Arbeit in Projekten mit Geflüchteten als auch mit Kindern, die in schwierigen sozialen Zusammenhängen aufwachsen. Aus einer aktuellen Studie zu interkulturellen Projekten in NRW sowie in der neuen Studie des Bundesverbands Freie Darstellende Künste zur kulturellen Bildung geht hervor, dass die Erreichbarkeit dieser Zielgruppen und der Vertrauensaufbau in solchen Projekten der Kunst und/oder der kulturellen Bildung sehr viel Zeit brauchen. Umso mehr wünschen sich die Akteur_innen hier mehr Nachhaltigkeit für ihre Arbeit und das heißt: Kontinuität und mehrjährige Fördermodelle über die kurzfristige Projektform hinaus, die oft dazu führt, dass man gerade dann aufhören muss, wenn sich die Gruppe gefunden hat, der Prozess der Selbstermächtigung einsetzt und gemeinsame Arbeits- und Kommunikationsstrukturen entwickelt worden sind.

Der Sprecher der AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion, **Martin Rabanus**, bestätigte aus kulturpolitischer Perspektive das Dilemma der Begrenzung der Fördergelder. Ihm als Politiker sei es

daher wichtig, die Arbeit der kulturellen Bildung auch langfristig über die Einzelprojektförderung hinaus zu fördern und so zu stärken, dass diese sich nach Ablauf der Förderzeit selbst tragen könnten. Gleichzeitig betonte er die bereits verzeichneten Erfolge. Beispielsweise seien durch das Mitwirken der SPD zahlreiche Projekte realisiert worden, die eine starke Hinwendung zu partizipativen Formen ermöglicht hätten und Menschen aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Herkünften mit einbezögen.

Nur etwa 50% der in Deutschland lebenden Menschen nehmen Kulturangebote wahr

Die Wissenschaftlerin für Bildungsintegration **Özlem Canyürek** setzte sich in ihrer Positionierung stark von Martin Rabanus ab. Aus ihrer Perspektive gebe es zwar auf Landes- und Bundesebene die Bestrebung, die kulturelle Teilhabe für Menschen aller soziokulturellen Kontexte zu ermöglichen, aber das spiegele sich in der Datenlage kaum wider. So würden nur ungefähr 50% der in Deutschland lebenden Menschen das Kulturangebot wahrnehmen. Einen erheblichen Grund dafür sieht Canyürek in dem konventionellen Angebot der Kultureinrichtungen. Als Beispiel zieht sie die Programme und Personalstruktur der Theaterhäuser heran, die eine starke Diskrepanz zu Diversitätskonzepten aufweisen. Keine der großen Staatstheater – bis auf das Gorki Theater in Berlin – weise eine angemessene Repräsentation von Vielfalt auf. In der freien Theaterszene verhalte es sich im Kontrast anders: Hier seien Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten und genderdivers vertreten. Das Problem hier liege allerdings in der im Vergleich zu

den Staatstheatern eher geringen finanziellen Förderung und Unterstützung dieser freien Theaterlandschaft, die Canyürek zu der Frage führte, inwiefern ein traditioneller Kulturbegriff mit den Maßnahmen der Kulturpolitik zusammenhänge. Wer definiere den Kulturbegriff und was hat das für Konsequenzen für den Ein- und Ausschluss von Menschen unterschiedlicher sozialer Milieus? Würden keine Orte der interkulturellen Begegnung geschaffen, bedeute das folglich ein immer stärkeres Auseinanderdriften der Zivilgesellschaft, so Frau Canyürek.

Peggy Mädler stellte an dieser Stelle die Frage, wie es zukünftig möglich sei, mehr Orte der Begegnung, die interkulturelle und alters- und geschlechterübergreifende Zusammenkünfte fördern, zu entwickeln. Eine Teilnehmerin des LAB verwies daraufhin auf die engagierte Arbeit der soziokulturellen Zentren in diesem Bereich, die ein wichtiger Ort dieser Begegnung sind. Dem stimmte auch Martin Rabanus zu.

Stärkung von Teilhabe durch systematische Zielgruppenförderung

Almuth Fricke vom Kompetenzzentrum für kulturelle Bildung im Alter und Inklusion (KUBIA) sah vor allem in der systematischen Zielgruppenförderung einen Ansatz, der kulturelle Teilhabe ermöglichen könne. Aus ihrer Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Senioren konnte sie berichten, dass die Teilnahme an Kulturangeboten einen nachhaltigen positiven Effekt auf ältere Menschen habe. Gerade vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Lebensbedingungen für ältere Menschen, sei die kulturelle Teilhabe eine Möglichkeit, der Vereinsamung und dem Gefühl des „Abgehängt-seins“ entgegen-

zuwirken. Kulturangebote schaffen Generationsbegegnungen und ermöglichen individuelle Ermächtigung und Aneignung neuer Themen. Für das gesellschaftliche Zusammenleben und eine lebendige Demokratie sei es daher sehr wichtig, dass ältere Menschen weiterhin am kulturellen Leben teilnehmen. Aus diesem Grund plädierte Fricke in Anlehnung an den Beitrag von Canyürek für einen breitgefassten Kulturbegriff, der Alters-, Geschlechts- und Kultur-Diversität mit einschließt und sich auch in der Förderbereitschaft der Kulturpolitik widerspiegeln müsse.

Daran anknüpfend verwies Martin Rabanus auf den neuen Koalitionsvertrag, der sich dezidiert gegen eine instrumentalisierte Leitkultur ausspreche. Die SPD setze sich gezielt für eine diverse Gesellschaft ein, die wie die beiden Vorrednerinnen für einen breitgefassten Kulturbegriff stehe. Hinsichtlich der zielgruppenverbindenden Maßnahmen gelte es nicht nur Theaterhäuser und das Bildungsbürgertum in den Städten zu fördern, sondern auch kommunale Kulturinstitutionen wie Kinos und Jugendzentren auf dem Land. Rabanus sieht hier die Kulturpolitik, die einen nachhaltigen Strukturwandel bewirken könne, ganz stark in der Verantwortung,

Kulturelle Teilhabe als ein demokratisches Recht

Peggy Mädler griff den von Rabanus angeführten Aspekt des Strukturwandels auf und fragte das Podium, wie wichtig bei diesem Ziel die Rolle und das Engagement der Zivilgesellschaft seien.

Canyürek ergriff das Wort und betonte nochmal das allgemeingültige Recht auf kulturelle Teilhabe in einem demokrati-

schen Land, die durch das wechselseitige Engagement von Politik und Gesellschaft hervorgebracht werde. Aus ihrer Perspektive müsse die Kulturpolitik die Rahmenbedingungen für die Realisierung kultureller Angebote schaffen. Das sei die Grundlage, auf der die Zivilgesellschaft reagieren und soziale bzw. kulturelle Prozesse hervorbringen und befördern könne. Die Verbundenheit von Politik und Gesellschaft sei daher die Grundvoraussetzung, damit kulturelle Prozesse aus sich heraus ermöglicht werden können. Ein Teilnehmer aus dem Publikum griff diesen Aspekt der Mitgestaltung der Gesellschaft auf und stellte ein Positivbeispiel vor. Dabei handelte es sich um ein Kommunitentheater in Hessen, an dem ältere Menschen die Theaterstücke selbst schreiben und dabei von der Gemeinde finanziell unterstützt werden. Eine andere Teilnehmerin berichtete von einem Projekt aus Leipzig, wo es in einem Kulturzentrum ein generationsübergreifendes Angebot gebe, bei dessen Realisierung unterschiedliche Zielgruppen mitwirken würden.

Auch Fricke führte am Ende die Diskussion noch einmal auf die bisher erreichten Fortschritte zurück und plädierte dafür, nicht alles schlecht zu reden. So fördere das Kulturministerium in Nordrhein-Westfalen seit Jahren mit erheblichen Mitteln interkulturelle Projekte. Viele Hochkultureinrichtungen haben sich inzwischen für ganz unterschiedliche Zielgruppen geöffnet. Das Schauspielhaus Köln habe beispielsweise in seinem Interimsquartier im Arbeiterviertel Mülheim ganz bewusst die Nähe zur vielfältigen Bevölkerung im Quartier gesucht und sei selbst zu einem

„dritten Ort“ geworden, an dem unterschiedliche Milieus zusammen kommen.

Ausblick

Die Moderatorin fasste nach dem positiven Resümee noch einmal die wichtigsten Punkte und Übereinkünfte, die es für ein diverses und buntes kulturelles Bildungsangebot bedarf, zusammen. So müssten nachhaltige Strukturen geschaffen werden, die es Projekten der Kunst und (inter)kultureller Bildung ermöglichen, auch nach der Förderperiode weiter zu bestehen. Das umfasse u.a. mehrjährige und/oder strukturelle Fördermodelle in der kulturellen Bildung.

Ein breitgefasster Kulturbegriff, der unterschiedliche Aspekte von Herkunft, Religion, Geschlecht, politischer Gesinnung und Alter berücksichtigt, sei zudem unabdingbar. Diversität müsse sich daher nicht nur in den Programmen, sondern auch in der Personalstruktur der Kulturinstitutionen widerspiegeln.

Zielgruppenorientierte Angebote könnten die kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft befördern, darüber hinaus seien aber auch zielgruppenoffene Förderformate wichtig, um eine Verzweckung bzw. Vereinnahmung der künstlerischen Arbeit für einen gesellschaftlich-sozialen Auftrag zu verhindern. Grundvoraussetzung für all das sei das enge Zusammenspiel zwischen Politik und den Akteur_innen im Bereich der Kunst und Kulturellen Bildung, da nur im Wechselspiel kulturelle Prozesse von innen heraus ermöglichen könnten.

LAB 3

Im Welt(en)Wandel: Wie politisch darf/sollte Kunst sein?

20.04.2018, 15.45 – 17.15 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Yevgenia Belorusets**, Fotografin, Aktivistin und Autorin, ehem. Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung
- **Dr. Stefan Bläske**, Chefdramaturg am Theater NTGent, International Institute of Political Murder (IIPM)
- **MD (Ministerialdirektor) Dr. Andreas Görgen**, Leiter der Kultur- und Kommunikationsabteilung des Auswärtigen Amtes
- **Moritz Rinke**, Dramatiker und Schriftsteller

Moderation: **Kristina Volke**, Kunst- und Kulturwissenschaftlerin

Das LAB 3 befasste sich mit der zentralen Frage, wie politisch Kunst sein darf und sein sollte. Die Moderatorin **Kristina Volke** führte unter Bezugnahme auf die Eröffnungsdiskussion in die Thematik ein und zählte dabei mehrere aktuelle öffentliche Debatten zum Thema Kunst und Politik auf. Dazu zählten etwa die auch von verschiedenen Kulturschaffenden unterzeichnete flüchtlingskritische „Gemeinsame Erklärung 2018“, die u.a. von Durs Grünbein in Auseinandersetzung mit seinem Schriftstellerkollegen Uwe Tellkamp als islamophob und Pegida-nah kritisiert wurde, sowie den Streit um die Verleihung des Musikpreises Echo an zwei Rapper, deren Texte als antisemitisch und sexistisch kritisiert werden. Sie stellte zunächst die Künstlerin und ehemalige Stipendiatin der FES **Yevgenia Belorusets** vor, deren Aus-

stellung mit Fotografien aus der Ukraine während der Tagung gezeigt wurde. Als wesentlichen Inhalt ihrer künstlerischen Arbeit will sie die Veränderungen in der Bedeutung des Alltags durch veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen sichtbar machen. So werde die harte, vermeintlich monotone Arbeit in ostukrainischen Bergwerken im Angesicht des dortigen militärischen Konflikts und der ständigen Unsicherheit zu einem Anker der Stabilität für die auf ihren Fotos porträtierten Menschen, die die Künstlerin als Teil ihres Projekts sieht. Eine weitere politische Dimension erhalte ihre Kunst dadurch, dass es ihr erst durch Ausstellungen in Westeuropa überhaupt gelungen sei, ihre Werke auch in der Ukraine auszustellen. Kritische Künstler_innen seien dort regelmäßig der Gewalt rechter Gruppen ausgesetzt und

unter dem Vorwand des Schutzes vor eben dieser von staatlichen Repressionen betroffen. Um die Nutzbarmachung künstlerischer Freiräume für politische Aktionen geht es auch dem Dramaturgen **Dr. Stefan Bläske**, der am belgischen Theater NTGent und für die von Milo Rau gegründete Theaterproduktionsgesellschaft International Institute of Political Murder (IIPM) arbeitet. Er beschreibt Milo Raus Projekte, wie „Die Moskauer Prozesse“, das gerade auch im Kino laufende „Das Kongo Tribunal“ oder die in der Berliner Schaubühne aufgeführte „General Assembly“ als Möglichkeit, um Themen zu setzen, Problembewusstsein zu schaffen und Lösungsmöglichkeiten vorzustellen. Zwar werden sie ‚nur‘ im geschützten Raum der Kunst und des Theaters durchgeführt, aber sie eröffneten symbolische Räume und zeigten Handlungsmöglichkeiten auf; sie entwerfen Utopien und machen Mut zu deren realer Umsetzung. Durch die damit ausgelösten medialen Debatten sowie durch das Involvieren von real Betroffenen, Aktivist_innen Anwält_innen, Politiker_innen usw. gehe er davon aus, dass diese durchaus Einfluss auf reale Politik haben könnten, sodass im Ergebnis Künstler_innen zu politisch Aktiven würden.

Die Bedeutung solcher künstlerischen Freiräume griff auch der Leiter der Kultur- und Kommunikationsabteilung im Auswärtigen Amt, **Dr. Andreas Görge**, auf. Es sei das ausdrückliche Ziel seiner Arbeit, das damit verbundene Verständnis der Rolle von Kultur in der Gesellschaft in anderen Staaten zu zeigen. Er unterstrich die gesellschaftliche Relevanz von Kunst und Kultur. Selbst dann, wenn diese vermeintlich einen rein ästhetischen Anspruch habe, besitze dieser Freiraum immer auch politische Implikationen. Einen Nachteil seiner

Arbeit sieht er im unvermeidlichen (national-)staatlichen Hintergrund der Institutionen, mit denen das Auswärtige Amt zu meist zusammenarbeitet, und der Tatsache, dass autoritäre Staaten die notwendigen künstlerischen Spielräume einschränkten. Darauf bezugnehmend berichtete der Romanautor und Dramatiker **Moritz Rinke** von seinen Erfahrungen bei Theateraufführungen in verschiedenen Ländern, etwa mit dem Berliner Ensemble in der Türkei. Ein und dasselbe Stück könne eine gänzlich neue Bedeutung erfahren, wenn es in einen anderen gesellschaftlichen Kontext exportiert werde. Er kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die Kunst hierzulande ob der großen Freiheiten, die sie genieße, oft frei und beziehungslos sei. Die Darstellung von Radikalität würde dabei in Deutschland beinahe zu einer Modeerscheinung geraten.

Die Moderatorin lenkte daraufhin die Diskussion auf aktuelle kulturpolitische Fragen, wie die Diskussion um die „Echo“-Verleihung und verband damit die Frage, wie weit Kunst gehen dürfe und wo ihre Grenzen lägen, ob ihre Freiheit womöglich bedroht sei. Aus dem Publikum wurde die Frage geäußert, ob die Kunst von der Politik offen gelassene Leerstellen füllen könne und solle. Mit anderen Worten, Fragen beantworten solle, auf die die Politik keine Antwort (mehr) habe. Für Rinke habe sich Kunst innerhalb eines Wertekanons zu bewegen, die Auswahl der Echo-Jury deshalb für ihn nicht nachvollziehbar, sehr wohl aber die Entscheidung verschiedener Künstler_innen, ihre Preise zurückzugeben. Er stimmte zu, dass eine gewisse Leerstelle entstanden sei, sodass sich viele Kulturschaffende heute in viel größerem Umfang auch politisch zu Wort meldeten als noch vor einigen Jahren. Bei der „Gemeinsamen Erklärung 2018“ handele es

sich aber keineswegs um Kunst, sondern u.a. um Künstler_innen, die sich als Bürger_innen politisch äußerten. Unabhängig davon sehe er durchaus einen Unterschied zwischen Politik und Kunst, da erstere mit ganz anderen Instrumenten und Methoden arbeite als Letztere. Es gebe letztlich einen Unterschied zwischen der Rolle von Künstler_innen und der von politischen Aktivist_innen. Bläske führte aus, dass Theaterarbeit für ihn immer auch politisch sei, selbst wenn die Stücke keine explizit politischen Themen behandelten. Als öffentlich geförderte Kulturinstitution setze man schließlich Themen auf die Agenda und produziere und reproduziere bestimmte Bilder und Vorstellungen von dem, was „kulturelle Identität“ ausmacht.

Ein wichtiges Thema dabei sei etwa die Repräsentation gesellschaftlicher Diversität innerhalb des Theaters, auf und hinter der Bühne. Herr Görgen fügte der Diskussion um die „Echo“-Verleihung hinzu, dass es hier nicht um die Freiheit von Kunst gehe, da niemand das Recht auf Veröffentlichung der umstrittenen Liedtexte in Frage stelle. Allerdings sei es ein Skandal, dass ein im Rahmen des Kulturkorporatismus so bedeutsamer Verband, wie der den „Echo“ verleihende Bundesverband Musikindustrie, ausgerechnet an die betreffenden Rapper Kollegah und Farid Bang einen Preis verleihe.¹ Vor allem die Themen Diversität und Internationalisierung seien angesichts der auch von ihm diagnostizierten Leerstellen zentrale Herausforderungen für die Zukunft in der Kulturpolitik. Belorusets fügte hinzu, dass Künstler_innen ihrer Auffassung nach grundsätzlich mit einer

künstlerischen Motivation an ihre Arbeit herangingen; dabei aber, wie sie selbst in der Ukraine erlebt habe, schnell zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden könnten. Sie sehe es nichtsdestotrotz als eine wichtige Aufgabe von Kunst, gesellschaftliche Probleme zu thematisieren, zu informieren und verborgene Dinge sichtbar zu machen.

Angesprochen auf konkrete (kulturpolitische) Forderungen brachte Bläske die Idee ein, einen Fonds einzurichten, mit dem die Übersetzung und Übertitelung von Inszenierungen in andere Sprachen finanziert werden könnte. Interessant und diskussionswürdig fände er die Idee, etwa an der Berliner Volksbühne, Künstler_innen aus Osteuropa und Russland Räume zu bieten, die diese aus politischen Gründen dort nicht mehr erhielten. Auch die Unterstützung von geflüchteten Künstler_innen aus anderen Ländern der Welt befürworte er. Zentrale Herausforderungen für das Theater der Zukunft seien für Bläske insbesondere die inhaltliche Auseinandersetzung mit Fragen lokaler Identität, mit globaler Ungerechtigkeit und Umweltverschmutzung. Systemisch sollten die Fragen nach einer Diversifizierung und Internationalisierung des Theaters gesprochen werden. Rinke bezog die Position, dass sich die Kunst in Deutschland grundsätzlich in einer sehr guten Lage befände ob der großzügigen Subventionen, die ihr staatlicherseits zukämen. Diese Sichtweise wurde allerdings aus dem Publikum unter Verweis auf die oft schwierige finanzielle Situation und die prekären Lebensverhältnisse freier Künstler_innen in Frage gestellt. Görgen erinnerte abschließend an den Schriftsteller und „Vater der Künstlersozialversicherung“ Dieter Lattmann, der kurz vor Beginn der Tagung am 17. April 2018 verstorben war.

¹ Am 25. April 2018 gab der Bundesverband Musikindustrie bekannt, den Musikpreis „Echo“ künftig nicht mehr verleihen zu wollen und kündigte einen „Neuanfang für den Deutschen Musikpreis“ an [Anmerkung der Redaktion].

LAB 4

Under Construction: Das Urheberrecht

20.04.2018, 15.45 bis 17.15 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Nina George**, Schriftstellerin, Verband Deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller
- **Micki Meuser**, Filmkomponist und Musikproduzent
- **Prof. Dr. Gerhard Pfennig**, Rechtsanwalt, Sprecher der Initiative Urheberrecht
- **Marianne Schieder**, MdB, AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien
- **Andreas Rötzer**, Verleger Matthes & Seitz, Berlin

Moderation: **Birgit Kolkmann**, Journalistin

Das Urheberrecht - Die Expert_innenrunde diskutierte diese vielfach schwierige, zentrale Riesenbaustelle der Kulturwirtschaft. Dabei ist das Thema der materiellen Situation von Künstler_innen und Kreativen für die Kulturpolitik von zentraler Bedeutung, da diese nur glaubwürdig sein kann, wenn sie für Rahmenbedingungen sorgt, unter denen kreative Urheber_innen ihren Lebensunterhalt ordentlich verdienen können.

In der prinzipiellen Problemanalyse, dass unter den Bedingungen der Digitalisierung mit den Ideen von Kreativen viel Geld gemacht wird, von dem bei diesen kaum noch etwas ankommt, herrschte Einigkeit. Was kann die Politik tun, um schützend im Sinne der Urheber_innen einzugreifen? - auf diese Frage lief die Debatte hinaus.

Prof. Dr. Gerhard Pfennig gab zunächst einen Überblick über die komplizierten Baustellen, die grundsätzlich dadurch charakterisiert sind, dass die Urheberrechtsentwicklung der technischen Entwicklung zunehmend hinterherlaufe.

Es ging in der letzten Legislaturperiode im Wesentlichen:

(1) um die Umsetzung der europäischen Verwertungsgesellschaftsrichtlinie, wo besonders die Bürokratiekosten explodiert sind.

(2) um das Urhebervertragsrecht: bei dieser Novellierung 2017 geht es darum, die Urheber angesichts der Konzentrationstendenzen der Kulturunternehmen zu stärken; das Gesetz hat im Bereich der Literatur eher unberechtigtweise viel Staub auf-

gewirbelt, hat aber tatsächlich im audiovisuellen Bereich gegenüber Sendeunternehmen und der Filmbranche die Auskunftsansprüche, die Verfolgung von Werknutzung und Nachbesserungsmöglichkeiten in Bezug auf die Vergütung der Urheber_innen verbessert.

(3) um die Diskussion um das Urheberwissenschaftsgesetz, mit dem die Bundesregierung den Zugriff von Bildung und Wissenschaft auf geschützte Werke für Universitäten und Schulen erleichtert. Dieses Gesetz ist vor der Bundestagswahl unter sehr großer Eile zustande gekommen und bringt für Wissenschaftsverlage eine ganze Reihe von „Enteignungsproblemen“ mit sich. Dies war jedoch nur das deutsche Vorspiel für die Harmonisierung des Urheberrechts im digitalen Binnenmarkt, die seit 2016 auf der Agenda der EU steht.

(4) vor allem geht es heute um die letztlich entscheidende europäische, in Brüssel derzeit ausgekämpfte Urhebergesetzgebung. Diese ist erst die zweite Welle der Gesetzgebung zur Herausbildung der Grundlagen für die Wahrnehmung der Urheberrechte nach 15 Jahren Pause, seit der letzten Reform von 2001. Es geht in dieser EU-Richtlinie darum (a) die Rechte der Presseverleger_innen zu stärken, die von Google und anderen großen Plattformunternehmen dafür vergütet werden wollen, dass diese kurze Presseauschnitte in ihre Netze stellen – auf der anderen Seite wird argumentiert, dass nur so diese Pressechnipsel überhaupt auffindbar sind. (b) Weiter geht es um die vom deutschen Bundesgerichtshof infrage gestellte Beteiligung der Buchverleger_innen an der Abgabe Privatkopie/Bibliothekstantieme – diese soll rechtlich stabilisiert werden; (c) Der wichtigste Punkt ist der Umgang mit digitalen Plattformen wie Google oder Y-

ouTube, die milliardenfach die Möglichkeit zur Verfügung stellen, Werke – sozusagen „Madonna-Musik“ als Hintergrund des eigenen Katzenvideos – zu verbreiten, die Kreativen jedoch nur äußerst unzureichend beteiligen.

Dies ist besonders wichtig, weil sich nun herausgestellt hat, dass YouTube oder Facebook durch die Vermarktung geschützter Werke Milliardengewinne erzielen, während die Erträge der dort genutzten Urheber_innen sich gegenüber analogen Zeiten, bei denen Erlöse aus CD-Verkäufen kamen, erheblich reduziert haben. Dieses Problem soll so gelöst werden, dass es zu einer angemessenen Beteiligung der Urheber_innen an den Plattformgewinnen kommt – was sicher nicht einfach durchzusetzen ist. Die Urheber_innenseite möchte die Richtlinie für gewisse sichere Einnahmequellen geöffnet haben. Am besten so, dass z.B. für jeden „Video on demand“-Abruf auch direkt an die Urheber und Sänger/ Musiker gezahlt wird, wie dies früher bei der Vermietung der Videokassette durch Videothekenabgabe an die Urheber_innen über die Verwertungsgesellschaften der Fall war. Weiterhin wird als Abgeltung für nichtkommerzielle und private Zugriffe eine Urheberpauschale der Plattformbetreibenden an die Verwertungsgesellschaften gefordert.

Die Verhandlungsebenen sind das EU-Parlament und 27 Regierungen im Rat, die jeweils getrennt den Entwurf der Kommission beraten. Im sog. Trilog sollen schließlich die schwierigen Beratungen zusammengefügt und Deals geschlossen werden; nicht zuletzt zerren unendlich viele Lobbys an dem Paket. Zielsetzung sei, bis Ende 2018 die europäische Urheberrechts-Richtlinie zu verabschieden. Dann brauche es wohl weitere 2 bis 3 Jahre zur nationa-

len Umsetzung, solange – das ist die schlechte Nachricht - würde sich an der Situation zulasten der Urheber_innen kaum etwas ändern.

Zudem kommen die Themen hinzu, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung² festgehalten wurden – diese deutsche Linie lässt sich am präzisesten in Zitatform zusammenfassen:

- *Wir werden die Regelungen im Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich umfassend evaluieren und unter Abwägung aller Interessen über eine Verstetigung entscheiden.*
- *Wir werden auch im Trilog die Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste in enger Abstimmung mit den Ländern vorantreiben und die gemeinsamen Ziele (insbesondere die Einbeziehung von sozialen Netzwerken) zur Schaffung eines Single Market im Audio-Visuellen-Bereich umsetzen. Die Weiterentwicklung des Urheberrechts auf europäischer Ebene soll im Sinne eines fairen Ausgleichs der Interessen gestaltet werden.*
- *Eine Verpflichtung von Plattformen zum Einsatz von Upload-Filtern, um von Nutzern hochgeladene Inhalte nach urheberrechtsverletzenden Inhalten zu „filtern“, lehnen wir als unverhältnismäßig ab. Negative Auswirkungen auf kleinere und mittlere Verlage müssen vermieden werden. Die Daten-Souveränität werden wir auf europäischer Ebene im Rahmen der E-Privacy-Verordnung stärken.*
- *Im Urheberrecht unterstützen wir nachdrücklich eine zeitnahe Regelung zur Verlegerbeteiligung bei den Verwer-*

tungsgesellschaften und stärken die Position der Verleger auf europäischer Ebene durch eine eigene Rechtsposition. Wir werden die Rechtsposition der Urheberinnen und Urheber stärken und uns hierbei für einen gerechten Interessenausgleich zwischen Kreativen und den Unternehmen der Kulturwirtschaft, Plattformen und Nutzern einsetzen. Zudem wollen wir die Stellung von Rechteinhabern gegenüber Internet Providern verbessern, die sich an der öffentlichen Zugänglichmachung von Werken beteiligen.

- *Wir wollen das System der Vergütung für gesetzlich erlaubte Nutzungen auf eine neue Grundlage stellen, indem moderne Nutzungsformen einbezogen werden und die an Urheberinnen und Urheber sowie Leistungsschutzberechtigte zu zahlende angemessene Vergütung effizient, berechenbar und zeitnah bestimmt wird. Wo immer möglich soll die Vergütung direkt bei der nutzenden Einrichtung erhoben werden. Wir streben an, das gegenwärtig zeitaufwändige Schiedsstellenverfahren in einen schnelleren Entscheidungsprozess zu überführen.*
- *Wir greifen den Wunsch des Deutschen Bundestages auf und werden einen strukturierten Dialog führen, wie möglichst rasch innerhalb der nächsten fünf Jahre der Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen im Interesse aller Beteiligten – der Autorinnen und Autoren, der vielfältigen deutschen Verlagslandschaft und der nutzenden Wissenschaft*
- *über eine Lizenzierungsplattform praktisch verbessert werden kann.*
- *Die Kultur- und Kreativwirtschaft: Weiterhin wollen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für künstlerisches und kreatives Schaffen im Urheberrecht verbessern.*

² Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, Abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/koalitionsvertrag-inhaltsverzeichnis.html>, Stand 14.03.2018

- *Mit Blick auf die kulturellen und medialen Herausforderungen unserer Zeit brauchen wir ein starkes Urheberrecht zum Schutz des geistigen Eigentums, das bestehende Rechtspositionen im digitalen Umfeld besser schützt, zugleich aber auch die Rahmenbedingungen für kreatives Schaffen, Verwerten und Nutzen verbessert und die Verantwortlichkeit der Plattformen verbindlich beschreibt. Die europäischen Bemühungen um eine Urheberrechtsreform dürfen nicht hinter den deutschen Rechtsstandard zurückfallen.*
- *Wir wollen digitale Plattformen und Intermediäre an der Refinanzierung der kulturellen und medialen Inhalteproduktion angemessen beteiligen. Hierzu streben wir mit Blick auf Art. 13 der Urheberrechts-Richtlinie einen Ausgleich der Interessen von Urhebern, Nutzern und Plattformbetreibern an und werden einen Vorstoß zur Überarbeitung des Haftungsprivilegs in der E-Commerce-Richtlinie prüfen.*

Micki Meuser betonte zunächst die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft als drittgrößte Wirtschaftsbranche in unserem Land. Kultur habe zwar das Image eine Subventionsbranche zu sein, in Wirklichkeit sei aber die KuK-Wirtschaft eine der am wenigsten geförderten, aber leistungsstärksten Branchen. Förderbranchen in Deutschland dagegen seien mit großem Abstand die Banken und die Automobilbranche. Er verwies auf einen Vortrag zur Kultur- und Kreativwirtschaft mit Zahlen des BMWIs, den er am Vortag in Duisburg gehalten hatte.

Vor diesem Hintergrund sieht Meuser die Kreativen als die Arbeitnehmer in der Kulturwirtschaft, die entsprechend in einigen

Fällen den Schutz der Politik und des Gesetzgebers dringend bräuchten. Sie seien angesichts der weit verbreiteten Piraterie und der disruptiven digitalen Plattformen von der Politik über Jahrzehnte allein gelassen worden. Zwei Justizministerinnen hätten sich vor Regelungen gedrückt, die die EU und in Deutschland Herr Maas in den letzten zwei Jahren nun endlich angegangen seien. Dieses Vakuum, das die Justiz über Jahrzehnte gelassen hat, habe zu den größten Monopolen (Google, Amazon, Facebook etc.) geführt, die der Planet je gesehen habe und die für einzelne Staaten in Zukunft nicht mehr beherrschbar seien.

Meuser berichtete, dass es in großem Stil Übergriffe aus dieser anderen Wirtschaftsbranche, der IT Branche in die KuK Wirtschaft gibt. Die IT Branche braucht die Produkte der KuK-Wirtschaft, die kulturellen Werke, die von den Kreativen ins Leben gerufen und hergestellt werden. Über die IT eigenen Produkte Computer, Bandbreiten und soziale Netzwerke konsumieren die Menschen in großem Umfang Musik, Film, Buch und Bild. Allerdings ist die IT Branche nicht bereit angemessen für die Produkte der Kreativen zu zahlen. Besonders betonte Meuser dies im Hinblick auf die digitalen Plattformen (YouTube, Facebook, etc.), die Milliarden mit den Produkten der Kreativen machen, aber nicht bereit sind die Schöpfer der Werke zu beteiligen.

Die digitalen Plattformen können sich dabei auf eine Ausnahme namens „Safe Harbour“ bzw. in Europa „E-Commerce Richtlinie 14“ berufen, die sie von Haftung und Lizenzierung der Werke, mit denen sie Kasse machen, befreit. Meuser verwies darauf, dass die EU dies in der „Richtlinie zum Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt“ endlich ändern wolle. Er forderte,

dass diese Richtlinie möglichst bald beschlossen und umgesetzt wird.

Meuser wehrte sich dagegen, dass Kreative, die auf ihre Honorierung und das Urheberrecht bestehen, „digital feindlich“ seien. Die Produktion von Musik und Film zum Beispiel geschehe fast vollständig digital, auch die Auftragsvergabe, die Kommunikation mit den Auftraggebern bis hin zur Versendung und Vertrieb des fertigen Produkts. Er sei stolz seit Anfang der achtziger Jahre als Computernerd Programme geschrieben und die DAW (Digitale Audio Workstations) mit entwickelt zu haben. Ausserdem gebe es in der Musik-, Film- und Buchbranche seit vielen Jahren funktionierende digitale Angebote.

Befragt zu den in der Presse immer wieder berichteten unfairen Beteiligungen im Streaming, besonders beim Portal Spotify, sagte Meuser, dass dies stimme und zum Teil die gleiche Ursache habe, wie vorher schon berichtet, nämlich die genannten digitalen Plattformen. Streaming habe das Problem, dass der mit Abstand größte Marktteilnehmer (YouTube - 75% des Marktes), wie vorher schon ausgeführt, Werke umsonst anbiete. So könne kein fairer Wettbewerb und kein Markt entstehen. YouTube als Teil der IT Branche müsse gezwungen werden die gleichen Bedingungen anzubieten, wie die sich marktgerecht verhaltenden Streamingplattformen in der Musikbranche. Auch dies könne die EU „Richtlinie im digitalen Binnenmarkt“ endlich leisten.

Das zweite Problem beim Streaming seien unfaire Verteilungen zwischen den Anteilen für Autor*innen und ausübenden Künstler*innen, hier kämen die Autor*innen zu kurz, und zu große Einbehalte bei den Major Labels, den großen Plattenfirmen. Meuser betonte allerdings, dass

dies ein internes Problem der Musikwirtschaft sei, das nicht per Gesetz von der Politik gelöst werden könne. Es müsse in den schon anhängigen Gerichtsverfahren fair entschieden und dann gerecht verteilt werden.

Nina George verwies zunächst darauf, wie weltweit - vor allem Filme, Songs und Spiele – illegale Kulturwerke verkauft und genutzt würden und verwies auf den dadurch mangelnden Investitionsschutz, Innovationsschutz und entgangene Steuer-gelder, vor allem durch Paid Piracy. 330 Mio. Menschen würden weltweit täglich illegal distribuierte Kulturwerke nutzen: „Was ins Internet gerät, verliert an Wert“. Flatrateangebote haben das Aufkommen von Piraterie nicht verringert.

Daneben hätten die vergangenen Gesetzesentscheidungen die Buchbranche nicht stabilisiert, sondern gespalten – und zudem wären einige Regelungen wertlos, wenn das Recht nicht durchgesetzt werde. Gegen die digitalen Monopolisten wie Amazon (Gerade bei Flatratemodellen) aber auch bei Öffentlichen Bibliotheken und Hochschulbibliotheken müsse die im Urhebervertragsrecht implementierte titelgenaue Abrechnung durchgesetzt werden; diese weigerten sich aber, diesen angeblichen Verwaltungsaufwand zu betreiben. „Auch die Nachwirkungen der Bildungs- und Wissenschaftsschranke, wo nun wir, die Buchbranche, den Bildungsauftrag des Staates mitfinanzieren, hat Lücken hinterlassen, die es nun von der aktuellen Koalition zu schließen gilt“, so George. Es sei zum Beispiel keine Betreibervergütung für die digitale Nutzung an wissenschaftlichen Hochschulen und Bibliotheken im Gesetz vorgesehen. Alles, was jetzt digital dort genutzt werde, wird nicht über die VG Wort vergütet. Hier müsse dringend

JETZT eine Betreibervergütung ins Gesetz eingearbeitet werden, um die Vergütungslücke zu schließen.

Eine Evaluierung der Folgen der „Bildungsschranke“ erst im Jahr 2022 käme da für viele Verlage bereits zu spät. Auch das im Gesetz vergessene Thema Cloud-Abgabe sei ein wesentlicher Punkt, genauso wie die Frage, wie sich die Urheber_innen, wenn es keine VG Wort mehr geben sollte – weil sich der nationale Gesetzgeber zu lange nicht entschieden hat – überhaupt vorbereiten soll auf die Vergütung digitaler Kollektivnutzungen?

Zu lang hätte die Politik gewartet, um zu handeln, so das Fazit von Frau George. Etwa das Telemediengesetz an die technischen Realitäten anzupassen, um Urheberrechte gegen Piracy und Paid Piracy durchzusetzen. Oder die VG Wort so stabil zu halten, um für künftige digitale Nutzungen auf eine funktionierende, akzeptierte Verwertungsgesellschaft zurückgreifen zu können. Stattdessen würden Monopolen wie Amazon Vorrechte eingeräumt, wie beispielsweise jüngst mit der Erhöhung der Buchversandkosten geschehen, die für alle gelten werden, außer für Amazon.

Andreas Rötzer vertiefte das Problem, dass bei den e-books die Verlage dem Monopolisten Amazon ausgeliefert seien. Dass nach einem entsprechenden Gerichtsurteil in der VG Wort die Verleger_innenbeteiligung nun nicht mehr integriert sei – diese 25-30 Mio. € machen für viele kleinere Verlage den existenziellen Unterschied aus! Dabei brauche es Urheber_innen und Produzent_innen, Autor_innen und Verleger_innen gleichermaßen, um Bücher erfolgreich herzustellen.

Die Bundestagsabgeordnete **Marianne Schieder** erläuterte in ihrem Beitrag, dass für die SPD die Stärkung der Urheber_innen politisches Ziel sei. Der Schutz des geistigen Eigentums müsse auch in der digitalen Welt gelten! Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass es noch immer starke Kräfte gebe, die einer Gratiskultur im Netz anhängen. Diesen sei jeglicher urheberrechtlicher Schutz ein Dorn im Auge. Aus zahlreichen Diskussionen könne sie berichten, wie schwierig die Verteidigung des geistigen Eigentums falle. Gerade deswegen versuche sie aber, vor allem bei der jungen Generation ein Bewusstsein für den Wert kreativer Schöpfungen zu schaffen und werbe für legale und vergütete Nutzungsformen.

Exemplarisch verwies Marianne Schieder auf die schwierigen Auseinandersetzungen im Rahmen der Bildungs- und Wissenschaftsschranke aus der vergangenen Legislaturperiode. Dort prallten Fundamentalpositionen aufeinander, die oftmals nicht oder nur schwer miteinander zu vereinbaren waren. Leider wären einige Verhandlungspartner zu keinem Kompromiss bereit gewesen. Dies habe bis zu großangelegten Kampagnen gereicht, in denen Fehlinformationen verbreitet und Ängste vor dem Ende des Kulturgutes Buch geschürt wurden. Dies habe die Verhandlungen erheblich erschwert.

Die Abgeordnete habe durchgängig an die Vernunft aller Beteiligten appelliert. Die neuen Nutzungsmöglichkeiten durch das Internet seien eine Realität, an der niemand etwas ändern könne oder wolle. Daher gelte es, das neue Umfeld durch Regeln zu gestalten. Der Versuch, durch immer neue Barrieren den Ist-Zustand zu zementieren, könne die aktuellen Entwicklungen bestenfalls bremsen, sei aber letztlich zum Schei-

tern verurteilt. Lieber wolle sie die Chancen des Internets nutzbar machen, sodass letztlich Urheber_innen, Rechteinhaber_innen und Nutzer_innen gleichermaßen profitieren könnten.

Als Beispiel neben vielen positiven Entwicklungen nannte Marianne Schieder das Problem der Piraterie. Ohne großen Aufwand könnten heute wissenschaftliche Veröffentlichungen ebenso Unterhaltungsmedien von Servern am anderen Ende der Welt heruntergeladen werden, ohne dass dem effektiv beizukommen sei. Mit dieser Situation könne niemand zufrieden sein. Die Bereiche Musik und Film hätten gezeigt, dass legale Nutzungsformen, bei allen Problemen die mit den großen Streamingdiensten derzeit einhergingen, von den Verbraucher_innen trotz des kostenpflichtigen Angebots akzeptiert würden.

Sie setze sich daher für rechtliche Rahmenbedingung ein, die auch für Laien verständlich seien und eine legale und vergütete Nutzung ermöglichen, sodass Rechteinhaber_innen und Urheber_innen gleichermaßen am wirtschaftlichen Erfolg der Werke teilhaben könnten. Bei den vielen oft entgegenlaufenden Interessen komme dies der Quadratur des Kreises gleich. Dennoch wisse die SPD-Politikerin, dass sich der notwendige lange Atem auszahle.

Gleichzeitig forderte Marianne Schieder die Urheber_innen auf, ihre Interessen laut zu vertreten und klar Position zu beziehen. Auch ihr falle es leichter, sich für urheberfreundliche Positionen stark zu machen, wenn es einen breiten Rückhalt in der Öffentlichkeit gebe. Selbst wenn man bei der heutigen Diskussion schnell den Eindruck gewinnen könne, es gebe einen breiten Konsens für die Stärkung des Urheberrechts, dürfe man sich nicht täuschen lassen. Bei vielen anderen Gelegenheiten

werde sie als Ewiggestrige abgetan, die sich modernen Entwicklungen der digitalen Gesellschaft verschließe, weil sie für den Schutz geistigen Eigentums eintrete. Sie freue sich daher auf jegliche Unterstützung der Urheber_innen bei den anstehenden Debatten.

Das Fazit der Diskussion war:

- Je nach Branche (Literatur, Film, Musik) bleiben viele Konkretisierungen der Stärkung der Urheber_innen im Detail diskutierbar. Kompromisse sind nötig; die Ideologie der ersten Internetjahre, „alles frei und kostenlos“, sei jedoch am Ende. Die Zukunftsbranche Kultur- und Kreativwirtschaft funktioniere nur, wenn die kreativen Urheber_innen nicht ins prekäre Leben gestürzt werden würden.
- Dass facebook - allerdings nicht wegen der Urheberrechtsverletzungen - sondern wegen des aktuellen Datenschutzskandals jetzt endlich massiv in der öffentlichen Kritik stünde, ist ein wichtiger Schritt zur Veränderung. Der kritischen Auseinandersetzung mit den Plattformen muss deren Regulierung folgen. Der in diesem LAB angemahnte grundlegende Blickwechsel läuft darauf hinaus, in den Plattformen eben nicht mehr ein neutrales Spielfeld zu sehen, bei dem niemand dafür verantwortlich ist, was darauf passiert. Sondern ganz im Gegenteil die Plattformen mitverantwortlich zu machen dafür, was dort geschieht, u.a. dass dort illegal heruntergeladen wird.
- Die im Koalitionsvertrag vermerkte Plattformabgabe spielt die Verantwortung nicht an die Plattformen, sondern an die kreativen Branchen zurück. Plattformabgaben können nicht kollektiv, sondern nur per Lizenzen erhoben werden. Welche Lizenzen soll die Buch-

branche entwickeln, und wie rasch? – dies sind die mit wichtigsten zu klären- den Fragen.

- Die aktuelle Situation kann zusammen- gefasst werden wie folgt
- als: Die Urheber_innen werden sich leider auf eine längere Wartezeit einstellen müssen, bis sie an den Gewinnen der Verwerter beteiligt werden. Der von manchem präferierte Ausweg, die Rechte sollten allein von den Rechteinhaber_innen, die jeder digitalen Nutzung erst zustimmen müssen, verwaltet werden, ohne dass die Kreativen mitreden

können, wird als Maximalforderung von den Kreativen nicht mehr akzeptiert, weil ihre angemessene Beteiligung in diesem Fall nicht gesichert ist.. Dagegen bevorzugt eine Mehrheit des LAB das Prinzip: Es darf erst einmal genutzt werden, doch im Nachhinein wird – zeitnah, konkret und ausreichend – vergütet. Diese letztgenannte Variante scheint einem wirklichen Interessenausgleich in der digitalen Ökonomie von User_innen und Urheber_innen am ehesten gerecht zu werden.

LAB 5

Institutionen in Bewegung II: Digitale Beteiligungs- und Vermittlungsformate

20.04.2018, 17.30 -18.45 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- Digitale Keynote von **Christoph Deeg**, Berater und Speaker für die Bereiche Gamification und digitalanaloge Gesamtstrategien
- **Christian Henner-Fehr**, Kulturberater, Kulturmanagement Blog
- **Jens Jensen**, Referent „Digitalisierung“ der Abteilung Medien und Digitales der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
- **Léontine Meijer-van Mensch**, Programmdirektorin und stellv. Direktorin Jüdisches Museum Berlin
- **Jörg Müller**, Geschäftsführer Konzeptlabor für kommunale Pressesprecher, Neulandquartier Leipzig

Moderation: **Christina Quast**, Journalistin

Im Rahmen des LABs „Institutionen in Bewegung II – Digitale Beteiligungs- und Vermittlungsformate“ wurde über das Zusammendenken vom analogen und digitalen Raum und die Herausforderungen, vor denen (Kultur-)Institutionen im Zuge der digitalen Transformation stehen, diskutiert. Gestaltet wurde das LAB im Stil einer offenen Fishbowl-Runde, sodass sich Menschen aus dem Publikum jederzeit beteiligen konnten und gleichberechtigt zu den eingeladenen Expert_innen zu Wort kommen konnten.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde nahm die Moderatorin **Christina Quast** Bezug auf die *digitale Keynote* von **Chris-**

toph Deeg, Berater und Speaker für die Bereiche Gamification und digital-analoge Gesamtstrategien. Sie knüpfte an die These Deegs an, dass der digitale Raum von vielen (Kultur-)Institutionen bisher lediglich als Marketingstrategie für den analogen Raum genutzt werde und dass die Ressourcen, die dieser erschließe, noch stärker als bisher von den Institutionen ausgeschöpft werden müssten. **Leontine Meijer-van Mensch** führte in ihrem Beitrag aus, dass eine verstärkte Digitalisierung innerhalb von Institutionen eine programmatische Entscheidung sei, da sie personelle Ressourcen erfordere, um konsequent digitale Transformationsprozesse zu steuern und vorantreiben zu können. Der analoge und

digitale Raum müsse verstärkt miteinander verzahnt werden, so ihr Plädoyer. Als Beispiel nannte sie Roboter, die per Videoübertragung durch Museen und Ausstellungen führen, ohne dass die Besucher_innen anreisen müssten. **Christian Henner-Fehr** merkte in diesem Zusammenhang an, dass die Unterscheidung zwischen analogem und digitalem Raum irreführend sei. Beides seien soziale Räume, in denen Interaktion geschehen könne, die aber unterschiedliche Gestaltung erfordere. Eine alleinige Abbildung der analogen Räumlichkeiten, wie es momentan in vielen Kultureinrichtungen Gang und Gäbe sei, bringe seiner Einschätzung nach hingegen nicht viel. Es brauche mehr interaktive Angebote als bisher. Für diese Angebote gäbe es bisher leider nur Pilotprojekte, die v.a. in den Bereichen Barrierefreiheit und Inklusion fallen würden und auch aus diesen Töpfen ihre Finanzierung bezögen.

Der Begriff der Partizipation wurde von der Gesprächsrunde kritisch reflektiert. Eine Kritik war beispielsweise, dass diese Begrifflichkeit inflationär benutzt werde. Henner-Fehr schlug in diesem Rahmen eine Ausdifferenzierung in zwei Diskursen vor – einen reproduktiven und transformativen. Beim *reproduktiven Diskurs* erklären die Kultureinrichtungen, was in ihrem Haus vorzufinden sei. Beim *transformativen Diskurs* entwickeln sich analoger und digitaler Raum im Wechselspiel miteinander. Die Ausgestaltung dieses Wechselspiels sei dabei Aufgabe der Kultureinrichtungen. Das bloße Vorhandensein eines neuen technischen Kanals würde nicht automatisch mehr Interesse generieren. Unabdingbar sei es, dass sich Kulturinstitutionen damit beschäftigten, welche Ziele digitale Vermittlungsformate erreichen sollen – wie beispielsweise die Steigerung

von Teilhabe oder auch die Erhöhung von Besucher_innenzahlen.

Jens Janssen betonte, dass Digitalisierung vor allem als Chance betrachtet werden solle, mit dem demografischen Wandel umzugehen und den gesellschaftlichen Wandel zu gestalten. Zudem dürfe der ländliche Raum nicht außer Acht gelassen werden. Das hieße, nicht nur an *Smart Cities* zu denken, sondern auch durch „digitale Dörfer“ die Teilhabe an Kultur in ländlichen Regionen zu ermöglichen.

Die Frage nach der Bürger_innenbeteiligung und wie diese durch digitale Formate gestärkt werden könne, stand des Weiteren im Fokus der Debatte. **Jörg Müller** plädierte hier dafür, dass Beteiligung nur möglich sei, wenn sich die Menschen bewusst seien, *wie* sie sich beteiligen können. Dieser Prozess müsse klar sein.

Im Folgenden wurde über die Qualität der Beteiligung diskutiert. In der Diskussion wurde für mehr Vertrauen in die Möglichkeit von fachlich fundierten Diskursen im digitalen Raum geworben. Hier sollte man sich nicht allein von der Sorge leiten lassen, dass es nur zu negativen Kommentaren (z.B. in sozialen Netzwerken) kommen würde, sondern vielmehr auf die Fähigkeit der Bürger_innen zu vertrauen, sachliche Diskussion führen zu können. Der digitale Raum sei als Abbild des analogen Raumes zu betrachten: Diskussionen auf Bürger_innenversammlungen unterschiedenen sich qualitativ nicht von digitalen Formaten, so Jörg Müller. Der soziale Raum mache sichtbar, was vorhanden sei. Auf der anderen Seite wurde in der Diskussion aber auch auf die Grenzen von digitalen Formaten verwiesen: Mehrheiten könnten sich auf analogen Bürger_innenversammlungen gegen die Meinungen von extremen Min-

derheiten zur Wehr setzen; die Diskussion demokratisch zurückholen. Bei digitalen Diskussionen liefe man hingegen Gefahr, dass extreme Positionen die anderen dominieren und verdrängen könnten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion stellte die Erfolgsmessung digitaler Angebote dar. Es gelte zu fragen, ob sich die Legitimation von (Kultur-)Institutionen von analogen Methoden wie Besucherzahlen verabschieden und neue Kennzahlen definieren müsse, um auch den digitalen Räumen gerecht zu werden. So sollte evaluiert werden, welchen transformativen Effekt die Angebote bei den Besucher_innen auslösen würden, betonte Meijer-van Mensch. Das sei aber nicht in kurzen Projektphasen von zwei Jahren zu erfassen. Eine große Angst vieler Kultureinrichtungen sei es zudem, durch digitale Angebote überflüssig zu werden bzw. sich selbst abzuschaffen. In der Diskussion wurde ferner festgehalten, dass der digitale Raum durch seine hohe Flexibilität und durch die stetige Erreichbarkeit vieler Menschen ein großes Potential böte. Festgehalten wurde jedoch auch, dass die Gefahr drohe, dass insbesondere ältere Menschen, die eher analoge Medien und Beteiligungsveranstaltungen nutzten, ausgeschlossen werden könnten. Aber auch bei den Nutzer_innen, für die die digitalen Welten Alltag sind, sei es notwendig, nach geeigneten Ansprachen zu suchen, um sie gezielt da abzuholen, wo sie sich befänden.

Aus dem Publikum kam an dieser Stelle die Mahnung, dass die analogen Angebote durch die Digitalisierung nicht an Qualität verlieren dürften, um Gefahren einer Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen an Teilhabe und Beteiligung zu begegnen. Eine weitere aus dem Publikum eingebrachte Frage war, wie es (Kultur-) Institu-

tionen gelingen könne, in den neuen Kommunikationskanälen kompetent zu werden. Einstimmigkeit bestand in der Einschätzung, dass hierfür Empathie nötig sei. Es müsste Offenheit für die Ideen junger Menschen bestehen, die sich einbringen und etwas verändern wollen. Es sollte nicht versucht werden, die angenommene Hoheitsgewalt durchzusetzen und dadurch großartige Projekte zu stoppen. In vielen Institutionen gäbe es nach wie vor tradierte unflexible Abstimmungs- und Kommunikationsprozesse, denen es an Agilität fehle, so Meijer-van Mensch. Hier sei ein Wandel nötig – durch Change Management von unten nach oben. Ergänzt wurde an dieser Stelle, dass vielen Menschen in großen Institutionen die Fähigkeit abgenommen würde, selbst zu kommunizieren. Hier müsste das Vertrauen in die Sprechfähigkeit der Mitarbeiter_innen aufgebaut werden. Wandel müsse immer von innen heraus entwickelt und getragen werden, Wandel sollte stets bei der Haltung ansetzen, so das Plädoyer der Podiumsgäste.

Die Schlussbemerkungen zur digitalen Transformation fielen erneut vielfältig aus. Nach Henner-Fehr sollte das Digitale als ein Instrument für die Transformation betrachtet werden. Letztere fände auf vielen Ebenen statt. Nach Meijer-van Mensch ermögliche Digitalisierung Mehrstimmigkeit und könne das Expert_innentum aus den Köpfen bekommen. Laut Müller könne Transformation allerdings nur gelingen, wenn auch alle gleichberechtigt mittransformieren könnten. Für Jansen wird all das mit zu viel Ernst betrachtet- oft fehle die Begeisterung. Wir sollten weniger Ängste für Beteiligung entwickeln und Wege zu mehr Begeisterung für Demokratie und die demokratischen Werte beschreiben.

LAB 6

Kultur vor Ort:

Regionen stärken und Empowerment ermöglichen

20.04.2018, 17.30 – 18.45 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Katrin Budde**, MdB, Vorsitzende des Bundestagsausschuss für Kultur und Medien
- **Peter Grabowski**, der kulturpolitische reporter
- **Dr. Norbert Sievers**, Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
- **Mona Schlüter**, Oderbruch Museum Altranft – Werkstatt für ländliche Kultur

Moderation: **Arne Lietz**, SPD-Europaabgeordneter und Leiter des Kulturforums der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt

Herausforderung: Infrastruktur

Unter dem Titel „Kultur vor Ort – Regionen stärken und Empowerment ermöglichen“ widmete sich das LAB 6 Fragestellungen regionaler Kulturpolitik. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde der Gesprächspartner_innen regte der Moderator **Arne Lietz** eine Bestandsaufnahme der aktuellen kulturpolitischen Situation an. Mit Blick auf die Herausforderungen, die sich durch die vielfältigen Transformationsprozesse in den Regionen ergeben, kamen in der Diskussion verschiedene Perspektiven zum Ausdruck. So betonte **Dr. Norbert Sievers** die Unterschiede in strukturschwachen Regionen in Ost und West, die vor allem das Vorhandensein von kultureller Infrastruktur betreffen. Um die konkrete Problemlage vor Ort besser einzuschätzen,

bedürfe es zunächst einer Strukturanalyse. Dabei zeige sich oft, dass kleinere Orte und ländliche Regionen oftmals nicht nur durch eine vergleichbar schlecht ausgebaute Infrastruktur geprägt sind, sondern dass auch die Sozialstruktur eine Herausforderung darstellt. Aufgrund des demografischen Wandels und der Abwanderung insbesondere von Frauen und Personen mit einem höheren Bildungsabschluss verändere sich diese zunehmend. Problematisch sei vor allem, dass mit dem Schließen kultureller Einrichtungen auch jene engagierten, leitenden Personen verschwinden würden, die es aber gerade in strukturschwachen Regionen so sehr brauche.

Herausforderung: Instandhaltung von Kulturangeboten

Katrin Budde hingegen sah das zentrale Problem der regionalen Kulturpolitik weniger in den mangelnden Angeboten, sondern vielmehr in der Überforderung der Kommunen. Einerseits hinsichtlich der Finanzierung und andererseits bezüglich der Instandhaltung. Denn die Fülle an Kulturangeboten stelle die Kommunen insofern vor Schwierigkeiten, als dass viele Orte bzw. Spielstätten erst einmal wieder in Stand gesetzt, erhalten und darüber hinaus kulturell bespielt werden müssten. **Mona Schlüter** bestätigte in diesem Kontext, dass das Oderbruch Museum Altranft auch von solchen kommunalen Herausforderungen betroffen sei. Im Rahmen der Transformation beschäftigt sich das Museum unter anderem mit Folgefinanzierungen, Organisationsentwicklung und - insbesondere im Bildungsbereich - mit der wirksamen Ansprache junger Leute.

Herausforderung: Heterogenität der Regionen

Nordrhein-Westfalen unterscheide sich, argumentierte **Peter Grabowski** in seinem Beitrag, wiederum grundsätzlich von allen anderen Regionen in Deutschland. Das liege daran, dass im Dreieck zwischen Dortmund, Duisburg und Bonn knapp 10 Millionen Menschen wohnen würden, was einem enormen Ballungsraum entspreche. Schon allein wegen dieser Dichte sei das Bundesland im Gegensatz zu anderen viel urbaner. Gleichzeitig gebe es acht Millionen Menschen, die im ländlichen Raum leben, wodurch letztlich eine Art Teilung innerhalb eines sehr großen Bundeslandes entstehe. Was diese Spaltung zusätzlich verstärke, sei die Tatsache, dass sich der

Kern des politischen und kulturellen Lebens in Düsseldorf und Köln bzw. an der Rheinschiene abspiele. Dadurch habe die Landespolitik weniger im Blick, vor welchen Herausforderungen das übrige, oft strukturell heterogene Land stehe. Hinzu komme die finanzielle Überlastung vieler Kommunen. Der tiefgreifende wirtschaftliche Strukturwandel im Westen der Republik und die gleichzeitig stetig wachsende Zahl von Aufgaben führe vor allem zu stark wachsenden Sozialausgaben der Kommunen. Aus deren Kassen stamme in NRW jedoch auch der Löwenanteil der Kulturförderung, weshalb die kulturelle Infrastruktur, insbesondere in den ländlichen Regionen, strukturell unterfinanziert sei.

Die Runde der Gesprächspartner_innen war sich einig darüber, dass die vorhandenen Infrastrukturen und Problemwahrnehmungen in den Regionen sehr unterschiedlich seien und sich daher die kulturpolitischen Handlungsansätze dem spezifischen Kontext anpassen müssten. So hängen die Strategien für die jeweilige Region davon ab, welchem Strukturwandel diese ausgesetzt sind, wie sie ihn zu bewältigen versuchen.

Überdies spiele aber auch die Geschichte und Situation der Kulturakteur_innen eine Rolle. In diesem Zusammenhang war in der Diskussion oft die Rede von kulturellen Ankerpunkten. Sievers etwa sah in den verbleibenden kulturellen Einrichtungen in strukturschwachen Regionen eine Schlüsselrolle, da sie als Anlaufstelle dienen und zudem weitere kulturelle Aufgaben übernehmen könnten. Falls es diese Strukturen jedoch nicht mehr gebe, plädierte er dafür, engagierte Personen aus dem Kulturbereich in ihrer Rolle mehr zu fördern und die Instrumente entsprechend darauf aus-

zurichten. Wenn es allerdings nicht möglich sei, die Kulturförderung in dieser Weise zu organisieren, sollte zumindest eine projektbezogene Förderung gewährleistet werden.

Kulturförderungsstrategien in ländlichen Regionen

Hinsichtlich der Kulturförderstrategien wurde aus dem Publikum angemerkt, dass derzeit urbane Diskurse dominieren würden, was wiederum zu einer problembehafteten Wahrnehmung von ländlichen Räumen als „Sorgenkind“ oder „Restgröße“ führe. Grabowski würdigte diesbezüglich die zunehmende Selbstorganisation von Künstler_innen; wodurch sie nicht nur ihre Interessen besser vertreten, sondern auch von der Politik ganz anders wahrgenommen werden würden.

Trotzdem stelle eine projektbasierte Förderung für freie Kunstschaffende insofern ein strukturelles Problem dar, als dass ihnen dadurch die Weiterförderungsperspektive fehle, so Grabowski weiter. Aus diesem Grund formulierte er die Forderung an die Bundespolitik, langfristige Stärkungs- und Finanzierungsprogramme für den Kulturbereich zu entwickeln, die sich nicht nur auf ein bestimmtes Projekt beschränken würden. Budde, die dem Bundestagsausschuss für Kultur und Medien vorsitzt, entgegnete ihm darauf, dass die Bundesfinanzierung nie eine Förderung auf Dauer ersetze, sondern immer nur etwas anstoße. Dass dabei auch kleinere Initiativen, die sonst weniger Chancen hätten, unterstützt werden, halte sie für genauso wichtig, wie eine Mindestlaufzeit der Förderung von drei bis fünf Jahren. Ihr Verständnis von Regionalförderung bestehe darin, die Re-

gionen so klein und differenziert wie möglich zu denken und die Impulse, die aus den Regionen selbst kommen, aufzunehmen, statt ihnen ein Konzept aufzuzwängen.

Good Practice

Als Beispiel für eine erfolgreiche regionale Kulturpolitik nannte Sievers die Studie „Transformation kooperativ gestalten“, bei der zwei Thüringer Modellregionen erst mittels Bedarfsanalyse untersucht und dann mit ihnen gemeinsamen zwei verschiedene Kulturentwicklungskonzeptionen erarbeitet wurden. Das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, welches von Sievers geleitet wird, hat diesen Prozess begleitet. Sievers sieht es als großen Erfolg an, dass der Planungsprozess so beteiligungsintensiv gestaltet und den Bürger_innen damit Teilhabemöglichkeiten eröffnet wurden. Auf diese Weise sei die Kulturentwicklungsplanung keine alleinige Frage der Verwaltung mehr, was seiner Erfahrung nach auch das gesellschaftliche Interesse insgesamt steigern und eine positive Wirkung auf die Region ausübe.

Die Frage, wie Kultureinrichtungen darin gestärkt werden können, wieder eine aktivere Rolle in den Regionen zu spielen, war auch für Frau Schlüter zentral. Das Oderbruch Museum Altranft bezeichnete sie als einen Werkstattort, zu dem die Bewohner_innen des Oderbruchs eingeladen werden, um nach und nach zu einer Selbstbeschreibung der Region zu kommen. Insofern befänden sie sich in einem Prozess der Neufindung, an dem die Mitbürger_innen aktiv teilhaben. Darüber hinaus sei landschaftliche Bildung für Kinder und

Jugendliche ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit.

In verschiedenen Bildungsprojekten will das Regionalmuseum Wissen um die Zusammenhänge von Landnutzung, Landschaftswandel und Heimatbeziehung vermitteln. Dem Museum, welches gleichzeitig eine Werkstatt für ländliche Kultur ist, liegt das Verständnis zugrunde, dass Landschaften Räume sind, in denen wir leben und die wir gestalten. In diesem Sinne gelingt dem Oderbruch Museum das, was Frau Budde in der Diskussion eine Brücke zwischen dem Historischen bzw. bereits Bestehenden und dem Zukünftigen nannte. Unterstützt wird das Projekt im Oderbruch derzeit von dem TRAFÖ-Programm, einer Initiative der Kulturstiftung des Bundes, die sich an modellhafte Transformationsvorhaben in ländlichen Regionen richtet. Aus dem Publikum gab es zwar breite Zustimmung, aber auch viele Nachfragen

dahingehend, wie eine ländliche Region definiert und wie die zu Fördernden ausgewählt werden würden.

Weitere Kommentare aus dem Publikum betrafen den Begriff der Hochkultur, der zu einer Abwertung anderer kultureller Leistungen führe sowie die Förderungspraktiken, die in manchen Fällen zu einer Monokulturalisierung beitragen würden. Forderungen und Handlungsbedarfe in Richtung Kulturpolitik bezogen sich unter anderem auf die bestehenden ehrenamtlichen Strukturen, Vereine und Organisationen vor Ort, die als wertvolle Partner und Netzwerke dienen und noch stärker genutzt und gewürdigt werden sollten. Die Bedeutung gemeinsamer Kulturanker in den Regionen und deren Erschaffung und Stärkung wurde abschließend nochmals von allen Diskutant_innen hervorgehoben.

LAB 7

Weltkultur(en): Neue Perspektiven auf koloniales Erbe

20.04.2018, 17.30 - 18.45 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Pélagie Gbaguidi**, Künstlerin („The Missing Link“, Documenta14)
- **Helge Lindh**, MdB, Mitglied der AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion
- **Prof. Dr. Lars-Christian Koch**, Abteilungsleiter Ethnologisches Museum der Staatlichen Museen zu Berlin
- **Konradin Kunze**, Schauspieler, Regisseur, Autor (Schädel X/ Flinn Works)
- **Dr. Uwe Hartmann**, Leitung des Fachbereich Provenienzforschung am Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste

Moderation: **Christian Freiesleben**, Referent der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion

Gegen „kollektive Amnesie“

Nach der kurzen Vorstellung der Podiumsteilnehmenden durch den Moderator begann **Pélagie Gbaguidi** mit einem Redebeitrag, der durch eine visuelle Präsentation ihrer künstlerischen Arbeit untermalt wurde. Sie stammt aus Benin, hat in Dakar studiert und lehrt aktuell an einer Kunsthochschule in Lüttich. Ihr Werk hat die Dekonstruktion von heutigen Stereotypen historischer Landschaften in einer globalen Welt zum Gegenstand.

Kern ihres Schaffens ist die Beschäftigung mit dem Einfluss von Geschichte auf die Gegenwart des 21. Jahrhunderts. Gbaguidis Anliegen sei es dabei, kollektive Erinnerung und Trauma in einer künstlerischen Sprache im Rahmen ihrer Werke zu thematisieren. Die Geschichte, die sie reflektiere,

sei die des Versagens der Menschheit und Menschlichkeit im Zeitalter der Sklaverei und Kolonisierung. Dies werde am „Code Noir“ besonders deutlich, einem Dekret des französischen Königs Ludwig XIV von 1685, das den Umgang mit Sklav_innen bzw. Verhaltensregeln für diese festlegte. Ihre Beschäftigung mit diesem Dokument verdeutlichte für sie, dass es Zeit sei, Sklaverei „als Problem der Produktion von Rassifizierung zu demystifizieren“, das zu Diskriminierung und anderen Formen des Ausschlusses von Menschen führe.

Das Problem sei eine „kollektive Amnesie“, die Gegenmaßnahmen erfordere. Dies versuche Gbaguidi, indem sie Wissen über die Geschichte bewahren wolle. Das Ziel ihrer Arbeit sei die Beschreibung und Übermittlung von Narrativen, die sich aus

gelebten Erfahrungen speisen in Form von Malerei, die einen Raum zur Dekonstruktion von Geschichte mittels Kunst öffne. Zum „Code Noir“ habe sie 40 Malereien erschaffen, die „den individuellen und globalen Untergang der Menschlichkeit“ illustrierten.

Für die Künstlerin zeigen sich anhand des „Code Noir“ Verbindungen zu anderen historischen Ereignissen, wie etwa den Umgang des NS-Regimes mit jüdischen Menschen während der NS-Diktatur im Dritten Reich und an anderen Orten wie Südafrika oder Senegal. So hätten für sie all diese Genozide „dieselben Wurzeln“, was für sie die Fragen aufwarf: „Warum sollen sie getrennt werden? Wie können wir Tragödien identifizieren und verhindern?“ Dies gelte weltweit. Tragödien seien auch der Israel-Palästina-Konflikt, der Krieg in Syrien oder die weltweit steigenden Zahlen von Menschen auf der Flucht. Wie und warum könne Kunst diese Themen bearbeiten?

Mit dem Erbe der Kulturgüter aus der Kolonialzeit, von denen sich 95 Prozent außerhalb Afrikas befänden, gelte es, kritisch umzugehen. Wenn über koloniales Erbe gesprochen werde, habe ein großer Teil der Menschheit nicht die Möglichkeit, in derartigen Panels zu sprechen. Sie seien sogar ganz vom Diskurs ausgeschlossen. Das Erbe müsse daher weltweit hinterfragt werden, nicht nur im hegemonialen Teil der Welt. Die heutige Zivilisation habe „unsere Gegenwart vergessen“. Gegenwart bedeute, Geschichte gemeinsam zu schreiben. Es sei an der Zeit, globales Wissen neu zu betrachten und die Dominanz von Imperialismus dabei aufzubrechen.

Transparenz, Zugänglichkeit und ein „Dialog auf Augenhöhe“ als wesentliche Kriterien im Umgang mit (kolonialen) Kulturgütern

Im Anschluss wurde **Dr. Uwe Hartmann** vorgestellt mit dem Hinweis, dass der Fachbereich Provenienzforschung am Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste eine Schwerpunktförderung durch die amtierende Bundesregierung erhalte, deren genaue Ausgestaltung jedoch noch nicht feststehe. Darin bestünde eine Herausforderung und es ergäben sich „viele offenen Fragen“, bei denen auf Erfahrungen aus den Forschungen zur Suche nach NS-Raubgut zurückgegriffen werden könne. Dabei müsse von Beginn an eine effektive Forschungsstruktur aufgebaut und Expert_innen auch außerhalb von Europa, insbesondere aus den Herkunftsgesellschaften der Objekte und Exponate, miteinbezogen werden.

Transparenz in den Museen sei wichtig. So hätten etwa jüdische Organisationen gefordert, jedes Objekt zu digitalisieren, damit jeder, der nach seinen geraubten Besitztümern suche, die Möglichkeit hätte, diese finden zu können. Dies sei nicht zuletzt deshalb wichtig, weil die überwiegende Anzahl der Objekte in Depoträumen lagere und sich nicht in ständigen Ausstellungen befände. Bezüglich weiterer Forschungen sei es wesentlich, bestehende Netzwerke auszubauen. Ebenso müsse die Kritik von Seiten der jüdischen Organisationen ernst genommen werden, dass nicht *über*, sondern *mit* den Menschen oder Nachfahren gesprochen werde.

Diese Fehler sollten vermieden werden und mehrseitige Interessenlagen diskutiert sowie zu einem gemeinsamen Forschungsinteresse gebracht werden. Dies sei beim Thema Kolonialismus ungleich komplexer als bei Fragen der NS-Raubkunst.

Die Aufarbeitung kolonialer Kulturgüter erfordert Sensibilität

Der Moderator wies im Folgenden auf Flinn Works' Dokumentarfilm zum Theaterstück „Maji Maji Flava“ hin, der im Rahmen der Tagung gezeigt wurde und befragte den Schauspieler **Konradin Kunze** zum Theaterstück „Schädel X“. Es handelt sich dabei um eine „lecture performance“, in dessen Rahmen sich Kunze allein auf der Bühne befindet und Fakten und Fiktion mischt. Im Fokus stehen hier koloniale Schädel Sammlungen, die in deutschen Institutionen lagern und deren Rückgabe gefordert wird. Im Rahmen der Performance werden zwei Biografien erzählt: die eines Deutschen, der einen Schädel nicht mehr haben wolle sowie von einer Person in Tansania, die den Schädel ihres Großvaters sucht. Der Bezugsrahmen dieser menschlichen Überreste sei von Bedeutung und es sei selbstverständlich, dass Angehörige ein Interesse daran hätten, diese zurückzuerhalten. Hierbei handle es sich nicht um Objekte, sondern um „Teile eines gewesenen Menschen.“ Jeder individuelle Fall bedürfe eines adäquaten Umgangs, zumal Menschen in Tansania den Willen hätten, die Überreste wiederzubekommen, ihnen aber oft der Zugang zu Informationen in Deutschland fehle. Dies gelte beispielsweise auch für religiöse Objekte. Die direkte Konfrontation mit den Überresten in Museen könne dabei für Vertreter_innen der Herkunftsgesellschaften einen traumatischen Schock auslösen.

Prof. Dr. Lars-Christian Koch knüpfte an seinen Vorredner an und betonte die Bedeutung der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Maji Maji-Kriegs. Es bestünde diesbezüglich ein intensiver Kontakt zu Forschenden in Tansania. Im Rahmen von Ausstellungen sei es nach Auffassung der Wissenschaftler_innen aus Tansania wichtig, das Kriegsereignis in den historischen Gesamtkontext der Geschichte Tansanias und der Beziehungen zwischen Tansania und Deutschland einzuordnen. Es gebe eine „gemeinsame Geschichte und gemeinsame Zukunft“. Bei den Objekten und Kulturgütern, zu denen auch Musik gehöre, sei es wichtig zu unterscheiden, welche Werte auf materieller, ideeller und emotionaler Ebene vorhanden seien. Dabei gebe es unterschiedliche Wertverständnisse sowie rechtliche Fragen nach Urheberschaft, Eigentum und Besitz, die es zu berücksichtigen gelte, da sich der Sachverhalt sehr komplex darstelle. Eine aktuelle Aufgabe sei es, auch Altakten zu digitalisieren und damit zu Transparenz und besserer Zugänglichkeit beizutragen.

Die Geschichte hinter den Objekten sichtbar machen

Helge Lindh reflektierte in seinem Redebeitrag darüber, wie die Legislative mit dem Thema Kolonialgeschichte umgehe. So gebe es in der großen Koalition unterschiedliche Wahrnehmungen, was die Aussagen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron betreffe, der in allen Bereichen zu europäischem Handeln anmahnte. Bei unterschiedlichen kolonialen Geschichten und Umgangsformen sei eine gemeinsame Aufarbeitung eine komplexe Fragestellung. Man laufe Gefahr, eurozentrische oder deutsch-französische Sichtweisen in den Vordergrund zu stellen. Statt-

dessen gehe es aber darum, genau zu ergründen, was sich kolonial angeeignet wurde. Hierzu seien auch eigene Vorstellungen von Eigentum zu zählen. Im Rahmen von Provenienzforschung sei besonders der *Prozess* der Auseinandersetzung mit eigener Geschichtlichkeit wichtig. Dieser sei ein politischer Prozess. Für die deutsche Gesellschaft und Regierung sei zum aktuellen Zeitpunkt doppelte Widerständigkeit hinsichtlich dieser Frage zu erwarten, prognostizierte Lindh. Zum einen müsse die deutsche Gesellschaft den Diskurs noch führen, das Bewusstsein hierfür sei seiner Einschätzung nach aber noch nicht entwickelt. Zum andern sei auch die Bundesregierung hier noch nicht so weit, da es noch der wissenschaftlichen Aufarbeitung bedürfe. Kunze hakte hier ein und betonte, dass „jeder Tag zähle in diesem schmerzhaften Prozess“, es handle sich auch um symbolische Akte. Lindh ergänzte hierzu, dass Selbstreflexivität nötig sei und dieser Prozess des Ausstellens und Sammelns von der Beobachtung zweiter Ordnung begleitet werden müsse, der Transparenzmachung der Umstände und Geschichte hinter den Objekten. Darin liege der politische Auftrag.

Es geht darum, zuzuhören

Pélagie Gbaguidi trug im Anschluss daran ihre Vorschläge zum Umgang mit dem Kolonialerbe vor. Es handle sich um ein „illegales Erbe“, bei dem ein „Genozid der Kultur“ in einem Teil der Welt begangen worden sei. Diese fehlenden kulturellen Ressourcen führten dort zur Traumatisierung. Es gebe das Bedürfnis, über Komplexität und Dialog gemeinsam nachzudenken. Es gelte ferner, auch den Fokus auf „Humankapital“ und „Ausbeutung von Körpern“ im heutigen Kontext des Kapitalismus mit einem Blick in die Geschichte zu verknüpfen. Sie warf die Fragen auf: „Sind wir noch Subjekt oder Objekt?“ und „Was bedeute Kolonialerbe in der Gegenwart?“ Dieser Prozess sei eine „lange Reise“, und Künstler_innen seien Initiatoren solcher Prozesse. In Kommunikation und Bildung müsse über Rassismus und die Konnotationen des Begriffs „Migrant_in“ gesprochen werden. Es gehe darum, den Erzählungen von Betroffenen zuzuhören, sie als Gedankenanstöße zu verwenden und weiterzuentwickeln. Dies versuche sie auch ihren Studierenden beizubringen.

LAB 8

Kreativwirtschaft: Globale Vernetzung und lokale Anker

20.04.2018, 17:30 - 18:45 Uhr

- **Christoph Backes**, Geschäftsführer des u-instituts und Projektleiter des Kompetenzzentrums Kultur und Kreativwirtschaft des Bundes
- **Ela Kagel**, Gründerin Supermarkt Berlin
- **Prof. Karsten Henze**, Vorstand des Internationalen Design Zentrums Berlin e.V. (IDZ)
- **Tim Renner**, ehem. Berliner Kulturstaatssekretär für Kultur, Musikmanager
- **Cigdem Uzunoglu**, Geschäftsführerin der Stiftung Digitale Spielekultur

Moderation: **Thomas Friebel**, Kommunikations- und Politikwissenschaftler

Die Kreativwirtschaft als Hybrid im Kulturbereich

Im LAB „Kreativwirtschaft“ wurde über die Bedeutung der Kreativwirtschaft im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung und der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie deren notwendige Förderung diskutiert.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde bat der Moderator **Thomas Friebel** die Panelgäste zunächst um ihre Einschätzung des (Spannungs-)Verhältnisses zwischen Gesellschaft, kreativen Unternehmer_innen und den Erwartungen an die Politik. Zuvor nahm der Moderator eine kurze Einordnung des Panels im Rahmen des Themas der Gesamttagung „Kulturpolitik im Welt(en)Wandel“ vor.

Als Erstes reflektierte **Ela Kagel** für sich und ihr Projekt „Supermarkt Berlin“ das Selbstverständnis als Teil der Kreativwirt-

schaft, die damit verbundenen gesellschaftlichen Impulse und das Verhältnis zur Politik. Sie sei durchaus im Gespräch mit Kulturpolitiker_innen, doch es gestalte sich schwierig, finanzielle Unterstützung zu erhalten. Sie selbst sehe sich als eine Art „Hybrid“ aus den Bereichen Kultur und Wirtschaft, was sich auch aus einer missverständlichen Interpretation des Begriffs der Kreativwirtschaft ergebe. Zum einen, weil der „Supermarkt“ kulturelle Veranstaltungen organisiere. Zum anderen sei er aber auch ein Unternehmen, deren Förderungen bislang nur aus der Wirtschaft kämen. Kagel plädierte dafür, dass mehr „freie Orte“ Kulturförderungen erhalten sollten.. Sie konstatierte, dass die Bedingungen für die Förderungen von Projekten der Kreativwirtschaft dringend reformbedürftig seien. Anknüpfend an die These, dass die Kulturförderung stagniere, leitete der Moderator die Diskussion weiter an **Christoph Backes**, der mit seinem Team

des u-instituts eine Schnittstelle zwischen Politik, Gesellschaft und Kreativen behandle. Backes bestätigte die von Ela Kagel beschriebene Beobachtung. So gäbe es einen Reformstau, langsame Verwaltung, wenig sprechfähige Politiker_innen und Inkompetenz an vielen Stellen. Die Kreativwirtschaft hätte zudem keine wirkungsmächtige Lobby, keine gute Verbandsstruktur und sei dementsprechend schlecht organisiert. Im Weiteren forderte Backes einen neuen „Kreativpakt“ zwischen Kreativen und Politiker_innen, der die Wirkung und Bedeutung der Kreativwirtschaft auf die Gesellschaft widerspiegeln und Strukturen zu ihrer Stärkung vorantreiben. Mit den Instrumenten der Vergangenheit könne dies jedoch nicht funktionieren: Deregulierung und Kreativität bei der Schaffung neuer Ämter seien gefragt. Die Verwaltung hätte hier größten Innovationsbedarf, bilanzierte Backes.

Aber welche Bedeutung und welchen Mehrwert könne die Kreativwirtschaft für die Gesellschaft entwickeln? Der Moderator befragt dazu **Prof. Karsten Henze**, der in seinen Redebeitrag den sozialen Auftrag dieses Bereichs und seine internationale/nationale Wahrnehmung im Bereich des Designs verdeutlichte. So reflektierte er zunächst, dass er sich ähnlich wie Ela Kagel als eine Art „Hybrid“ sehe. Das IDZ nehme er als Schnittstelle und als Kommunikator zwischen verschiedenen Industrien und der Politik wahr. Er merkte kritisch an, dass die Vertreter_innen der Politik in den letzten Jahren den Wert und Mehrwert von Design nicht erkannt und dementsprechend nicht kommuniziert hätten. So hätte sich der Designbegriff in den zurückliegenden Dekaden verändert. Design sei nicht mehr nur, dass etwas gut aussieht, sondern spiegeln vielmehr eine Denkhaltung wider, die den Menschen fokussiere und die Endver-

braucher_innen in den Mittelpunkt stelle. Nur wenn anders über Design nachgedacht werde, könnten die alten Strukturen aufgebrochen werden. Henze forderte diesbezüglich eine ressortübergreifende Neugestaltung der Verwaltung, die diesen Querschnitts- bzw. hybriden Charakter von Kreativwirtschaft berücksichtigt.

Auch die Spielebranche habe einen zum Design vergleichbaren gesellschaftlichen, ökonomischen, innovativen und technologischen Mehrwert. Auskunft über deren Funktion und veränderte Rolle gab **Cigdem Uzunoglu**. Spiele seien ein wichtiges Kulturgut, da sie Kompetenzen und Kreativität beförderten. In vielen Branchen, wie beispielsweise im Gesundheitsbereich, bei der Arbeit mit Alzheimerpatienten oder in der Schule bei der Vermittlung von Wissen und Sprache seien Games ein unverzichtbarer Bestandteil von Innovation geworden, betonte sie. Firmen, die Spiele entwickeln, sind international aufgestellt und spiegeln kulturelle Vielfalt wider. Trotz dessen sei die Bereitschaft zur Förderung solcher Spiele in Deutschland oft geringer ausgeprägt als beispielsweise in Frankreich, Schweden oder in den baltischen Staaten. Laut des Monitoringberichts Kultur- und Kreativwirtschaft 2017 der Bundesregierung sei die Kreativwirtschaft die viertgrößte Branche in Deutschland. Dennoch gäbe es zwischen dieser Tatsache und der Wertschätzung seitens der Politik offensichtlich eine Lücke, konstatierte Moderator Thomas Friebel

Intersektionalität zwischen Kultur, Kunst, Wirtschaft und Sozialem

Tim Renner unternahm den Versuch, eine Antwort auf diese Problematik zu finden und wies darauf hin, dass mit dem „Krea-

tivpakt“ zwar ein guter erster Schritt gelungen, aber der Weg an dieser Stelle nicht fortgesetzt worden sei. Die technologische Entwicklung würde sich hingegen stetig beschleunigen. Sie sei im vollen Gange und habe gravierende Auswirkungen auf alle Bereiche des Zusammenlebens. Besonders der Arbeitsmarkt werde sich verändern und im Zuge dessen müssten Fragen nach der Definition von Arbeit und Beschäftigung gestellt werden, hielt Renner fest. Jobs in der Kreativwirtschaft und im sozialen Bereich sind die Zukunft, wären aber momentan noch alarmierend unterbezahlt. Dieser Umbruch müsse sich auch im Bildungssystem widerspiegeln und die Menschen am Computer sowie in sozialen Kompetenzen ausgebildet und vorbereitet werden.

Den Weg dahin sieht Renner in der Erhöhung und Verbesserung institutionalisierter Förderung. Cigdem Uzunoglu nahm diesen Gesprächsfaden auf und betonte, dass gerade die genannten „Hybride“ Vorbildfunktion hätten. Intersektionalität sei gefragt. Das Denken muss „weg vom Nebeneinander“ hin zu einem „Miteinander“. Doch ebendiese so wichtigen „Hybride“ würden oft durch die Raster der Verwaltung fallen und keine Förderung bekommen. Daran müssen strukturelle Reformen dringend etwas verändern. Kagel bestätigte Uzunoglu in ihrer Aussage und machte ebenfalls auf fehlende Wertschätzung und Sichtbarkeit in den Ministerien aufmerksam. Diese Problematiken seien nicht neu und wurden in der Vergangenheit aus verschiedenen Perspektiven angemerkt und beschrieben, reflektierte Henze. Oberstes Ziel müsse es sein, neue Strukturen und Werkzeuge zu schaffen, die die Kreativbranche unterstützen und Menschen gezielt in Jobs der zukunftsversprechenden Branchen bringen würden.

Die Diskussion wurde nun für Beiträge aus dem Publikum geöffnet. Der erste Impuls kam von Andreas Lübbers, Mitbegründer des Hamburger „Off-Theaters“. Er berichtete von der Gründung des Interessenverbands „Hamburg Hoch 11“ und den damit einhergehenden Problemen politischer Anerkennung und Unterstützung. Er hätte die Beobachtung gemacht, dass Kreative erst von der Politik wahrgenommen werden würden, wenn die alten mächtigen Lobbys zusammenbrächen. In dem Moment müssten „die Hybride“ präsent sein und mit den Politiker_innen in Austausch treten. Backes entgegnete, dass er in seiner Arbeit zwar viel mit Politiker_innen ins Gespräch käme, dabei aber nicht den Eindruck habe, dass irgendjemand die Lage verstünde. Renner widersprach dem: seine Gespräche mit Politiker_innen seien fruchtbar. Er sehe in Berlin viele positive Beispiele für gelungene Zusammenarbeit zwischen Kreativen und Politiker_innen seit den 2000er Jahren, welche die Stadt sehr attraktiv gemacht habe. In den zurückliegenden Koalitionsverhandlungen habe er eine Art „Zukunftsministerium“ vorgeschlagen, welches sich mit gerade diesen Themen beschäftigen könne. Hier spielt auch die Digitalisierung eine wesentliche Rolle. Die deutsche Gesellschaft und Politik sei diesbezüglich allerdings noch etwas zurückhaltend, so Uzunoglu. Ihre Hoffnung beruhe auf denjenigen, die die Innovationen voranbringen würden: Menschen wie Kagel, Gameentwickler_innen oder mutige Unternehmer_innen. Karsten Henze fügte der Idee des „Zukunftsministeriums“ von Renner und Friebel noch hinzu, dass dieses sich unbedingt interdisziplinär aufstellen müsse, um einen Querschnitt aus allen Ressorts zu repräsentieren.

Der Designer **Joachim Kobuss** berichtete von einer Studie über die Designwirtschaft,

die er derzeit durchführe, wobei nach ersten Prognosen die Designwirtschaft ein Umsatzvolumen von über 150 Milliarden ausmache. Diese Daten würden ihm Mut machen. Christoph Backes gab jedoch zu bedenken, dass es bereits viele Studien gäbe, genug Zahlen vorhanden seien. Die Entscheider_innen hätten alle Daten vorliegen, doch würden sie ihrer Verantwortung nicht entsprechend nachkommen.

Ausblick

Befragt nach einem Ausblick für die Zukunft, betonte Tim Renner, dass er die Politik für die Beantwortung der gegenwärtigen Fragen immer noch in der entscheidenden Verantwortung sehe. Nur sie könne Bildungs- und Arbeitsmarktreformen durchführen. Er wünsche sich eine gesell-

schaftliche Utopie, die von Künstler_innen und Politiker_innen gemeinsam in einem kreativen Prozess erschaffen werden müsse.

Cigdem Uzunoglu wies darauf hin, dass es bereits viele interdisziplinäre Projekte gebe, die es zu fördern gelte: „Nicht reden, sondern machen. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden“, sei ihre Devise. Karsten Henze bestärkte sie darin und wünschte sich, dass die bereits vorhandene Interdisziplinarität, Selbstorganisation und Initiative an deutschen Hochschulen und Schulen befördert werde. Christoph Backes glaubt für die Zukunft fest an intelligentes Unternehmertum. Ela Kagel betonte in, dass die Frage, wie wir miteinander leben wollen, für die Zukunft elementar sei. Die Technologie würde dann darauf folgen und mögliche Antworten bereithalten.

LAB 1

Neue Wirklichkeit Europa: Kultur verbindet? Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

21.04.2018, 10.15- 11.45 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Klaus Dörr**, Künstlerischer Direktor Schauspiel Stuttgart
- **Filip Florian**, Autor, Rumänien/Berliner Künstlerprogramm des DAAD
- **Prof. Dr. Verena Metze-Mangold**, Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission
- **Martin Pairet**, Network Manager European Alternatives
- **Dr. Babette Winter**, Staatssekretärin für Kultur und Europa in der Thüringer Staatskanzlei

Moderation: **Alexandra Gruber**, Kulturmanagerin und wissenschaftliche Referentin

Kultureller Kitt in einer gespaltenen Gesellschaft

„Seid umschlungen, Millionen!“, heißt es in der zweiten Strophe der „Ode an die Freude“ von Friedrich Schiller, in der Instrumentalversion die offizielle Hymne der Europäischen Union. Doch was genau ist das bindende Element, der Treibstoff, der die knapp 500 Millionen Einwohner_innen der Europäischen Union zusammenhält? „You cannot fall in love with the single market“, sagte Jaques Delors einst vor dem Europäischen Parlament und traf mit seiner Weitsicht einen Nerv, der auch heutzutage

viele Europäer_innen umtreibt: Kann die Union mehr als nur die kühle Wirtschafts- und Währungsunion sein, die den Herzen der Menschen versperrt bleibt? Kann sie vielleicht gar Emotionen wecken, die eine gemeinsame europäische Identität herausbilden? Es gibt Hoffnung, jedoch zugleich auch Bedrohungen, wie die Gesprächspartner_innen in ihren Einschätzungen über die aktuelle Lage der Europäischen Union herausstellen. Optimistisch stimmen die jüngsten Erhebungen des Eurobarometers, das besonders jungen Europäer_innen eine wachsende Zustimmung zur Europäischen Union bescheinigt. Diese findet zu-

nehmend Ausdruck in lebendigen Aktionsformaten wie „Pulse of Europe“, in denen ein junges, verbindliches Bekenntnis zur europäischen Einheit auf die Straßen Europas getragen wird. Gleichzeitig erleben wir eine Art „Roll-back“, der sich in populistischen, nationalistischen und zum Teil anti-europäischen Bewegungen und Parteien ausdrückt. Doch nicht nur auf politischer Ebene scheint es diese Dichotomie der Überzeugungen zu geben, auch in der Kulturbranche selbst zeigt sich eine Polarität zwischen einer neugierigen, weltoffenen Strömung und einer bewahrenden, an alten Traditionen festhaltenden Gruppe Kulturschaffender, hält der rumänische Autor **Filip Florian** fest. In Rumänien habe dieser Überzeugungskampf ein Maß angenommen, dass sich die Lager sogar feindselig gegenüberstehen. Die Identitätsfrage bewegt die Menschen in Europa also auf vielen Ebenen und formt ihre politische, kulturelle und alltägliche Lebenswirklichkeit.

Kultur wird politisch – neue Aktionsformate und kreative Denkräume

Martin Pairet, Network Manager der Non-Profit Organisation „European Alternatives“, möchte von dem starren Ansatz wegkommen, Europa lediglich als einen Verbund von Nationalstaaten zu denken. Für ihn und seine Organisation wird Europa dort lebendig, wo sich Menschen auf kommunaler Ebene bereits zusammenschließen und über neue Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten in der europäischen Politik nachdenken. Dies könne auf vielfältige Weise geschehen, zum Beispiel in Form von selbstorganisierten Festivals oder regionalen Arbeitsgruppen – „European Alternatives“ ist hier

selbst mit gutem Beispiel vorangegangen und hat sich aus dem lebendigen Impuls eines Kunst- und Politikfestivals heraus konstituiert. Agile Aktionsformate wie diese erlauben neue Visionen für Europa zu denken, die nicht nur die intellektuelle, sondern auch die emotionale Ebene miteinbeziehen und erfreuen sich in jüngster Zeit wachsender Beliebtheit. Immer öfter sehen sich Kulturinstitutionen dazu aufgefordert, Diskussionen über das gesellschaftliche Zusammenleben anzuregen und in den Mittelpunkt ihrer künstlerischen Auseinandersetzung zu rücken. So verwundert es nicht, dass die Fusion von Kunst und Politik auch im Zentrum des internationalen Theaterfestivals „The future of Europe“ steht, das im Juni 2018 unter der Leitung von **Klaus Dörr** in Stuttgart stattfinden wird. Künstler_innen aus neun europäischen Ländern wollen sich in einem offenen Prozess der Frage widmen, wie wir zukünftig in Europa zusammenleben wollen. Kulturfestivals als Ideenschmiede für europäische Politik – für Klaus Dörr ein vielversprechendes Format: „Wir schaffen so ergebnisoffene Räume, die keiner getakteten Agenda folgen und völlig frei im Experimentieren sind“. Durch die Verschmelzung kreativer Einflüsse und Hintergründe könnten Pfade und Potentiale entdeckt werden, die bisher unentdeckt blieben.

Doch auch in der Vernetzung unter jungen Europäer_innen liegen bislang noch ungenutzte Potentiale, wie eine engagierte Jugendarbeiterin aus dem Publikum anmerkt: „Bislang gibt es überwiegend bilaterale Jugendwerke. Statt z.B. neuen deutsch-französischen oder deutsch-polnischen, sollten wir europäische Jugendwerke fördern.“ Möglichst früh sollte der Samen der Begeisterung für die Idee Europa unter jungen Menschen verbreitet werden, um

ein Gefühl der Gemeinschaft heranreifen zu lassen. Vor allem ein Förderungsprogramm für die Erlernung zusätzlicher Fremdsprachen könnte hier ein passendes Bindeglied für den interkulturellen Austausch sein. Einen weiteren Schritt in Richtung europäischer Verständigung möchte auch die „Transnational School of Politics“ gehen, die mit ihrem interdisziplinären Format und Teilnehmenden aus Politik und Kultur nach neuen, ansprechenden Narrativen für Europa suchen möchte.

Auf der Suche nach Narrativen

Identitätsstiftende Narrative für Europa müssen nicht zwingend neu erfunden werden, wie das Europäische Kulturerbejahr 2018 beweist. Das Gemeinschaftliche und Verbindende europäischer Kultur kann auch in Bestehendem gefunden werden, sofern es wertgeschätzt und intergenerati- onell weiterverbreitet wird. Insbesondere historische Bauten tragen heute noch oftmals Spuren, die erkennen lassen, welchen Einfluss europäische Kulturen auf regionales Erbe gehabt haben. In dieser Verschmelzung von diversen europäischen Einflüssen liegt das Potential, Europa für die Menschen im Alltag erfahrbar zu machen und die historisch gewachsene Schicksals- und Wertegemeinschaft wieder in Erinnerung zu rufen. Für Staatssekretä- rin **Dr. Babette Winter** ist es daher ein zentrales Anliegen, den diversen und verbindenden Spirit von europäischem Kulturerbe zu betonen und aufzuzeigen, dass eine geteilte europäische Kultur regionale und nationale Identität keinesfalls verdrängen muss, sondern ergänzen und bereichern kann und warnt im Hinblick auf aktuelle Tendenzen sogleich: „Die Herzen der Menschen sind bei ihren Erbestätten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Nationalisten das Kulturerbe für ihre populistischen Interessen instrumentalisieren.“

Herausforderungen für die Kulturförderung

Die emotionale Bindungskraft von kulturellen Erbestätten wird auch von anderen anwesenden Kulturschaffenden anerkannt, jedoch sehen sie die oft aufwendigen Renovierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen aufgrund der hohen anfallenden Kosten kritisch. Die ohnehin knappen Mittel für europäische Kulturpolitik könnten so an anderer, dringend benötigter Stelle fehlen. Vor allem geförderte Künstler_innenprogramme in Form von Stipendien und Auslandsaufenthalten seien für den kreativen Schaffensprozess essentiell, betont Filip Florian, und sollten zukünftig weiter ausgebaut werden. Ferner dürften Förder- gelder auch nicht nur in Projekte fließen, die einen gewissen Kommerz versprechen, sondern sollten auch der freien Kulturszene zugänglich sein.

Wesentliche Barrieren für die Zugänglichkeit von Fördergeldern sieht Klaus Dörr in den oftmals starren inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen, denen sich die Antragsstellenden ausgesetzt sehen. Diese Hürden gelte es zu beseitigen, um die Förderung für einen möglichst großen Kreis Kulturschaffender zugänglich zu machen und eine gewisse Diversität der geförderten Projekte aufrecht zu erhalten. Neben der Vielfältigkeit von Kulturförderung ist es besonders wichtig, mit der Digitalisierung Schritt zu halten und die Zugänglichkeit von Kulturangeboten zu verbessern. Konkret bedeutet dies, Strukturen und Plattformen bereitzustellen, die den

kulturellen Austausch und den Zugang zu künstlerischen Werken erleichtern, um dem neuen Rezeptionsverhalten des Publikums Rechnung zu tragen und möglichst viele Kulturbegeisterte zu erreichen.

Einen vielversprechenden Anfang macht hier das bis 2020 datierte Förderprogramm „Creative Europe“, das sich eine bessere Vernetzung unter Kulturschaffenden auf die Fahnen geschrieben hat.

Auch die Politik muss gestalten

Nicht nur auf kultureller, sondern auch auf politischer Ebene braucht es die vereinten Kräfte der europäischen Gemeinschaft, ist sich **Prof. Dr. Metze-Mangold**, Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, sicher. Auch wenn die Union bei Zeiten zerstritten und handlungsunfähig erscheinen mag, dürfe dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Gemeinschaft auch beachtliche Erfolge erzielt worden sind.

Wie die kürzlich verabschiedete Europäische Datenschutzrichtlinie beweise, könne Europa, wenn es zusammensteht, seine Interessen auch gegen Weltkonzerne wie Facebook durchsetzen. Aus Beispielen wie diesen müsse eine Governance erwachsen, die sich durch neues Selbstbewusstsein und klugen Handlungswillen auszeichne. Anderenfalls drohe die Politik zukünftig im Angesicht der rasant voranschreitenden Digitalisierung jeglichen Gestaltungsraum an die Global Player aus der freien Wirtschaft abzugeben, warnt Metze-Mangold. Hierfür muss der kühle Rationalismus vergangener Tage abgeschüttelt werden und konkreten Vorschlägen für eine europäische Sozialunion weichen. Wenn die Union es ernst meint mit europäischer Sozial- und Kulturpolitik, kann sie zukünftig ihr emotionales Bindungspotential und eine neue Begeisterungsfähigkeit unter den Europäer_innen entfachen, die endlich die Millionen umschließt, wie es sich schon Friedlich Schiller wünschte.

LAB 2

Neue Wirklichkeit Ostdeutschland: Was wir aufheben

21.04.2018, 10.15- 11.45 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Juliane Ebner**, Künstlerin und Filmemacherin
- **Hanka Kliese**, MdL, Vorsitzende des Kulturforums der Sozialdemokratie in Sachsen
- **Prof. Dr. Axel Klausmeier**, Direktor der Stiftung Berliner Mauer
- **Tobias Knoblich**, Kulturdirektor der Stadt Erfurt und Vizepräsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
- **Elske Rosenfeld**, Künstlerin und Autorin

Moderation: **Franziska Richter**, Referentin für Kulturpolitik und Politik in Ostdeutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Das LAB „Neue Wirklichkeit Ostdeutschland“ stand unter der zentralen Frage „Was wir aufheben“ - gemeint im Sinne der Hegelschen Dialektik: Was heben wir auf? Was setzen wir auf eine höhere Stufe, was werten wir auf? Aber auch: Was lassen wir los, was lassen wir hinter uns?

Das LAB befasste sich so mit Fragen des Erinnerns an das Leben in der DDR sowie des Gedenkens wichtiger historischer Ereignisse wie der Friedlichen Revolution oder des Mauerfalls. Ferner wurden die gesellschaftspolitischen Besonderheiten Ostdeutschlands diskutiert. Die Diskussion drehte sich aber auch um die Frage, wie noch stärker als bisher zu einer gemeinsamen Geschichte der Wiedervereinigung gefunden werden kann, die Ost und West miteinander verbindet und nicht trennt.

Blick auf Ostdeutschland

Nach einer kurzen Vorstellung der Referent_innen ging die Moderatorin **Franziska Richter** in einem kurzen Eingangsimpuls auf die gesellschaftspolitischen Besonderheiten in den neuen Bundesländern ein.

In ganz Deutschland habe sich in den letzten Jahren ein tiefgreifender Transformationsprozess vollzogen, hervorgerufen durch Globalisierung, demografischen Wandel, anhaltende Migrations- und Fluchtbewegungen sowie durch Technologisierung und Digitalisierung. Diese gesamtgesellschaftlich brisanten Entwicklungen würden in Ostdeutschland nun auf bestimmte Prägnungen und Erfahrungen treffen: beispielsweise das Gefühl fehlender Anerken-

nung von Lebens- und Transformationsleistungen seit der Wiedervereinigung, wenig Erfahrung im Umgang mit einer diversen Gesellschaft und Weltoffenheit oder ein anderes Demokratieverständnis.

Bezüglich der Frage zur Erinnerungskultur nähmen viele Ostdeutsche zudem eine Kluft zwischen medialer Berichterstattung und individueller Erinnerung bzw. ihren individuellen Zugang zum Leben in der DDR wahr. Geschichten aus dieser Zeit blieben in den letzten Jahren unerzählt, obwohl es Bedürfnisse gebe, diese zu reflektieren und über Ereignisse in der Vergangenheit, die sehr prägend für die Menschen in Ostdeutschland waren, zu sprechen. Als Markierungspunkte benannte Frau Richter die Zeit der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls.

Erinnern an die Zeit der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls

Zu Beginn wurden zwei künstlerisch-reflektive Zugänge zum Thema „Erinnern“ präsentiert.

Die Künstlerin und Filmemacherin **Juliane Ebner** zeigte so eingangs einen Ausschnitt aus ihrer filmischen Trilogie zur neueren deutschen Geschichte: „Klack“. Frau Ebners Animationen haben einen biografischen Hintergrund, sie zeigen, wie ihre persönlich erlebten Geschichten in die Geschichte der deutschen Teilung und der Brüche der letzten 27 Jahre eingebettet sind. Daher liegt auch der besondere Fokus in diesen Filmen auf der Generation der 1970er: „Und darum geht es mir letztlich in meiner Trilogie „Klack“: Da erzähle ich von meiner Kindheit und Jugend und unversehens handelt es sich um die Geschichte unseres Landes [...] So erzählt meine

Trilogie vom Leben vor, während und nach dem Fall der Mauer, die unsere Länder trennte. Und natürlich sind wir es, die genau diese Geschichten zu erzählen haben.“

Für ihren aktuellen Experimentalfilm: „LANDSTRICH“ erhielt Frau Ebner dieses Jahr den Deutschen Kurzfilmpreis, einer der bedeutendsten und am höchsten dotierten Preise für Kurzfilme in Deutschland. Dieser auf hunderten Zeichnungen basierende Kurzfilm erzählt vom Schicksal einer deutschen Familie zwischen Kriegsende und Mauerfall. Der Film ist wie alle Filme der Künstlerin biografisch inspiriert und nicht auf die offizielle Geschichtsschreibung, sondern auf die individuelle Erinnerung gerichtet.

Das zweite künstlerische Projekt, das von der Autorin und Künstlerin **Elske Rosenfeld** vorgestellt wurde, erinnerte an ein prägendes historisches Ereignis vor dem Mauerfall: der sogenannten „Friedlichen Revolution“. Ihre Motivation für das Projekt ergab sich für Frau Rosenfeld aus dem „fundamental prägenden Erlebnis von 1989“, als sie in Halle im Alter von 15 Jahren Zeugin des politischen Umbruchs wurde. Die Erfahrung der „radikalen Unterbrechung“ hat sie nicht vergessen, auch wenn dieser aufwühlende Moment schnell wieder im Strudel der Geschichte versank. "Alles schien möglich, und dann blieb doch nur dieses Gefühl von 'jetzt geht doch bitte wieder rein'", so Frau Rosenfeld. „Dass dies eine Zeit war, in der unter anderem auch eine neue Verfassung entworfen und Wahlen auf die Beine gestellt worden sind, wird heute kaum noch erinnert“ – diese Beobachtung war Ausgangspunkt für die Autorin und Künstlerin. In ihrer Arbeit "A Vocabulary of Revolutionary Gestures" arbeitete Frau Rosenfeld mit Videoaufnahmen vom Zentralen Runden Tisch am

7. Dezember 1989. Bei dieser Versammlung berieten Vertreter_innen der DDR-Blockparteien, Kirchen und Oppositionelle erstmals gemeinsam über die politische Zukunft des Landes. Als sich draußen Demonstrant_innen versammeln, herrscht im Raum Hilflosigkeit. „Auf der sprachlichen Ebene sind alle überfordert, körperlich passiert aber sehr viel“, so Frau Rosenfeld. Sie bearbeitete die Videoaufzeichnung, indem sie die Gesten und Bewegungen der Diskutierenden wiederholt, verstärkt, beschleunigt oder verlangsamt. In einem anderen Teil der Arbeit imitiert sie selbst die bei verschiedenen Ereignissen beobachteten Gesten, etwa bei einer Demonstration vor einer Fabrik in Frankreich oder einer Fahrt über den Tahrir-Platz in Kairo.

Sie treibe der erlebte Widerspruch um, dass Ereignisse, die sie sehr geprägt und ihr Leben grundlegend verändert hätten, in der offiziellen Geschichtsschreibung nicht mehr vorkommen bzw. im Nachhinein kleingeredet und umgeschrieben werden würden. In ihren Arbeiten wolle sie daher den für sie prägenden Ereignissen und Geschehnissen einen Resonanzraum, ein Forum geben.

Umgang mit DDR-Geschichte

Auf die Frage, wie in der Gedenkstätte Stiftung Berliner Mauer an die Zeit der DDR erinnert werde, entgegnete **Prof. Dr. Axel Klausmaier**: Die DDR sei nicht nur „Stasi, Mauer und auf der anderen Seite FKK“ gewesen.“ So widme sich seine Gedenkstätte erinnerungspädagogisch der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in vielerlei Facetten, erläuterte er. Eine Vielzahl „junger und internationaler“ Personen würden die Mauer-Gedenkstätte an der Bernauer Straße in Berlin jeden Tag besu-

chen. Unter anderem dem Umstand geschuldet, dass „es jeden Tag weniger Zeitzeugen gibt“, hätten „junge Leute keine Vorstellung wie es war“. Wichtig sei, „in den unterschiedlichen Formaten die Leute abzuholen“. Eine Frage, die im Zusammenhang der Gedenkstättenarbeit oft gestellt werde, sei beispielsweise: „Wie prägt das Objekt „Mauer“ den Alltag?

Prof. Dr. Klausmaier ging auf Nachfrage der Moderatorin auch auf die Bezeichnung „Mauer als Kulturlandschaft“ ein, die er mitgeprägt hat. Dieser Begriff zielt darauf ab, dass „die Mauer als ein durch Menschen gemachtes Objekt“ zu begreifen sei, führte er aus. In der Forschung zur Kulturlandschaft werde dieser traditionell auf historische Gärten wie etwa der Parklandschaft um das Schloss Sanssouci angewendet. Auch der Kohleabbau sei ein Beispiel für menschliche Eingriffe in Landschaften. Die Grenzbefestigungsanlagen der DDR mit ihrer gesamten dahinterstehenden Planung, Logistik und Infrastruktur seien als „militärische Kulturlandschaft zur Fluchtverhinderung“ zu begreifen.

Aber es ginge in der Gedenkstättenarbeit auch darum, „die Grautöne des Alltags“ zu vermitteln, betonte Herr Klausmaier. So würden Seitens der Teilnehmer_innen auch Fragen gestellt, wie etwa „Was war ein HO-Betrieb?“, „Wie funktionierte die Überwachung der Menschen durch die Stasi im Alltag?“, „Wie funktionierte die Fluchtverhinderung?“, „Wie viel und welche Handlungsspielräume hatten die Menschen?“ Ferner gehe es immer wieder um die „DDR als Nischengesellschaft“, es gehe darum zu erfahren, welche Möglichkeiten es gab, sich der (politischen) Normierung im Alltag zu entziehen.

Auch für **Hanka Kliese** ist die Vermittlung von eben diesen Grautönen im Leben in der DDR sehr wichtig. So gehörte zum Beispiel das Nähen von Kleidung zum festen Alltag, „weil es nicht so viel gab“ und die Bevölkerung sich „zu helfen lernen musste“, führte sie aus.

Viele Aspekte der DDR seien in großer Ausführlichkeit wissenschaftlich aufgearbeitet. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk habe so einmal gesagt, dass es mehr Bücher über Punks gab als tatsächlich Punks in der DDR. Weitestgehend unberücksichtigt bliebe jedoch der Alltag in der DDR. Über die alltäglichen Erfahrungen in der DDR zu sprechen, „müsse noch geübt werden“, konstatierte Frau Kliese.

Formate der Vermittlung

Bei der Vermittlung von Wissen über die Vergangenheit sei sie gegenüber ihrer eigenen Tochter eher vorsichtig, antwortete Frau Kliese auf Nachfrage. Schließlich habe sie selbst erlebt, dass historische Inhalte in der DDR durch frühe direkte Konfrontation mit Verbrechen des Dritten Reichs vermittelt wurden, was nicht altersgerecht gewesen sei und mit Alpträumen verbunden war. Heute gäbe es im Unterschied zur Unfreiheit in der DDR die Freiheit zum eigenen Gedanken. In der politischen Bildung gehe es vor allem darum, junge Menschen zu eigenen Schlüssen auf Grundlage einer guten Wissensbasis zu befähigen. Eine Instrumentalisierung der Erinnerungskultur für politische Zwecke sei äußerst problematisch. Ein Teilnehmer vertiefte in seinem Beitrag die Debatte um Erinnerungsarbeit. Hier würden oft Formate fehlen, die es möglich machten, sich mit komplexen Prozessen der Geschichtsaufarbeitung auszusetzen. So beschäftige er sich

beispielsweise seit 30 Jahren intensiv mit dem „Dritten Reich“. Dieser Teil deutscher Geschichte lasse sich nicht durch einzigen Gedenkstättenbesuch oder durch die Lektüre eines Buches nachempfinden. Es bedürfe vielmehr einer intensiven Auseinandersetzung über längere Zeit.

Entsprechende Formate des Dialogs über die DDR-Geschichte, die Wendezeit als auch den Transformationsprozesse der letzten 27 Jahre in Ost- und Westdeutschland würden seiner Meinung nach fehlen und seien zu entwickeln.

Reflexion von Transformationserfahrungen

Tobias Knoblich plädierte in seinem Beitrag zur Bewertung der Transformationsprozesse der letzten 27 Jahre dafür, die Lebens- und Transformationsleistungen der Ostdeutschen noch stärker als bisher anzuerkennen.

So hätten viele Ostdeutsche die Wendezeit und die sich anschließenden Transformationsjahre als „Kolonialisierung“ durch die BRD und den Alltag als Demütigung empfunden.

In der deutschen Kulturgeschichte würden zudem die individuellen Geschichten der DDR-Bürger_innen ausgeblendet. Diese „Parallelgeschichte“ in Form einer Nichtberücksichtigung sei ein „Skandal“. So sei die DDR etwa auch in der UNESCO aktiv gewesen und die 1968er ein ebenso wichtiges Ereignis für die DDR wie auch für die BRD gewesen, nur von einem anderen Blickwinkel aus gesehen. Wichtig sei es, die Geschichte der DDR strategisch in die Erzählung Gesamtdeutschlands mit einzubringen, da es sich bei den 40 Jahren DDR-Geschichte um eine wichtige Kollektiver-

fahrung handele, die nicht einfach ausgeblendet werden dürfe, sondern in die gesamtdeutsche Geschichtsschreibung integriert werden müsse.

Ein Teilnehmer warf in die Debatte ein, dass die Transformationsprozesse seiner Meinung nach allerdings kein Alleinstellungsmerkmal für Ostdeutschland, sondern vielmehr auch eine westdeutsche Erfahrung seien. Er mache dies etwa daran fest, dass auch seine Eltern, die im Ruhrpott lebten, die „alte Bundesrepublik“ ebenfalls vermissen würden.

Die Runde arbeitete anschließend heraus, dass sich auch in Westdeutschland Veränderungen vollzogen hätten; indes nicht in dem dramatisch hohen Tempo wie in den neuen Bundesländern. Die „Komponente Zeit“ sei insofern bei der Bewertung von Transformationsprozessen entscheidend.

Quasi über Nacht sei hier die Umstellung von einer zentralen Planwirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System zu leisten gewesen. Die Schließung der Zechen in NRW sei so sozial über einen längeren Zeitraum abgefedert worden, während in Bitterfeld eine Schließung in vier Monaten umgesetzt wurde – dieses Beispiel brachte Herr Klausmeier in die Debatte ein. Frau Ebner sensibilisierte nochmals dafür, dass sich selbst die alltäglichsten Dinge für die Menschen in kürzester Zeit verändert hätten. Dinge, mit denen sie großgeworden seien und mit denen sie über Jahre vertraut waren, wie beispielsweise Telefonzellen, Milchtüten oder Straßenbahnen. Herrn Klausmeier war es wichtig zu betonen, dass bei der Bewertung der Transformationsprozesse zu berücksichtigen sei, dass es sich bei der deutschen Wiedervereinigung um einen weltweit einmaligen Prozess handle. Als Beispiel nannte er, dass die

Geschehnisse als Zuspitzung koreanischen Besuchergruppen so geschildert werden könnten, dass es dem entspräche, wenn eine „Pfarrerstochter aus Nordkorea in Südkorea Präsidentin wird.“

Er bilanzierte zudem eine enttäuschte „Erwartungshaltung der Dankbarkeit im Westen gegenüber dem Osten“ für die Errungenschaft der neuen Staatlichkeit und der Freiheit. So werde viel außer Acht gelassen, dass es auch Menschen gegeben habe, die „bei der D-Mark-Einführung geweint haben“. Mit dem Währungswechsel seien auch Kindheitserinnerungen verloren gegangen. Klausmeier berichtete von seiner eigenen Kindheit, in der seine Oma, sagte, wenn sie ihm einen 20-Mark-Schein schenkte: „Hier haste einen mit die Geige.“

Elitentransfer

Herr Knoblich schnitt ein weiteres strukturelles Problem an, das bis heute in den neuen Bundesländern nachwirke: den erheblichen Elitentransfer von West nach Ost, der sich ab 1990 vollzogen hätte. Zu konstatieren sei eine insgesamt fehlende Repräsentanz von Ostdeutschen in Ämtern, Unternehmen und den Eliten der Bundesrepublik. Damit verbunden seien zwangsläufig fehlende Selbstwirksamkeitsgefühle in der repräsentativen Demokratie und weniger Vertrauen in demokratische Politik. Vielen Bürger_innen fehlten Gesichter und Stimmen, denen sie ihre Interessen und Bedürfnisse anvertrauen können. Der Transfer westdeutscher Personen auf Elitepositionen nach Ostdeutschland habe sich in den letzten Jahren reduziert, ist jedoch keinesfalls beendet.³

³ So liegt der Prozentsatz von Führungskräften aus Ostdeutschland bundesweit nur bei 1,7 Prozent – bei 17

Auch im Kulturbereich sei es zu einem erheblichen Elitenaustausch gekommen, führte Herr Knoblich aus. Gerade im kulturpolitischen Bereich wäre es aber sehr wichtig, dass vor allem Menschen dort arbeiten, die die örtliche Sozialisation erfahren haben, so Herr Knoblich. Ostdeutsche wiesen häufig einen „subalternen Habitus“ gegenüber der „Eloquenz der Westdeutschen“ auf und würden sich manchmal als „nicht anschlussfähige Lehrlinge im eigenen Land“ fühlen.

Dass sich die Machtnetzwerke tendenziell nach wie vor aus westdeutschen Eliten rekrutierten, bedeute eine Repräsentanzlücke, resümierte die Runde. Dieser Prozess habe auch für die Zukunft Ostdeutschlands und den Gestaltungseinfluss von Ostdeutschland große Konsequenzen. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

Plattformen des Austauschs und Begegnung zwischen Ost und West

Wie können wir exklusive Erinnerungsländzugänge zwischen Ost- und Westdeutschen hinter uns lassen und zu einer gemeinsamen Erzählung der Wiedervereinigung finden? Diese Frage stand im zwei-

Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung. Eklatant ist die mangelhafte Vertretung von Ostdeutschen beispielsweise in der Verwaltung; hier wird der Anteil von Ostdeutschen an gesamtdeutschen Spitzenpositionen von Experten auf vier bis fünf Prozent geschätzt. Ähnlich ist es in der Justiz. Unverändert kämen in der ehemaligen DDR lediglich 13,3 Prozent der Richter auch von dort. Von den 22 Hochschulrektoren im Osten sind lediglich drei im Osten geboren. Und in den 100 größten ostdeutschen Unternehmen gibt es allein ein Drittel heimische Chef. Quelle: Studie: „Ostdeutsche Eliten: Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven, Hrsg: Deutsche Gesellschaft e.V., Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, 2017

ten Teil der Gesprächsrunde im Mittelpunkt.

Auch 27 Jahre nach der Wiedervereinigung gäbe es noch große Unterschiede in den Prägungen und Erfahrungen zwischen Ost und West, hielt Hanka Kliese fest. Diese seien lange Zeit nicht beachtet bzw. fälschlicherweise angenommen worden, dass sie nicht existierten. So hätte sie beispielsweise einen wichtigen Unterschied bei der Bedeutung von „Schweigen“ bemerkt. In Westdeutschland werde Schweigen meistens als Zustimmung interpretiert; im Osten wäre dagegen Schweigen eher mit Ablehnung konnotiert. Widerspruch äußerten die Menschen bei Versammlungen in der DDR nicht öffentlich, vielmehr wurde das Schweigen oft als Akt des Widerspruchs verstanden.

In Ostdeutschland ginge dieses latente Schweigen zudem mit einer „Scheu vor Kontroversen“ einher, so Hanka Kliese. Sie berichtete an dieser Stelle von einem für sie einschneidenden Erlebnis: Ein Lehrer hätte in ihrer Schulzeit zu ihr gesagt: „Ihre Meinung ist falsch.“ Dies hätte sie sehr frappiert – eine Meinung könne niemals falsch sein! Ihrer Beobachtung nach sei die „Lust an der Kontroverse“ in Ostdeutschland weniger ausgeprägt als in Westdeutschland. Dies fände sie sehr „spannend“, weil dies ein Parallelbefund zu dem ebenfalls zu beobachteten schwach ausgeprägten Bedürfnis, sachlich Probleme zu diskutieren, sei.

Zudem gäbe es in Ostdeutschland eine besondere Empfindlichkeit im Diskurs über „political correctness“. Ostdeutsche würden dies besonders als „Sprach- und Sprechverbote“ interpretieren, so Frau Klieses Befund. Wichtig sei dabei jedoch, Begriffe in ihren historischen Kontext ein-

ordnen zu können. Die „fehlende Lust an kritischer Auseinandersetzung und der fehlende Stolz auf die geschaffene Möglichkeit zur freien Artikulation im Jahre 1989“ stünden dem aber noch im Wege. Veranstaltungen, die freie Artikulationsräume eröffneten und Grautöne thematisierten, seien daher essentiell. Neue aktivierende und beteiligungsorientierte Formate politischer Bildungsarbeit seien für die Herausbildung einer positiven Debatte zwischen Ost – und Westdeutschen daher eine wichtige Aufgabe der Zukunft.

Die Frage „*Wer spricht?*“ sei sehr eng mit der Frage „*Wie kann gesprochen werden?*“ verbunden, brachte Elske Rosenfeld an diesem Punkt in die Debatte ein. Bestimmte Narrative der Erinnerung an die Kindheit verdeutlichten so die Unterschiede zwischen Ost und West. In Ostdeutschland gäbe es aber eine „vermintete Vergangenheit“, Personen, die im Osten Karriere gemacht hätten sähen sich z.B. einen anderen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt als Leute mit vergleichbaren Lebensläufen im Westen, führte sie aus.

Der Ausdruck „hinter der Mauer“ der ihrer Meinung nach aus westlicher Perspektive auf den Osten schaut, sei hierfür exemplarisch. Ihre Perspektive sei die von „diesseits der Mauer“. Die westliche Sicht sei im Diskurs aber übernommen worden, führte Frau Rosenfeld aus. Frau Ebner betrachtete den Begriff „Hinter der Mauer“ hingegen nicht nur als eine westdeutsche Prägung. Vielmehr sei die Frage dabei gewesen, ob man sich als DDR-Bürger durch die Mauer eingesperrt und von der Welt abgeschnitten fühlte oder nicht. Wenn ja wurde aus diesem Erlebnis des sich eingesperrt Fühlens schon zu DDR-Zeiten von

DDR-Bürgern selbst davon gesprochen „hinter einer Mauer“ zu leben.

Die Begriffe für die Ereignisse von 1989/90 sei durch Medienpolitiken stark geprägt worden, argumentierte Frau Rosenfeld in der weiteren Diskussion. So wurde zunächst der Begriff der „Wende“ von Egon Krenz übernommen, circa 2009 sei der Terminus der „friedlichen Revolution“ als Sprachduktus hinzugekommen. Seit 2014 werde jedoch fast ausschließlich vom „Mauerfall“ gesprochen und daran erinnert. Erst in den letzten zwei Jahren würden wieder die Begrifflichkeiten der „Friedlichen Revolution“ diskutiert werden. Diese begrifflichen Veränderungen seien interessant zu beobachten und führten sie immer wieder zu der Frage, „wie und in welchen Begriffen wir miteinander sprechen können“.

Besonders für die Zeit von 1989 bis 1990 existierten ihrer Beobachtung nach sprachliche Leerstellen. Es fehlten Foren um zu beschreiben, *warum* es sich um einen Moment der Hoffnung und der Selbstermächtigung handelte und auf *was* genau gehofft wurde. Die Folge dieser Leerstellen sei eine sprachliche Selbstzensur durch Nachsätze wie „Wir waren aber naiv“. Dies sei auf eine „fehlende Sprachlichkeit und Wertschätzung“ zurückzuführen und die zentralen Fragen müsse also lauten: „Wer spricht und wie kann eine historische Erfahrung gesprochen werden?“, so Frau Rosenfeld. Erst beidseitiges Zuhören würde zum Zusammenleben beitragen, so das Plädoyer von Frau Ebner. Gegenseitige Akzeptanz für Alltagserfahrungen und unterschiedliche Prägungen zu schaffen und sich dabei ernst zu nehmen – dies wäre essentiell. Dieses Zuhören und diese Achtsamkeit gegenüber der Unterschiedlichkeit sind zur Stärkung des Zusammenwachsens

zwischen Ost- und Westdeutschland von großer Bedeutung. Ein Teilnehmer in der Runde sah gerade hier eine besondere Aufgabe für Stiftungen, die notwendigen Erzähl- und Zuhörprozesse entsprechend verstärkt zu organisieren und hier auch neue Formate der Begegnung zu schaffen.

Formate politischer Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Als ein wichtiges Format der Befassung mit diesem Thema benannte die Moderatorin einige bereits erprobte Formate des Austauschs im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wie beispielsweise die Wanderausstellung „...und dann sind wir an die Ostsee gefahren. DDR-Geschichte im Gespräch der Generationen“. Hier wurden 15 ostdeutsche Familien verschiedenster Milieus befragt, wie sie innerhalb der verschiedenen Generationen an die DDR erinnern. In der Zusammenschau von Diktaturerfahrung und Lebenswelt zeigten sich in der Ausstellung differenzierte Bilder erlebter Geschichte von 25 interviewten ostdeutschen Familien. Bei Veranstaltungen seien sehr oft die interviewten Familienmitglieder anwesend und kämen mit den Teilnehmenden in intensive Gespräch über das Leben in der DDR, die Zeit der Friedlichen Revolution als auch der Transformationsjahre. In der Reihe „Freiheit beginnt zwischen den Ohren“ diskutieren Schüler_innen, Referendare und Lehrer_innen mit Zeitzeugen vertieft über bestimmte Zeitspannen, wie beispielsweise über die Anfangsjahre der DDR oder zu den Moti-

ven der Bürgerrechtler_innen in der Zeit der Friedlichen Revolution.⁴

In der Runde wurde zudem die Notwendigkeit betont, in Veranstaltungen auch die guten Seiten des Transformationsprozesses der letzten Jahre hervorzuheben, um der skeptischen und pessimistischen Grundhaltung vieler Teilnehmenden entgegen zu wirken.

Was heben wir auf, was nehmen wir mit?

Die Diskutanten waren sich einig: Aus der DDR seien nicht nur Ampelmännchen und Rechtsabbiegepefel geblieben. Vielmehr sei die kulturelle Infrastruktur aus der DDR (wie beispielsweise die vielen Theater- und Kulturhäuser in den neuen Bundesländern), als auch die Kinder- und Jugendliteratur wichtiger Bestandteil der Kulturlandschaft von Gesamtdeutschland geworden. So würden DDR-Kinderbücher momentan eine „Renaissance“ in Ost- wie Westdeutschland erleben.

Elemente der DDR-Kunst würden im Öffentlichen Raum auch wieder an Präsenz gewinnen, berichtete Herr Knoblich von seinen Erfahrungen als Kulturdirektor der Stadt Erfurt.

Frau Ebner betonte nochmals die Bedeutung des Sprechens über bestimmte Erfahrungen – dies sei unbedingt aufzuheben, mitzunehmen in die Zukunft.

⁴ Nähere Informationen auch unter <https://www.fes.de/forum-berlin/politik-in-ostdeutschland>

Für Frau Rosenfeld war es wichtig zu betonen, dass Differenzen nach wie vor zugelassen und sichtbar gemacht werden müssten. Es sei wichtig, bei der Diskussion über ostdeutsche (und auch westdeutsche) Prägungen und Erfahrungen nicht pauschale Bewertungen vorzunehmen seien, sondern differenzierte Betrachtungen zugelassen werden müssten - auch mit Hinblick auf die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten- und Realitäten der Menschen in Deutschland.

Eine Teilnehmerin brachte ein, dass es eine große gesellschaftspolitische Herausforderung sei, den gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland zu begegnen. Diesen tiefergehenden Strukturprobleme seien nicht nur durch „Miteinander Sprechen“ entgegenzuwirken, sondern durch eine veränderte Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, die Ostdeutschland stärker als bisher fördern würde. Resignation und die Hinnahme der wirtschaftlich schlechteren Aufstellung der ostdeutschen Länder schaffen keine optimistischen Szenarien, sondern ließe die Menschen dorthin gehen, wo ihnen eine bessere wirtschaftliche Zukunft versprochen wird. Diese neue Wirtschaftspolitik müsse einen Auf- und Ausbau der ostdeutschen Wirtschaftsstrukturen beinhalten und Möglichkeiten einer besse-

ren Kapitalausstattung von Ostdeutschen schaffen. Es sei zudem notwendig, Sozialpolitik für die junge Generation Ost und West anzumahnen. Die Übernahme von Führung und Gestaltungsmacht seien hierfür äußerst notwendig. Denn die Ostdeutschen könnten nur mit „Kapital und Einfluss“ Gesamtdeutschland mitgestalten.

Für Prof. Dr. Klausmeier zeige die Erfahrung, dass das Thema DDR auf großes Interesse stoße und die Beleuchtung der Vergangenheit aus vielfältigen Perspektiven Seitens der verschiedenen Generationen positiv aufgenommen werde. Er betonte nochmals die Bedeutung von Gedenkstättenarbeit, da Geschichten von Zeitzeugen und Opfern „aufgehoben“ werden müssten. Es müsse dabei aber neben den Gesprächen über die Unterschiede von Demokratie und Diktatur, auch verstärkt über den Alltag in der DDR gesprochen werden.

Hanka Kliese äußerte abschließend zwei Wünsche für die Zukunft. Erstens sollten Westdeutsche „das wohlmeinend auf Ostdeutsche Schauen loslassen.“ Von der ostdeutschen Seite wünsche sie sich dagegen das „Aufheben“ des latenten Rassismus gegenüber Westdeutschen, den sie insbesondere in Sachsen bemerke und ein stärkeres Miteinander zwischen Ost und West.

LAB 3

Neue Wirklichkeit Gleichstellung: Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbetrieb

21.04.2018, 10.15- 11.45 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Dr. Cornelia Kunkat**, Referentin im Projektbüro „Frauen in Kultur & Medien“ des Deutschen Kulturrates
- **Katja Lucker**, Geschäftsführerin der Musicboard Berlin GmbH
- **Josephine Ortleb**, MdB, SPD-Bundestagsfraktion
- **Tanja Schmoller**, WHO'S THAT GIRL – Female Artist Platform, Kultur- und Kreativpiloten 2017
- **Jasmin Tabatabai**, Schauspielerin und Mitglied von Pro Quote Film

Moderation: **Dr. Hanna Klimpe**, Journalistin und wiss. Mitarbeiterin für digitale Kommunikation

Im Kulturbetrieb sind Frauen in führenden Positionen noch immer unterrepräsentiert

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde brachte die Moderatorin **Hanna Klimpe** im LAB 3 „Neue Wirklichkeit Gleichstellung – Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbetrieb“ das zentrale Thema „Sichtbarkeit und Repräsentanz von Frauen im Kulturbereich“ in die Diskussion ein und eröffnete das Podium mit der Frage, wie viele Frauen in Führungspositionen, Ausschüssen und Gremien überhaupt vertreten seien. **Cornelia Kunkat**, Leiterin des Projektbüros „Frauen in Kultur und Medien“ vom Deutschen Kulturrat, die an einer Studie zur Untersuchung der Repräsentanz von Frauen in unterschiedlichen Positionen im Kulturbereichs mitarbeitete,

berichtete hier von veränderungsbedürftigen Ergebnissen. Zwar lasse sich seit 1996 ein geringer Anstieg verzeichnen, dieser könne jedoch längst nicht zufriedenstellend sein. So zeige sich beispielweise, dass 50% der Absolvent_innen und sogar 70% der Promovent_innen an den Universitäten weiblich seien, aber nur etwa 21% später eine Professur innehätten. Ähnliche Ergebnisse würden sich in den Führungspositionen im Kulturbereich widerspiegeln.

Folglich ergebe sich das Bild, dass Frauen bis zu einem gewissen Grad alle Qualifikationen erreichen würden, aber in den oberen Führungspositionen nicht mehr vertreten seien. Frau Kunkat wies an dieser Stelle aber auf die Unterschiedlichkeit der einzelnen Sparten hin. In den Bereichen

Komposition und Oper, beispielsweise, würde die Statistik lediglich eine Frauenrepräsentanz von 0 bis 3% aufweisen. Im Bereich der Orchesterarbeit verhalte es sich aber vergleichsweise besser, da hier Männer und Frauen fast gleichwertig vertreten seien.

Katja Lucker berichtete von der Situation in der Musikbranche. Hier seien auf den nationalen und internationalen Musikfestivals nach wie vor überwiegend männliche Musiker vertreten. Musikerinnen bekämen zudem medial längst nicht so viel Aufmerksamkeit. In ihrer Position als Geschäftsführerin sei es ihr auch des Öfteren widerfahren, dass sich männliche Kollegen wunderten, wieso sie als Frau die Position einer Geschäftsführerin besetze. Auch die Schauspielerin **Jasmin Tabatabai** bestätigte dies aus ihren Erfahrungen aus dem Filmbetrieb. Sie demonstrierte sehr eindrücklich, mit welchen machstrukturellen Problemen Frauen im Film konfrontiert sind. So sei es beispielsweise für Debütantinnen viel schwieriger, Förderungen für ihren ersten Film zu bekommen. Laut einer rezenten Studie gingen 85% der Fördergelder an Männer. Als Mitglied von Pro Quote Regie und Pro Quote Film wisse sie sehr genau, dass diese Ergebnisse nicht auf die Qualität zurückzuführen seien, sondern auf strukturelle Ungleichheit verweisen. Weitere Hürden sehe sie auch in den zu hohen Risikoaversionen und dass bestimmte Führungspositionen immer noch mit stereotypen „männlichen Eigenschaften“, wie „Durchsetzungsfähigkeit“ und „guter Budgetverwaltung“ assoziiert würden.

Die Unterrepräsentanz von Frauen im Kulturbetrieb hat oft strukturelle Gründe

Die Moderatorin griff diesen Punkt auf und setzte die Diskussion mit der Frage nach den Gründen der Unterrepräsentanz von Frauen fort. Frau Kunkat sieht hier einen der Hauptgründe in der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf in vielen Bereichen des Kulturbetriebs. Ein weiterer Grund seien die dominanten Hierarchiestrukturen, wie sie beispielweise in der Theaterszene existierten. Aus Gesprächen mit Frauen aus Theaterhäusern wisse sie, wie viele Frauen diese sehr umstrittene Umgangskultur kritisieren und folglich nicht mehr in so einem Arbeitsumfeld arbeiten möchten und flachere Hierarchien wünschten.

Laut Tabatabai spiele neben den „machoartigen“ Gepflogenheiten einiger männlicher Kollegen auch der Aspekt des Protegierens eine große Rolle. Männer würden von Vernetzungsstrategien profitieren und sich die offenen Positionen zuspieren. Lucker merkte an diesem Punkt an, dass die geringe Frauenförderung einerseits von einem tiefsitzenden strukturellen Problem zeuge. Andererseits gäbe es aber auch ideelle Gründe – beispielsweise, dass Mädchen und junge Frauen keine entsprechenden weiblichen Vorbilder im kulturellen Bereich hätten. Gerade im Kulturbereich, der in den Kindheitsjahren so prägend für Kinder und Jugendliche wäre, würden anachronistische Theaterprogramme, die Gender- und Diversitätsthemen überhaupt nicht berührten, einem selbstbewussten Frauenbild entgegenwirken. Tabatabai bestätigte diese Beobachtung aus der Filmbranche: lediglich 20% der im Film gezeigten Frauen seien berufstätig. Die große Mehrheit der gezeigten Frauen würde sich über die Rolle der Männer definieren.

Sie verdeutlichte in diesem Zusammenhang anhand des deutschen Filmkanons wie unterrepräsentiert Frauen in der Filmbranche seien: in 65 herausragenden Filmen sei keine einzige Regisseurin vertreten. Filme, die von Frauen produziert würden, zeigten hingegen ein anderes Selbstverständnis von Frauen auf und würden somit auch Vorbildcharakter haben.

Frauenquote auch im Kulturbetrieb

Auf die Frage der Moderatorin, was gegen die strukturelle Ungleichheit unternommen werden könne, antwortete die SPD Abgeordnete **Josephine Ortleb**, dass für einen tatsächlichen strukturellen Wandel und eine nachhaltige Verbindlichkeit eine Quotierung sinnvoll wäre. Hier bedürfe es des besonderen Engagements der Politik, die sich nicht nur im Bereich Kulturpolitik, sondern in allen Bereichen für die Gleichstellung einsetzen müsse. Zwar hätte der Koalitionsvertrag die Stärkung der Stellung der Frau an mehreren Stellen betont, dennoch liefen die Mühlen nur sehr langsam. Eine Quote müsse daher mit Gesetzen und Sanktionierungen einhergehen. Der Staat habe die dringende Aufgabe, sich verstärkt für Gleichstellungen einzusetzen und klare Regularien mit festen Sanktionen zu schaffen. Dazu gehöre auch eine öffentliche Debatte, die für eine dauerhafte Sichtbarkeit von Frauen Sorge.

Die Präsenz und Sichtbarkeit von Frauen in der Medienlandschaft muss erhöht werden

Zur Stärkung der Präsenz von Frauen im öffentlichen Diskurs müsse auf alle Medien zurückgegriffen werden, betonte **Tanja Schmoller** in ihrem Beitrag. So versuche

die Plattform WHO'S THAT GIRL die mediale Präsenz von jungen Künstlerinnen mittels Fotos, Filmen und Texten zu erhöhen. Dabei sei es wichtig, insbesondere die neueren Medien miteinzubinden.

Kunkat forderte in diesem Zusammenhang, dass die Datenlage über die Besetzung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Kultur zur Pflicht werden müsste. Frau Lucker plädierte für eine Strategie des „alles-offen-Machens“, die Firmen und Institutionen dazu verpflichte, sichtbar zu machen, wer repräsentiert sei. Förderungen dürften sich jedoch nicht nur an Frauen richten, sondern müssten ebenso an die queere Szene, Transpeople oder/und People of Colour vergeben werden. Ebenfalls sollten Panels, Podien und Konferenzen Diversität verstärkter widerspiegeln, damit Gleichstellungsthemen vorangebracht werden können. Kritisch angemerkt wurde in diesem Zusammenhang auch das ausschließlich von Frauen besetzte Podium dieses LABs.

Der erste Impuls aus dem Publikum bezog sich auf die Rolle des Mannes im emanzipatorischen Prozess der Frau. Der Teilnehmer wisse aus eigener Erfahrung, dass junge Männer bereit wären, über Genderfragen und Gleichstellung nachzudenken und Frauen in diesen Belangen unterstützen zu wollen. Sie sollten also unbedingt konstruktiv mit in die Debatte integriert werden, um strukturelle Veränderungen gemeinsam zu schaffen. Im Ermächtigungsprozess von Frauen sollte es also nicht darum gehen, einen Kampf gegen Männer zu führen.

Instrumente zur Gleichstellung

Tabatabai und Lucker reagierten darauf unmittelbar und betonten, dass es „keine Revolution ohne Kampf“ gäbe. Dieser Kampf solle jedoch nicht gegen die Männer geführt werden, sondern vielmehr gegen die tradierten und festsitzenden Strukturen. Das Problem lasse sich rein faktisch ablesen: die meisten Führungspositionen und Arbeitskreise seien nach wie vor von Männern besetzt. Diese müssten geschlechtergerecht besetzt werden. Die Quote als Instrument helfe dabei, sei aber nicht das einzige Mittel, um Fortschritte zu erzielen. Männerdominante Strukturen müssten aufgedeckt und geschlechterfeindliche Inhalte und Komplizenschaften angegangen werden. Maßnahmen, wie Gender-sensibilisierungsseminare, sollten angeboten und Strukturen geschaffen werden, die es Frauen ermöglichen, sich stärker zu vernetzen. Gleichstellungsarbeit sollte in allen politischen und kulturellen Bereichen ressourcenübergreifend und gesamtstrategisch mitgedacht werden. Das sei auch die Aufgabe, derer sie sich als Frau in der Politik besonders widmen müsse, machte Ortleb deutlich. Als Ausblick betonte Schmoller, dass sich durchaus bereits auch Fortschritte

beim Thema Gleichstellung von Männern und Frauen im Kulturbetrieb abzeichnen würden. So arbeite WHO'S THAT GIRL mit dem Festival Nation zusammen, die einen „dritten Floor“ für Newcomer_innen ins Leben gerufen haben, in dem zur Hälfte Frauen auflegen. Ferner merkte sie an, dass eine nicht-paritätische Verteilung auf Festivals zum Teil auch gar nicht aus böser Absicht, sondern alten Gewohnheiten herühre und Festivalveranstalter_innen auf Hinweise oft sehr positiv reagierten. Tabatabai und Lucker berichteten ebenfalls von spürbaren Veränderungen, die durch den Einsatz ihrer Initiativen bzw. Vereine hervorgerufen wurden.

Eine Teilnehmerin aus dem Publikum betonte zudem, wie inspirierend Formate und Angebote seien, die Frauen miteinander vernetzten und wie positiv sich diese auf ihre Arbeit auswirke. Je normaler es sei, sich als Frauen zu organisieren und zu unterstützen, desto größer der Zusammenhalt und die Präsenz in allen möglichen Bereichen der Arbeitswelt.

LAB 4

Neue Wirklichkeit Kulturelle ArbeitsWelt(en): Zwischen Avantgarde und Prekariat

21.04.2018, 10.15- 11.45 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Katharina Beitz**, Assoziierte Forscherin am Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft
- **Tanja Dückers**, Journalistin und Schriftstellerin
- **Andreas Lübbers**, Dramaturg, Mitglied art but fair e.V.
- **Theresa Pommerenke**, Verein Libken e.V. Brandenburg
- **Burkhard Blienert**, Politikwissenschaftler und ehem. MdB

Moderation: **Stephan Behrmann**, Dramaturg, Theaterwissenschaftler und Autor

Kunstschaffende zwischen Avantgarde und Prekariat

Der Moderator **Stephan Behrmann** leitete das LAB mit einem kurzen Impuls ein. Er betonte dabei zunächst die Relevanz von Künstler_innen und reflektierte ihre Rolle in der Gesellschaft sowie ihr Potential, auf gesellschaftlichen Wandel zu reagieren. Darüber hinaus ging er auf die Effekte der Digitalisierung ein und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für Kunstschaffende. Diese zeigten sich insbesondere in neuen Formen der Arbeitswelten und der Organisation innerhalb der Kunstszene. Besonders die freie Szene falle dabei durch innovative Wege auf, ihre Arbeitswelt zu gestalten. Trotzdem stünden die Arbeits- und Lebensbedingungen von Kunstschaffenden oft konträr zu ihrer gesellschaftlichen Bedeutung.

Das versteckte Prekariat

Die Gesprächsrunde wurde durch einen Beitrag von **Tanja Dückers** eröffnet. Sie ging auf die Arbeitsverhältnisse von Kunstschaffenden in Zeiten der Digitalisierung ein. Diese habe zwar durch neue Kommunikationswege den Handlungsspielraum von Kreativen erweitert, hinsichtlich der Erwartung aber, sie würde das unabhängiger Arbeiten von selbständigen Kunstschaffenden und eine bessere Entlohnung ermöglichen, Ernüchterung zeigen. Die durch Digitalisierung entstandene Arbeitswelt sei von einem stetigen Wechsel von Selbständigkeit und Angestelltenverhältnis geprägt, der Kunstschaffende häufig in finanziell prekäre Situationen bringe. Erschwerend komme hinzu, dass aufgrund der hohen Präsenz und Relevanz der Künstler_innen in der Öffentlichkeit

eine verzerrte Wahrnehmung ihrer Einkommenssituation entstehe. Die unsteten Arbeitsverhältnisse und das fehlende öffentliche Bewusstsein über die schlechte Entlohnung von Kuschtschaffenden führe dazu, dass ein Großteil der kulturellen Avantgarde unbemerkt im Prekariat lebe, so Dücker.

Kreativwirtschaft und Digitalisierung

In ihrem Beitrag ging **Katharina Beitz** vor allem auf die Kreativwirtschaft ein und betonte deren besonderes Potential in Zeiten von Automatisierungen und künstlicher Intelligenz.

So seien Kreative in der Lage, komplexe und komplizierte Sachverhalte zu erfassen und für die Öffentlichkeit verständlich aufzubereiten. Diese Kompetenz mache sie zu interessanten und unentbehrlichen Partnern in Unternehmen sowie in der Forschung. Denn es seien gerade die kreativen Tätigkeiten, die nicht durch Maschinen oder Automatisierungen ersetzt werden könnten, was die Bedeutung von Kuschtschaffenden in der Gesellschaft nochmals erhöhe. Aus diesem Grunde sei es elementar wichtig, die Kreativwirtschaft mehr zu fördern und in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung als zukunftssträchtigen Wirtschaftszweig zu rücken, hob Beitz hervor. Für die Umsetzung dieses Vorhabens seien Kuschtschaffende und Politik gleichermaßen gefragt.

Kulturförderung auf dem Land in Eigeninitiative: Libken e.V.

Nach der Diskussion über die Perspektiven der Kreativwirtschaft im digitalen Zeitalter widmete sich die Diskussionsrunde dem Entstehen neuer Arbeits- und Produktions-

räume von Kuschtschaffenden. **Theresa Pommerenke** berichtete in diesem Zusammenhang von der Initiative Libken e.V. und der Notwendigkeit, aber auch den Schwierigkeiten, Kulturangebote auf dem Land zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten. Libken e.V. ist ein Denk-, Produktions- und Lebensort für Künstler_innen in der Uckermark. Der Verein schafft durch seine Kultur- und Bildungsarbeit ein vielfältiges Kulturprogramm, das sich sensibel mit dem regionalen Umfeld beschäftigt und lokalen Initiativen und Vereinen Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Mit dem Zuwachs, insbesondere auch junger Menschen, und der Schaffung einer kulturellen Infrastruktur rege Libken e.V. so das ländlich geprägte Umfeld in Brandenburg an, das sonst durch Abwanderung und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet ist.

Obwohl der Verein mit seiner Tätigkeit wichtige soziale und kulturelle Funktionen in der Region erfülle und zu einem bedeutenden Teil des sozialen Gefüges der Dorfgemeinschaft geworden sei, gäbe es keine staatliche Unterstützung oder Förderung, merkte Pommerenke kritisch an. Die Rahmenbedingungen seien katastrophal und kämen Selbstausbeute und prekären Lebensweisen gleich. Die Einnahmequellen des Vereins beständen ausschließlich aus Spenden von privaten Initiativen, einzelnen Stipendien von Künstler_innen oder privat verdientem Geld aus Nebentätigkeiten. Das Bestehen des Vereins hänge somit trotz der positiven Auswirkungen für die Gemeinschaft vom Engagement jedes Einzelnen ab. An diesem Beispiel zeige sich, dass ungeachtet des Nutzens der Kultur für die Gesellschaft, Kuschtschaffende oft in Eigeninitiative oder mit minimaler Förderung auskommen müssten.

Die Wahrnehmung der Funktion von Kunst und Kultur in der Gesellschaft

Die unzureichende Unterstützung von Seiten der Politik leitete zum nächsten Gesprächspartner über, **Burkhard Blienert**, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und Berichterstatter zum Thema „Soziale Lage von Kulturschaffenden“ der AG Medien und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode.

Blienert verwies zunächst auf die enorme Bandbreite der Kreativszene, besonders der freien Kunstszene, die eine generelle Förderung erschwere. So müsse immer im Einzelfall geprüft werden, ob ein Projekt dem Allgemeinwohl diene oder nicht. Er betonte aber, dass man „weg müsse“ von einer Politik der Einzelfallprüfung und hin zu mehr konzeptbasierten Ansätzen, die langfristig eine kulturelle Infrastruktur schaffen würde. Des Weiteren müssten auch die sozialen Sicherungssysteme für Kreativschaffende ausgeweitet und der Zugang zu diesen vereinfacht werden. Diesen Wandel könne die Politik aber nicht alleine vorantreiben. Es brauche einen Wechsel des öffentlichen Diskurses über die Funktion und den Nutzen von Kreativität, Kunst und Kultur. In der Öffentlichkeit werde das Schaffen von Kunst immer noch zu stark als „eigen zu verantwortendes Risiko“ angesehen. Zu verankert sei die Vorstellung des „armen Poeten“, welches die schlechten Lebensbedingungen der Kreativschaffenden als gegeben erscheinen lasse.

Handlungsspielräume mit Interessenvertretungen vergrößern: Art but fair

Andreas Lübbers, Dramaturg und Mitglied in „art but fair“, einer Interessenvertretung von Kreativschaffenden, die sich für faire Arbeitsbedingungen und angemessene Gagen in den darstellenden Künsten und der Musik einsetzt, konstatierte, dass sich die Politik ihrer Verantwortung in der Kulturförderung nicht entledigen könne. Die Politik müsse sich ihrer Rolle als Auftrags- und Impulsgeber in Kultur und Kulturförderung bewusst machen. Er verwies aber auch darauf, dass die öffentliche Debatte über den Nutzen von Kunst in der Gesellschaft zum Teil schwer greifbar sei.

So stimmte er Blienert zu, der dafür plädierte, dass es einen gesellschaftlichen Bewusstmachungsprozess brauche, um die Arbeitsverhältnisse in Kulturberufen zu verbessern. Interessenvertretungen, wie „art but fair“, würden versuchen diese Prozesse einzuleiten und zu begleiten, so Lübbers. Vor allem durch ihren Appellcharakter seien sie in der Lage, Handlungsspielräume in Debatten zu erweitern und Bewusstsein durch ihre Aktionen zu schaffen. Ein wichtiges Werkzeug der Interessenvertretungen, um öffentliche Debatten anzuregen, seien die sozialen Medien. Sie brächten einerseits einem breiten Publikum die prekären Arbeitsverhältnisse von Künstler_innen näher und dienten andererseits der besseren Vernetzung der Interessenvertretungen untereinander.

Auch Lübbers bezog sich in seinem Beitrag auf das Bild des armen Poeten. Er problematisierte, dass diese Wahrnehmung von Künstler_innen nicht nur eine Zuschreibung von außen sei, sondern häufig auch dem Selbstverständnis vieler Künstler_innen entspreche. Dies führe dazu, dass

sich diese oft viel zu wenig für die Verbesserung ihrer eigenen Arbeitsverhältnisse einsetzen würden.

Diskussion mit dem Publikum

Eine zentrale Frage aus dem Publikum bezog sich auf die Möglichkeiten der Politik, die Bezahlung von Kulturschaffenden zu verbessern. In diesem Zusammenhang brachte Tanja Dückers die Forderung ein, dass der Staat - als bedeutender Auftraggeber - Honorare und Stipendien von Kunstschaffenden finanziell aufstocken solle. Dies würde nicht nur den Künstler_innen direkt helfen, sondern auch eine Signalwirkung in der Öffentlichkeit haben. Des Weiteren müsse die Förderung von Künstler_innen in den verschiedenen Bundesländern vereinheitlicht werden. Pomeranke schloss sich dem an und fügte hinzu, dass man wegkommen müsse von einer projektbezogenen, kurzfristigen Förderung. Stattdessen sollten Künstler_innenbiographien sowie die Schaffung und Stärkung langfristiger Strukturen in den Vordergrund gerückt werden.

Ein weiterer Beitrag aus dem Publikum verwies auf die Notwendigkeit, die föderale Struktur der Kulturförderung zu reformieren. Blienert erläuterte, dass sich solche Reformen nur äußerst schwierig gestalten ließen und oft in politischen Grabenkämpfen auf der Strecke blieben. So gäbe es zwar groß angelegte Bundesprogramme, die länderübergreifend Kulturprojekte förderten, eine nachhaltige Reform einer fö-

deralen Kulturförderung stünde aber noch aus.

Ein erster Schritt in Richtung tiefgreifender Reform wäre die Gründung einer Enquete-Kommission, die zunächst eine umfangreiche Erhebung zur Situation der Kulturlandschaft in Deutschland vornehmen müsse, so Blienerts Plädoyer. Die Befunde und Schlussfolgerungen der Kommission könnten dann die Basis einer Gesetzesreform bilden.

Ausblick

Alle Gesprächspartner_innen waren sich einig darüber, dass das größte Hindernis zur Beseitigung prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen von Kunstschaffenden in der öffentlichen Wahrnehmung läge. Letztere spiegelte weder die problematischen Arbeitsverhältnisse, noch den Beitrag wider, den Kunstschaffende in der Gesellschaft leisteten. Gleichzeitig seien aber auch die Künstler_innen selbst aufgefordert, sich stärker für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen, wenn sie eine Verbesserung ihrer Umstände erreichen wollen.

Darüber hinaus müsse die staatliche Förderung nicht nur gesteigert, sondern auch allgemein reformiert werden. Weg von kurzfristiger Projektförderung hin zu langfristigen Strukturen. Besonders auf dem Land, wo Kulturangebote weniger vorhanden seien, müsse eine Infrastruktur geschaffen werden, in der sich Kunst entfalten könne.

ABSCHLUSSDISKUSSION

Kulturpolitik als Welt(en)Wandler? Was wir dafür brauchen...

21.04.2018, 12.30 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Dr. Carsten Brosda**, Senator für Kultur und Medien, Hamburg
- **Lena Krause**, Sprecherin Allianz der Freien Künste (AFK)
- **Raisan Hameed**, Fotograf, Irak, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung
- **Bartosz Wielinski**, Journalist, Gazeta Wyborcza, Polen

Moderation: **Tanja Samrotzki**, Journalistin und Moderatorin

Abschlussdiskussion: Kulturpolitik als Welt(en)Wandler? Was wir dafür brauchen...

Nach einer kurzen Vorstellung der Podiumsteilnehmenden durch die Moderatorin wurden die Themen der vorangegangenen LABS aufgegriffen und vertieft.

Neue Wirklichkeit Europa

Zunächst wurde das Thema Europa und die Frage, wie Kultur aktuellen Fliehkräften innerhalb der EU entgegenwirken kann, diskutiert. **Bartosz Wielinski** betonte hier die dringende Notwendigkeit zum gemeinsamen europäischen Handeln, das über Wirtschaftsfragen hinausreichen müsse. Angesichts verschiedener Bedrohungen durch rechtsgerichtete Parteien in Europa forderte er größeres Engagement. Europäische Bürger_innen und Künstler_innen müssten diesen besorgniserregenden Tendenzen etwas entgegensetzen und sich

noch stärker für europäische Ideen und Werte einsetzen.

Raisan Hameed betonte in seinem Beitrag, dass interkultureller Austausch ein sehr wichtiger Beitrag zur Stärkung demokratischer Werte sei. Kultur würde hier als Brücke zwischen verschiedenen Welten, Kulturen und Sprachen fungieren. Er zeigte sich in dieser Hinsicht optimistisch: So bestünde in Europa seiner Beobachtung nach großes Interesse an arabischen Kunst- und Kulturformen und es gäbe bereits zahlreiche Austauschprojekte, die es zu verstetigen gelte.

Angesprochen auf das Verhältnis von Freiheit und Kunst, hob **Lena Krause** zunächst die Unterscheidung der Vertretung institutioneller und freier Künste hervor. Künstlerisches politisches Engagement sei in Europa wichtig; zu einer „Verzweckung“ der Künste dürfe es jedoch nicht kommen. Schließlich könne Kunst nicht die „Flüchtlingskrise“ oder Bildungsprobleme lösen. Aktuelle Förderprogramme auf EU-Ebene gingen häufig an den Bedürfnissen der

freien Kunst- und Kulturschaffenden vorbei und seien durch eine extrem aufwendige Bürokratie in Antragstellung, Mittelverwendung und Nachweis der Verwendung überfrachtet. Deshalb wäre sowohl eine Evaluierung solcher Programme nötig als auch eine vertiefte Diskussion mit den verschiedenen Interessensvertretungen über mögliche Alternativen, so das Plädoyer von Frau Krause. **Dr. Carsten Brosda** ergänzte hierzu, dass oftmals selbst staatliche Stellen mit den bürokratischen Anforderungen von Kulturförderprogrammen überfordert seien. Er plädierte für kluges dialektisches Denken, das einer „Verzweckung“ zuvorkommen könne, wenn man Kunst um ihrer selbst willen fördere, ohne zu komplizierte Programme aufzulegen. Genau dann könne Kunst auch gesellschaftlich produktiv sein, gerade weil man es nicht von ihr verlange.

Aufarbeitung von Geschichte und Erinnerungspolitik

Das Thema Erinnerungspolitik stellte einen weiteren zentralen Punkt der Diskussion dar. Für Brosda besteht hierin eine „riesige Aufgabe für die Politik“. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte sei ebenso komplex wie die deutscher Kolonialgeschichte. Bezüglich der Aufarbeitung kolonialer Geschichte stelle beispielsweise das Humboldt-Forum ein nationales Referenzprojekt für die Art und Weise dar, wie ein konkreter Umgang mit musealen Objekten in der Praxis angegangen werde.

Angesichts der in Polen zu beobachtenden Entwicklungen starker politischer Eingriffe in Erinnerungspolitik und Museenarbeit (wie etwa durch das neu eingeführte Holocaustgesetz), bat **Tanja Samrotzki** den

Journalisten Bartosz Wielinski um seine Einschätzung der Situation. Seiner Meinung nach würde die Geschichtspolitik durch die Regierung „kaputt gemacht“. Die Regierung instrumentalisieren Geschichte und stelle Polen als „ewiges Opfer“ dar, um innen- und außenpolitische Interessen zu bedienen. Deutschland würde so in der neueren polnischen Geschichtsschreibung als „historischer Verbrecher“ dargestellt. Polen dagegen als „Opfer“, dem die anderen Staaten wie Frankreich, Großbritannien und die USA nicht geholfen hätten.

Hier handele es sich um „instrumentelle Kommunikation“, die sich seiner Meinung nach in einem „zweifachen Opfertum“ äußere: Zum einen in der noch immer offenen Wunde im Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit nach der Wende und zum anderen, wie in Polen die Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg stattfindet. So würde beispielsweise die Frage gestellt, ob der Aufstand im Warschauer Ghetto von 1944 „sinnvoll war“, da ja auch Russland später unterstützend involviert gewesen sei.

Die aktuelle Regierung übe eine Politik der Gleichschaltung aus, ähnlich wie in den 1930er Jahren des NS-Deutschlands. Polen sei seiner Einschätzung nach nicht mehr souverän und unabhängig. Die Erinnerungspolitik würde auf eine Linie mit der Partei gebracht werden, die den „ewigen Opfermythos Polens“ in allen Politik- und Gesellschaftsbereichen pflege. Konkret treffe das auf das Danziger Museum des Zweiten Weltkriegs zu. Dieses Museum hatte nicht nur für Polen, sondern allgemein relevante historische Inhalte im Rahmen einer international anerkannten Ausstellung präsentiert. Die aktuelle Regierung bestünde nun aber darauf, dass das „polnische Leiden und Opfertum“ hervor-

gehoben werden müsse. Ein Gutachter der Regierung sei beispielsweise zu dem Schluss gekommen, dass „Krieg und Leiden die Menschen besser machen könne und etwas Positives“ habe, führte Wielinski aus.

Herr Brosda hielt ein Plädoyer dafür, die Instrumentalisierung der Erinnerungskultur vor einem derartigen Zugriff durch Regierungshandeln zu schützen. Angesichts von Rechtspopulismus und Anfeindung des demokratischen Systems sei die Arbeit an Narrativen und neuen Erzählweisen essentiell. So müssten viele Errungenschaften der Demokratie erneut ausgesprochen und als solche markiert werden. Zum Beispiel sei es wichtig, hervorzuheben, dass „wir uns momentan in einer der freiheitlichsten, offensten, vielfältigsten und demokratischsten Gesellschaften“ befinden, die es in Deutschland je gegeben hätte. Andere Themen, über die es öffentlich zu reflektieren gelte, seien das hundertjährige Bestehen des Frauenwahlrechts oder die nachholende Demokratisierung durch die 1968er, so Brosda. Es sei wichtig, eine Haltung zu diesen Themen zu entwickeln und selbstbewusst zu vertreten. Dazu zähle auch etwa die Pressefreiheit, ohne die eine Demokratie nicht denkbar sei. Was vor 10 bis 15 Jahren noch klarer Konsens gewesen sei, müsse aktuell neu erzählt werden, so Herr Brosda. Es bestehe eine erinnerungspolitische Verantwortung, Möglichkeitsräume für freiheitlichen Ausdruck zu schaffen. Bei diesem Prozess seien sowohl Künstler_innen als auch politische und zivilgesellschaftliche Akteur_innen unverzichtbar.

Gleichstellung

Lena Krause griff in der weiteren Diskussion das Thema Gleichstellung auf. Beim Thema „Sichtbarkeit von Frauen im Kulturbereich“ handele es sich nicht nur um ein *Gefühl* der Ungleichheit; die belegbaren Daten der Studie des Kulturrats zeigten sehr eindeutig die *reale* Problematik auf. So wiesen die Zahlen auf einen dringenden Handlungsbedarf hin. Eine Quote in Aufsichtsgremien und Jurys wäre ihrer Meinung nach „definitiv“ nötig. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung sei hierbei jedoch lediglich die Rede von „ausgewogener Besetzung“.

In diesem Zusammenhang berichtete Brosda, dass in Hamburg ein Gremienbesetzungsgesetz gelte, demzufolge Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen – und damit auch vieler Kultureinrichtungen – ausgewogen besetzt werden müssen. Grundsätzlich sei in dieser Diskussion zu beachten, dass dem Anspruch auf Gleichberechtigung immer auch der Anspruch auf Kunstfreiheit gegenüber stünde und daher abgewogen werden müsse. Deshalb seien gemeinsamen Absprachen und ein konzentriertes Vorgehen aller Beteiligten notwendig.

Als Negativbeispiel nannte er die Intervention einer schwedischen Universität, die grundsätzlich quotierte Autor_innenlisten vorschreibe und dies auch im Falle eines Kurses durchsetzen wollte, der den Aufstieg des Rechtsextremismus und Faschismus um die Wende des zwanzigsten Jahrhunderts behandeln sollte. Im betreffenden Fall sei gegen den Willen des zuständigen Professors u.a. ein Text der Philosophin und Genderwissenschaftlerin Judith Butler auf die Liste gesetzt worden, die, als sie davon erfuhr, das Vorgehen der Universität

vehement kritisierte und die Freiheit der Lehre verteidigte.

Als positives Beispiel aus der Politik hob Brosda den kanadischen Premierminister Justin Trudeau hervor, der in seinem Kabinett auf eine möglichst hohe Repräsentation von Vielfalt und Gleichstellung setze. Auf die Frage, warum er dies täte, habe dieser umstandslos mit „because it’s 2016“ geantwortet. Es gelte also, solche Schritte in Richtung Gleichstellung „einfach zu machen“ und ihnen den Nimbus des Besonderen zu nehmen.

Raisan Hameed ging in der Diskussion zu Gleichstellung auf die gesellschaftlichen Probleme der Hierarchie zwischen Männer und Frauen im Irak ein, wo Männer „oben“ und Frauen „unten“ verortet seien. In den unteren Gesellschaftshierarchien würden die Bereiche Kultur und Kunst als „haram“, als verboten gelten. Frauen bekämen insofern kaum Zugang zu den Künsten gewährt und hätten in der Folge selten Gelegenheit, ein wertschätzendes Verhältnis zu den freien Künsten als mögliches Berufsfeld aufzubauen bzw. in diesen Bereichen Fuß zu fassen. Im Kontext von Integrationspolitik in Deutschland dürfe man diesen Aspekt nicht aus den Augen verlieren.

Sozialversicherung und Renten für Künstler_innen

Krause betonte im weiteren Verlauf der Diskussion zu sozialen Sicherungssystemen von Kulturschaffenden, dass „freie Kunst keine Zwischenlösung sei und nicht alle frei Kunstschaffenden ins institutionelle Orchester wollen“ würden. Bei freier

Kunst handele es sich vielmehr um eine „frei gewählte Arbeitsform und Arbeitsrealität“. Hybride Erwerbsformen und Arbeitsrealitäten aus kurzfristigen, zeitlich begrenzten Anstellungen und selbstständiger Arbeit seien längst „eine Realität, auf die das Sozialsystem nicht eingestellt ist“. Insofern müsse Kulturpolitik auf Bundesebene als Sozialpolitik wahrgenommen bzw. definiert werden und dürfe nicht auf die Landesebenen abgeschoben werden, so ihre Forderung.

Bezüglich der aufgeworfenen Frage der Honorare für Künstler_innen durch die Bundesregierung betonte der Kultursenator, dass es verschiedene „Komplexe sozialstaatlicher Rahmungen“ gebe. Ein Austausch mit Verbänden über Förderbedingungen fände seiner Meinung nach statt. Dringend verbessert werden müsse die Absicherung für freie Tätige, die nicht in einem klassischen „Normalerwerbsverhältnis“ stünden. Kurzfristige Verträge und Honorare seien im Augenblick noch nicht in jedem Fall umstandslos mit der Arbeitslosenversicherung kompatibel, da innerhalb der gesetzlichen Rahmenfristen die notwendigen Beschäftigungsdauern nicht erreicht würden, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld begründen zu können. Hier werde die Situation derzeit durch Ausnahmeregelungen ein wenig verbessert. Die Union sperre sich aber noch gegen eine grundsätzliche Regelung zur Verbesserung der Situation sogenannter unstet Beschäftigter. Mit Blick auf die Altersversorgung sei weiterhin die Integration in die Rentenversicherung das Ziel. Die KSK solle als ein gut funktionierendes Scharnier sozialer Absicherung erhalten bleiben und ausgebaut werden, so sein abschließendes Plädoyer.

AUSBLICK

„Kulturpolitische Aufgaben: Wege in die Zukunft“

von Dr. Carsten Brosda, Senator für Kultur und Medien, Hamburg

-- Es gilt das gesprochene Wort --

Im Vorfeld zu dieser Tagung habe ich mir vorgenommen, keine Rede zu schreiben, sondern auf die Debatten und Gespräche zu reagieren. Ich möchte versuchen, mit Ihnen ein paar Bruchstücke jener Gedanken zu teilen, die uns miteinander in den letzten zwei Tagen bewegt haben.

Das Thema der Tagung – „Kulturpolitik im Welt(en)Wandel und die Rolle von Kunst und Kultur“ – gehört eigentlich viel zentraler ins Bewusstsein auch des politischen Prozesses, als das momentan und in den letzten Jahren und Jahrzehnten der Fall ist. Das hat vielleicht auch damit etwas zu tun, dass wir in den Modus des Selbstverständlichen geraten sind und viele Dinge einfach für gegeben halten und jetzt wieder feststellen, dass das nicht unbedingt so ist.

Wir befinden uns deshalb in einer Zeit, die nach grundsätzlicheren Diskussionen verlangt. Ich habe ehrlicherweise, anders als der Kollege aus dem Bundestag, der sich vorhin zu Wort gemeldet hat, auch gar keine Sorge, wenn das einmal kurzzeitig in der Analyse und in der Aufarbeitung grundsätzlich kritisch, theoretisch und auch ein bisschen abstrakter wird. Auf Basis

einer solchen Analyse können diese Prozesse dann wieder praktisch-politisch operationalisiert werden. Aber ich würde nicht mit der Komplexitätsreduktion schon bei der Analyse des Problems anfangen, sondern erst bei der Entwicklung der Antwort darauf. Dies sei an den Anfang gestellt.

Jeder von uns besitzt sicherlich eine ganze Reihe von Büchern, die man mit sich herumschleppt, in die man aber seit Jahrzehnten nicht mehr hinein gesehen hat. Ich habe mich im Rahmen meiner Doktorarbeit umfassend mit der Theorie von Jürgen Habermas beschäftigt, weil ich versucht habe, daraus eine Journalismustheorie zu entwickeln. Es ist zumindest ein Buch herausgekommen, das von alleine steht; ob die Theorie etwas taugt, müssen andere entscheiden. Ich habe damals jedenfalls den gesamten Textkorpus von Habermas gelesen; unter anderem ein Buch, das mir vor eineinhalb Jahren wieder einmal in die Hand gefallen ist, mit dem schönen Titel „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ von 1978. Darin beschreibt Habermas unter anderem – und dies finde ich hochgradig instruktiv – gesellschaftliche Krisenverläufe.

Er beschreibt eine Krisenspirale in modernen Gesellschaften, die einem beim Wiederlesen erstaunlich aktuell vorkommt – auch wenn dieses Buch vor 40 Jahren geschrieben wurde. Er beschreibt, durchaus in Kongruenz zu Claus Offe und anderen, die ähnlich in der Sozialforschung dazu gearbeitet haben, wie aus ökonomischen Verteilungskrisen politische Legitimationskrisen, dann gesellschaftliche Zusammenhalts- und Integrationskrisen und am Ende kulturelle Sinnkrisen werden können – und zwar in einer sich verschärfenden Krisenspirale.

Wenn wir uns anschauen, welche Fragen wir in unserer Gesellschaft heute diskutieren, dann können wir feststellen, dass es den einen oder anderen Moment gibt, an dem wir auf dieser vierten Ebene der Spirale angekommen sind. Das muss uns alle miteinander aufrütteln: sowohl diejenigen Künstlerinnen und Künstler, die sich sowieso mit kulturellen Sinnfragen beschäftigen, weil damit genuin die Fragen angesprochen werden, mit denen sie sich auseinandersetzen; als auch politische Akteure, die sich nicht auf den Satz zurückziehen können: „Das liegt jenseits dessen, was ich bearbeiten kann; ich bin nur bei der Frage der legitimen Machtanwendung dabei und alles, was dahinterkommt, müssen andere lösen“. Das reicht nicht.

Insofern habe ich ein bisschen gestutzt beim Untertitel der heutigen Tagung, weil ‚Zusammenhalt und Teilhabe‘ für mich eigentlich Aspekte sind, die auf die dritte Krisenebene gehören. Dazu gehören Fragen danach, wie integrativ unsere Gesellschaft ist: Haben Bürgerinnen und Bürger eigentlich die Möglichkeit zur Teilhabe? Dazu gehören auch Fragen danach, wie wir gesellschaftlichen Zusammenhalt und kon-

gruentes gesellschaftliches Zusammenleben gewährleisten können.

Kulturelle Fragen sind eher Zusammenhangs-Fragen und nicht Zusammenhalts-Fragen.

Die beiden Aspekte bedingen einander natürlich. Aber die Frage „Was organisiert eigentlich den Zusammenhang, was sorgt für Kohärenz in dem, was wir miteinander haben?“ lenkt den Blick auf die Themen, mit denen wir uns intensiver auseinandersetzen müssen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das Wichtige dabei ist, dass uns angesichts der Feststellung, dass Kultur auf diese Art und Weise im politischen Debatten wieder neu virulent wird, nicht der Fehler unterlaufen darf, Kultur deswegen funktional mit Erwartungen zu befüllen.

Es gibt ein aktuelles Buch des marxistischen Literaturtheoretikers Terry Eagleton mit dem schönen klassischen Titel „Kultur“, in dem er einmal quer durch die aktuellen Themen pflügt und sagt: Passt auf! Viele von den Fragen, die ihr gerade der Kultur rüberschiebt, sind Fragen, die ihr sozialpolitisch, verteilungspolitisch oder bildungspolitisch lösen müsst. Das kann Kultur für euch nicht leisten! Wenn ihr Kultur zum Beispiel damit belastet, für die Integration einer kulturell vielfältigen Gesellschaft zu sorgen, und zwar im Sinne des Aufschließens von Teilhabemöglichkeiten für die Neuhinzugekommenen, dann überfordert ihr die Künstlerinnen und Künstler und diejenigen, die kulturelle Zusammenhänge professionell produzieren. Eagleton fordert uns stattdessen auf, dafür zu sorgen, dass Kunst und Kultur ausreichend Freiräume haben, um vielleicht am Ende genau diese zweckfreien Zwecke dialektisch dann doch erfüllen zu

können. Dies ist in einem von demokratischen Legitimationsfragen durchtränkten System manchmal etwas schwer auszuhalten! Vor allen Dingen gegenüber Parlamenten, die verlangen, dass sie mittels Kennzahlen darüber informiert werden, wie das Geld ausgegeben wurde und was genau damit passiert ist.

Aber das muss man miteinander aushalten, weil man häufig den Zweck von Kunst vorher gar nicht definieren kann – außer indem man sagt: Da wird schon etwas Gutes dabei herumkommen.

Vor diesem Hintergrund haben wir derzeit – darauf weist der Titel „Welt(en)Wandel“ natürlich hin – ziemlich dramatische Veränderungsprozesse, die als Chiffren immer durch die Debatten schwirren und die alles in unserer Gesellschaft berühren und damit natürlich auch die Frage der Rolle von Kulturpolitik. Sie sind auch bei dieser Tagung zur Sprache gekommen: Wir haben über Migration ebenso gesprochen wie über demografischen Wandel, von globaler Vernetzung, über Digitalisierungstendenzen oder die Entmaterialisierung von Kulturproduktion. Alles Themen, die wir noch nicht genau durchdrungen haben, die sich aber alle vor der Folie einer immer stärkeren und immer tiefergehenden transkulturellen Vernetzung in unserer Welt vollziehen.

Auch das ist etwas, das wir noch einmal klar markieren müssen. Diejenigen, die heute populistisch in die Debatten einsteigen, hängen oft einem Kulturverständnis an, das in einer spezifischen Dimension tatsächlich zutiefst deutsch ist. Es geht zurück auf die Herder'sche Idee des Nationalstaats und seiner nationalen Kultur. Herder hat damals geschrieben, dass der Staat und seine Kultur in sich selbst ruhend

wie eine Kugel funktionieren würden. Die Kugel erzeugt, wenn sie bei sich selbst ist, Ruhe und Harmonie und sorgt dafür, dass Bürgerinnen und Bürger mit sich selbst im Reinen sein können. Das führt dann bei der Begegnung zweier Kulturen dazu, dass es ähnlich wie in einem Billardspiel zugeht: Sie stoßen aneinander und stoßen sich wieder ab. Und wenn jede wieder für sich liegt, dann ist alles wieder gut. Dieses Bild ist analytisch so weit weg von dem, was wir tatsächlich in unseren Gesellschaften erleben, wie es nur sein kann. Das müssen wir markieren und verdeutlichen: Die Vielfalt innerhalb unserer Gesellschaften, das Aushalten von Differenz und die Potenzialität – wie Adorno einmal gesagt hat –, ohne Angst verschieden sein zu können, das ist es eigentlich, worum es in unseren Gesellschaften heute gehen muss und was wir verteidigen müssen. Und das wir auch dadurch verteidigen können, dass wir Vielfalt gewährleisten.

Diese Erkenntnis stellt einen sehr wichtigen Aspekt in der kulturpolitischen Arbeit dar: Wir können nicht – und das zieht sich durch die Statements beinahe aller kulturpolitischen Akteure der verschiedenen Panels und Labs dieser eineinhalb Tage – selber formulieren, was wir erwarten. Wir können nicht sagen: Das soll das Ergebnis sein. Oder: Wir wollen, dass ihr euch mit diesen Fragen beschäftigt. Schon das ist zu viel.

Aber wir können und wir müssen mit Kulturpolitik die Räume und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass andere Fragen gestellt und andere Produktionen gewährleistet werden können, die kulturelle und gesellschaftliche Verständigungsprozesse initiieren können.

Dazu müssen wir – um ein Beispiel zu nehmen – herauskommen aus diesem, mittlerweile fast reflexhaft artikulierten Gegensatz zwischen den klassischen Kulturinstitutionen einerseits und den freien Produktionen andererseits. Wir brauchen beides. Natürlich erleben wir seit längerem eine gravierende Ungleichverteilung der finanziellen Mittel und müssen stärker darauf schauen, dass die freie Szene größere Unterstützung erhält. Das ist eine Aufgabe der nächsten Jahre. Gleichzeitig kann es aber nicht bedeuten, dass wir zulassen, dass die Institutionen, die über hundertfünfzig Jahre aufgebaut wurden, jetzt langsam vor sich hindämmern. Wir brauchen beides und müssen auch beides hinbekommen. Unser Ziel muss sein, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen und auch jedes in seinem Recht anzuerkennen. Zudem ist eine Vernetzung ganz spannend, weil sowohl die Theater als Institutionen als auch die freien Projekte das Potenzial haben, Räume und Kristallisationspunkte für die intellektuelle und künstlerische Beschäftigung mit den Fragen unserer Zeit zu schaffen. Diese Räume zu ermöglichen, ist eine der zentralen Aufgaben von Kulturpolitik – ebenso wie die Bereitschaft, sich dann auch mit Lust und Leidenschaft in die intellektuellen Debatten hineinzubegeben, die sich daran kristallisieren.

Räume öffnen – dazu haben wir viel gehört. Das fängt schlicht bei der Frage an: Gibt es Orte in der Stadt, die bezahlbar sind, um dort Kunst zu machen? Es hört aber nicht auf bei der Frage: Gibt es eigentlich Räume, in denen Gesellschaft sich spontan als Gesellschaft begegnet? Auch das ist eine Frage, bei der wir gerade in großen Städten oder auch auf dem Land, in den Regionen feststellen müssen: Diese Räume ergeben sich nicht mehr aus sich selbst heraus. Sie sollten sich aber ergeben,

weil wir die Debatten miteinander führen müssen.

Ich fand die Diskussion im Eröffnungspanel diesbezüglich partiell ein bisschen skurril, als es um die Frage ging: „Muss ich jetzt mit denen reden, die nicht meiner Meinung sind?“ Die Antwort ist für mich ganz klar: ja, natürlich. Aber mit einer wichtigen Ergänzung: Ich breche dann den Diskurs ab, wenn jemand infrage stellt, dass es den Diskurs geben darf. In einer pluralistischen Gesellschaft gibt es divergierende Meinungen, darin müssen wir uns einig sein. Die kritische Differenz entsteht dann, wenn jemand nicht mehr bereit ist anzuerkennen, dass man sich verständigen will. Diese manchmal fiktionale Annahme braucht es. Habermas spricht von der kontrafaktischen Unterstellung der Verständigungsorientierung. Das bedeutet praktisch: Ich erzähle Ihnen hier nur etwas, weil ich glaube, dass Sie mir zuhören und sich damit auseinandersetzen wollen. Würde ich davon ausgehen, dass Sie alle jetzt lieber am Plötzensee oder in der Jungfernheide im Freibad sitzen würden und mir schon gar nicht mehr zuhören und gedanklich die Tasche packen, müsste ich hier auch nicht mehr sprechen.

Insofern: Ich unterstelle Ihr Interesse, selbst wenn es nicht stimmen sollte. Denn nur auf der Basis dieser Unterstellung reden wir miteinander. Das kann man auch abtragen bis runter ins Beziehungsgespräch. Da ist das genauso. Wenn ich morgens übers Frühstücksei etwas verhandle, tue ich das auch nur, weil ich glaube, dass meine Tochter der Meinung ist, dass es sinnvoll ist, mir zuzuhören.

Solche qualitativen Debatten müssen wir gesellschaftlich führen. Mit Blick auf die Rechtspopulisten machen wir vielfach al-

lerdings einen Fehler, wenn sie mit am Tisch sitzen: Wir betrachten sie dann häufig als Phänomen an sich und diskutieren über den Rechtspopulismus und nicht mehr über die Sache. Damit reifizieren wir den Rechtspopulismus, machen ihn selber stark, indem wir ihn thematisieren, statt in den Einzelthemen festzustellen: jenseits des Ressentiments und der schlechten Laune finden wir dort oft gar keine Argumente oder Ideen. Das muss ich dekonstruieren. Das kann ich aber nur im Gespräch. Wenn wir die Rechtspopulisten ausschließen, dann bleibt ihnen die Verschwörungstheorie, dass sie ja die besseren Ideen hätten, diese aber nicht einbringen können in die allgemeine Debatte. Das sollten wir uns alle miteinander als Menschen, die in der Kultur das Streiten gelernt haben, auf keinen Fall antun. Damit machen wir den ersten Fehler, mit dem wir diese Leute stark machen, statt sie zu stellen und zu entlarven.

Ich will noch einen weiteren Gedanken hinzufügen, der vor dem Hintergrund der erweiterten Vielfalt unseres Landes wichtig und wesentlich ist. Wir hatten vor ein paar Monaten in der Kulturstiftung der Länder eine sehr interessante Diskussion darüber, was eigentlich das kulturelle Erbe unseres Landes ausmacht. Diese Diskussion hat mir wieder einmal klargemacht, warum ich politisch in dem Laden bin, indem ich bin, und nicht in einem anderen, als es nämlich um die Frage ging, welchen Effekt eigentlich die Tatsache der Einwanderung auf die Definition des kulturellen Erbes unserer Gesellschaft hat. Das ist hochspannend, weil man feststellt, dass bei manchen Konservativen das Framing ist: „Wir müssen das anders vermitteln. Die Geschichte ist ja so, wie sie ist. Sie hat das kulturelle Erbe produziert, so wie es da ist. Und jetzt kommt es darauf an, denjenigen, die neu in unsere Gesellschaft hinzuge-

kommen sind, zu vermitteln, wie wir so geworden sind, wie wir sind.“

Eine progressive Geschichte aber klingt ganz anders:

Eine Gesellschaft konstituiert sich aus den Menschen, die gerade Teil der Gesellschaft sind. Die Erfahrungen und die kulturellen Heritages aller Menschen, die hier leben, konstituieren das kulturelle Erbe dieser Gesellschaft.

Und wenn wir auf einmal Menschen muslimischen Glaubens hier haben, wenn wir Menschen aus anderen Weltregionen hier haben, dann konstituieren sie das kulturelle Erbe dieser Gesellschaft mit. Es geht nicht nur um die Frage: „Wie vermitteln wir ein statisches kulturelles Erbe?“, sondern es geht darum: „Wie erkennen und definieren wir eigentlich, was unser gemeinsames kulturelles Erbe ist?“ Das ist eine fundamental andere Auffassung davon, wie wir Gesellschaftlichkeit verstehen – nämlich als einen kontinuierlichen Prozess, in dem wir immer wieder neu miteinander aushandeln, welche Werte und Normen unsere gemeinsame Grundlage des Miteinanders sind – und wie wir Kulturpolitik am Ende konkret umsetzen.

Auch da lohnt es sich, durchaus auch aus einer linken Position heraus, klar kulturpolitisch Position zu beziehen, die Differenz auszuhalten und auszufeuchten, weil wir nur auf dieser Grundlage eine offene, eine freiheitliche und eine bunte Gesellschaft auf Dauer werden gestalten können. Ansonsten haben wir das Herder'sche Kugelmodell wieder, weil wir dann die deutsche Kugel definieren, die wir den anderen meinen in die Tasche legen zu müssen. Das hielte ich für grundfalsch.

Lassen Sie mich noch einen abschließenden Gedanken äußern. Es gibt ein Buch, in dem wir vieles von dem finden, was wir hier diskutiert haben. Ein Buch, das im letzten Jahr viel gelesen worden ist und das auch der Lektüre lohnt: „Gesellschaft der Singularitäten“ von Andreas Reckwitz. Wenn man es ganz kurz zusammenfasst, sagt der Soziologe und Kulturwissenschaftler, dass der Grundmodus unserer Gesellschaft heute der ist, dass man auf individueller Ebene seine Einzigartigkeit belegen muss, um daraus das soziale und kulturelle Kapital für die eigene Stellung innerhalb unserer Gesellschaft zu (be)ziehen. Da ist ja etwas dran. Die Gründe dafür reichen bis zur Digitalisierung. Digitale Kommunikationsangebote funktionieren schließlich vielfach nur noch nach Individualkategorien. Das ist im Prinzip das, was nach dem Individualismuskurs der 90er Jahre und der frühen Nullerjahre kommt: Ich muss mich selber distinguieren vom Rest, und aus meiner Einzigartigkeit heraus bekomme ich dann meinen sozialen Status. Das funktioniert aber nicht für alle 82 Millionen in unserer Gesellschaft. Und das erleben wir. Denjenigen, für die es nicht funktioniert, bleibt aber die entscheidende Frage: „Habe ich Identifikationsräume und Identifikationsmöglichkeiten, mich trotzdem als Teil dieser Gesellschaft zu begreifen oder werde ich dann, als quasi nicht ausreichend mit kulturellem Kapital zur Teilhabe ausgestattet, an den Rand gedrängt?“ Ein solches Integrationsangebot an diejenigen, die das Gefühl haben, sie sind in diesem Distinktionswettbewerb nicht ausreichend beteiligt, machen aktuell die Rechtspopulisten.

Hier liegt eine wichtige Herausforderung für die Linke, die ja früher selbst solche Gruppenerlebnisse geschaffen hat. Wir brauchen positive Identifikationsmöglichkeiten. Wir sollten miteinander darüber nachdenken, wie Identifikationsmöglichkeiten und Teilhabemöglichkeiten sowie Zusammenhaltsoptionen auf Basis einer gemeinsamen Vorstellung davon, wie unsere Gesellschaft aussehen soll, entwickelt werden könnten – und zwar aus einem sozialen und demokratischen Gesellschaftsverständnis heraus. Ich glaube, da liegt eine große Aufgabe, die auch wiederum etwas mit Kultur zu tun haben kann. Kultur als eine nicht rationale, nicht diskursive, sondern häufig mimetisch wirkende Kraft kann hier viel leisten, weil sie viel unmittelbarer und emotionaler ist.

Wir haben im Rahmen der 6. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung viele Heimatdefinitionen gehört. Lassen Sie mich noch abschließend eine hinzufügen: Der amerikanische Dichter und vierfache Pulitzer-Preisträger Robert Frost hat einmal gesagt:

Heimat ist „der Ort, wo sie einen hereinlassen müssen, wenn man wiederkommt“.

Das ist ein Heimat-Begriff, mit dem ich sehr viel anfangen kann und den ich sehr pragmatisch finde.

In diesem Sinne wünsche ich jetzt allen viel Spaß beim Zurückkehren in die jeweiligen Heimaten. Und die Hoffnung, dass der Schlüssel in der Tasche steckt.

Schönen Dank!

Impressum

Herausgeber

Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17 ◦ 10785 Berlin

Verantwortlich

Franziska Richter

Redaktion

Franziska Richter
Nele Lämmer
Sophia Latka-Kiel

Kontakt

franziska.richter@fes.de

Protokollant_innen

Juliane Fischer
Anna Helfer
Linn Jentschovar
Jan Matthias Jochimsen
Daniel Männlein
Max Mörsch
Klaus-Jürgen Scherer
Benjamin Schmidt
Alexander Wolf

© 2018 Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung

** Die Inhalte der Beiträge sind aus Protokollen der 6. Kulturpolitischen Jahrestagung entstanden und enthalten Meinungen der Redner_innen. Diese sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung.*

